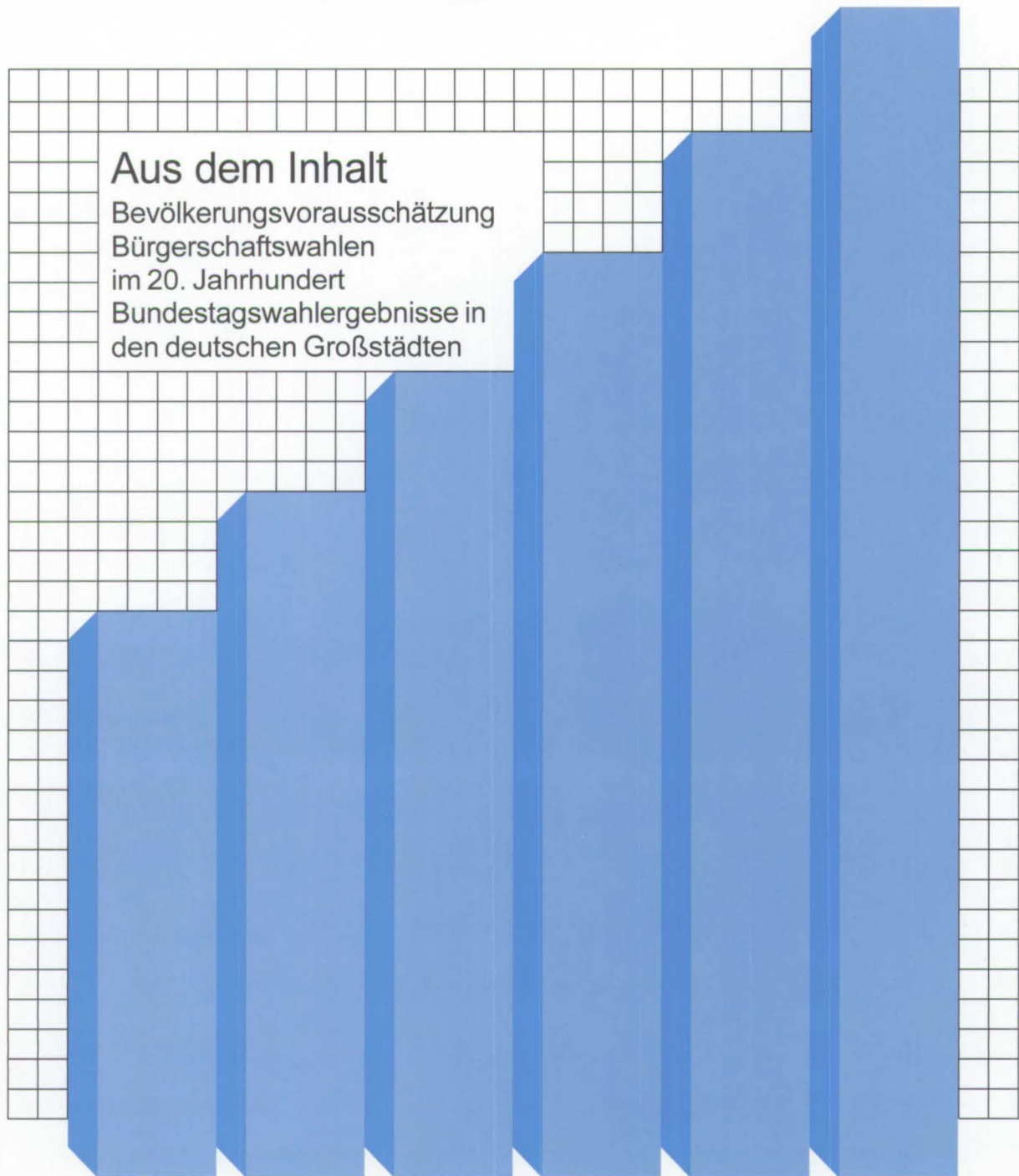




Hamburg in Zahlen



5-6/00

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Statistisches
Landesamt
Hamburg



ZEICHENERKLÄRUNG UND ABKÜRZUNGEN

- | | |
|---|--|
| – = Zahlenwert genau Null (nichts) | / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist |
| 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit | () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Felddbesetzung gemindert sein kann |
| • = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend | ≙ = entspricht |
| ... = Zahlen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor | * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlen-spiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht |
| r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtete Zahl | MD = Monatsdurchschnitt |
| p = vorläufige Zahl | Vj = Vierteljahr |
| s = geschätzte Zahl | Hj = Halbjahr |
| x = Nachweis nicht sinnvoll | |

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.
Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

IMPRESSUM

Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
20453 Hamburg

Hausanschrift:
Steckelhörn 12, 20457 Hamburg
Telefon: (040) 4 28 31-17 21
Telefax: (040) 4 28 31-17 00

Internet:
<http://www.statistik-hamburg.de>
E-Mail: vertrieb@statistik.hamburg.de

Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Wolfgang Bick

Satz und Herstellung:
Joachim Gehrer, Torsten Jonas,
Rainer Kalkreuter

Druck:
Lütcke & Wulff
Heidenkampsweg 76b
20097 Hamburg

ISSN 0017-6877

Preis dieses Heftes: 14,- DM

© Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung.

Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

SERVICE UND AUSKÜNFTE

Versand von
Veröffentlichungen (040) 4 28 31-17 19
Infocenter (040) 4 28 31-17 66



Hamburg in Zahlen

Zeitschrift des Statistischen Landesamtes
der Freien und Hansestadt Hamburg

54. Jahrgang, Mai/Juni 2000

Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis 2015

von Ulrich Hußing © (040) 4 28 31-14 79

Die Einwohnerzahl Hamburgs wird in den nächsten fünfzehn Jahren leicht zurückgehen, und es wird Veränderungen im Altersaufbau geben. Der Beitrag beschreibt die Ergebnisse der aktuellen Bevölkerungsvorausschätzung für Hamburg bis zum Jahr 2015. 64

Hamburg im 20. Jahrhundert (Teil 2): Bürgerschaftswahlen

von Asmus Rösler © (040) 4 28 31-17 32

Der zweite Teil des statistischen Rückblicks auf das 20. Jahrhundert in Hamburg ist dem für die demokratische Entwicklung wichtigen Thema „Wahlen“ gewidmet. Der Beitrag kennzeichnet die Änderungen des Wahlrechts für die hamburgische Bürgerschaft von der Kaiserzeit bis in die Gegenwart und stellt historisch interessante Wahlresultate aus den verschiedenen Zeitepochen dar. 78

Die Bundestagswahlen 1953 bis 1998 in den 15 größten Städten der Bundesrepublik Deutschland

von Wolfgang Bick © (040) 4 28 31-17 10

Auf der Grundlage der Bundestagswahlergebnisse seit 1953 dokumentiert und erläutert der Bericht die wechselnden Anteile der auf die Parteien entfallenen Wählerstimmen in den deutschen Großstädten. Der Zeitvergleich geht einher mit einer Gegenüberstellung der Großstadt- und der Bundesergebnisse, zudem werden Unterschiede zwischen einzelnen Städten veranschaulicht. 84

Die Europawahl 1999 in deutschen Großstädten: Wie wählten Jung und Alt, Männer und Frauen?

von Wolfgang Bick © (040) 4 28 31-17 10

und Hubert Harfst, Amt für Koordinierung und Controlling – Statistikstelle –, Trammplatz 1,
30159 Hannover © (05 11) 1 68-4 24 22

Für die Europawahl des Jahres 1999 analysiert der Artikel in knapper Form, für welche Parteien sich Männer und Frauen der verschiedenen Altersgruppen in den deutschen Großstädten entschieden haben und wie weit sie überhaupt von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. 94

In diesem Heft

KURZINFORMATIONEN

Trend zu kleinen Haushalten hält an	62
Mehr Eheschließungen	62
Über 5 Millionen Kinobesucher	62
Beachtlicher Anstieg der Auftragseingänge	62
Rekordjahr für den Hafen	62
Täglicher Wasserverbrauch 124 Liter pro Einwohner	62

SCHAUBILD DES MONATS

Anteile von Männern und Frauen im öffentlichen Dienst in Hamburg 1990 und 1999	63
--	----

BERICHTE

Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis 2015	64
Hamburg im 20. Jahrhundert (Teil 2): Bürgerschaftswahlen	78
Die Bundestagswahlen 1953 bis 1998 in den 15 größten Städten der Bundesrepublik Deutschland	84
Die Europawahl 1999 in deutschen Großstädten: Wie wählten Jung und Alt, Männer und Frauen?	94

TABELLENTEIL

Hamburger Monatszahlen	98
Hamburg im Städtevergleich	110

TRENDS

Hamburger Wirtschaftstrends	112
-----------------------------------	-----

Trend zu kleinen Haushalten hält an

Im April 1999 gab es in Hamburg 916 000 Haushalte, das waren 0,5 Prozent mehr als im Vorjahr (April 1998: 912 000).

Der Trend zu kleinen Haushalten hält an: So ist die Zahl der Ein-Personen-Haushalte zwischen 1998 und 1999 nochmals um zwei Prozent auf nunmehr 449 500 angestiegen. Gleichzeitig gibt es weniger Haushalte mit drei oder vier Personen (minus drei Prozent, jetzt 162 900). Unverändert blieb die Zahl der Haushalte mit mehr als vier Personen (27 000).

Wie schon in den Vorjahren waren Ein-Personen-Haushalte auch 1999 mit einem Anteil von 49 Prozent der häufigste Haushaltstyp in Hamburg. Dieser Trend lässt sich über mehrere Jahrzehnte beobachten (1970: 36 Prozent; 1980: 41 Prozent; 1990: 46 Prozent). Parallel zur Zunahme der kleineren Haushalte sank die durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,25 Personen je Haushalt im Jahr 1970 auf 1,86 Personen im Jahr 1999. *Kornelia Zander*

Mehr Eheschließungen

8298 Brautpaare heirateten 1999 in Hamburg; dies waren über 300 mehr als im Jahr zuvor und fast 500 mehr als 1997.

Die meisten Ehen wurden im September geschlossen (1065 Trauungen), was auch mit dem als Heiratstermin besonders beliebten Datum „9.9.99“ zu tun hatte. An zweiter Stelle lag der Monat Juli mit 898 Eheschließungen.

Das durchschnittliche Heiratsalter eines ledigen Mannes betrug 32,6 Jahre, das der Frau 30,1. *Isolde Schlüter*

Über 5 Millionen Kinobesucher

Die Hamburger Kinos hatten 1999 nahezu 5,2 Millionen Besucher und Besucherinnen; das sind über vier Prozent mehr als im Vorjahr. Bezieht man diese Anzahl auf die Hamburger Einwohnerschaft, so ergeben sich drei Kinobesuche im Jahr pro Kopf der Bevölkerung.

Insgesamt bestehen in Hamburg zur Zeit 29 Kinos, von denen ein größerer Teil

mehrere Filme gleichzeitig zeigen kann. Durch Eröffnung von Großkinos im Verlauf des Jahres 1999 hat sich die Zahl der Vorführstellen von 82 im Jahr 1998 auf jetzt 107 erhöht, und das Platzangebot ist von 20 000 auf 26 600 Sitzplätze gestiegen. *Erich Walter*

Beachtlicher Anstieg der Auftragseingänge

Die Auftragseingänge bei den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes in Hamburg beliefen sich im ersten Quartal des Jahres 2000 auf gut sechs Milliarden DM. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahreszeitraum einer Aufstockung um 22 Prozent. Damit signalisiert dieser für die Konjunkturentwicklung wichtige Indikator, dass sich die Aussichten für die hamburgische Industrie in naher Zukunft durchaus positiv darstellen.

Besonders expansiv war die Nachfrage aus dem Ausland (plus 31,5 Prozent), aber auch auf dem Binnenmarkt zeigte sich eine deutliche Aufwärtstendenz (plus 15,2 Prozent). Günstige Perspektiven ergeben sich vor allem für den Fahrzeugbau, zu dem in Hamburg im Wesentlichen der Schiffs- und Flugzeugbau gehören. In diesem Wirtschaftsbereich, in dem rund ein Fünftel aller Arbeitskräfte des Verarbeitenden Gewerbes tätig sind, haben sich die Auftragsvergaben, vor allem aus dem Ausland, um 56 Prozent erhöht. Gute Aussichten lassen sich auch für die Metallherzeugung und den Maschinenbau sowie für die Produzenten elektronischer Erzeugnisse erkennen, die hauptsächlich von der gesteigerten Investitionsneigung im Inland profitieren werden. *Johannes Marx*

Rekordjahr für den Hafen

1999 stieg die Seegüterumschlagsmenge im Hamburger Hafen auf die Rekordmarke von 81 Millionen Tonnen, das sind 6,3 Prozent mehr als 1998.

Der Containerumschlag erhöhte sich auf 3,76 Millionen TEU (20-Fuß-Einheiten), das sind 5,2 Prozent mehr als 1998 und doppelt so viel 1989.

Gelöscht wurden 49,2 Millionen Tonnen, 4,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Beträchtliche Mengensteigerungen gab es bei Früchten und Gemüse (plus 28 Prozent), Leder- und Textilwaren (plus 21 Prozent), Steinkohle (plus 13 Prozent) sowie bei Eisenerzen (plus neun Prozent).

Im Versand wurde ein Anstieg um fast zehn Prozent auf 31,8 Millionen Tonnen erzielt. Hohe Zuwächse gab es bei Getreide (plus 84 Prozent), Zellstoff und Altpapier (plus 57 Prozent), Früchten und Gemüse (plus 50 Prozent) sowie bei elektrotechnischen Erzeugnissen (plus 9 Prozent).

Trotz gestiegener Umschlagsmengen hat sich der rückläufige Trend bei den Schiffsankünften infolge größerer Ladekapazitäten fortgesetzt. 11 626 Seeschiffe liefen 1999 den Hamburger Hafen an, 1990 waren es 12 893, 1980 wurden 15 572 gezählt und 1970 löschten 18 878 Schiffe ihre Güter im Hamburger Hafen. *Peter Lange*

Täglicher Wasserverbrauch 124 Liter pro Einwohner

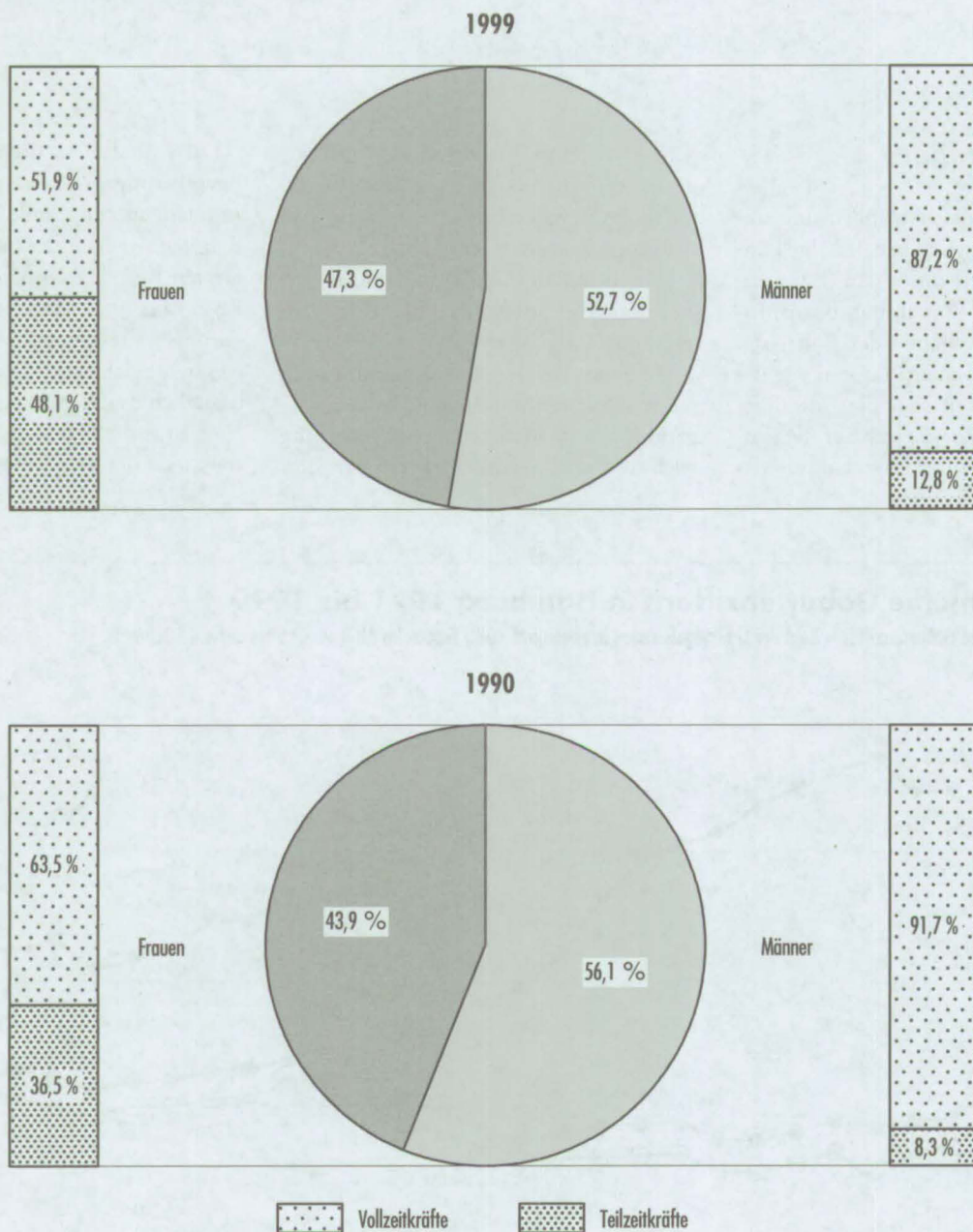
106 Millionen Kubikmeter Trinkwasser lieferten die Hamburger Wasserwerke 1999 an Abnehmer in unserer Stadt. Das Wasser stammte ausschließlich aus Grundwasser. Damit hebt sich Hamburg von vielen anderen Städten ab, die auf die Aufbereitung von See- und Flusswasser angewiesen sind.

Über 96 Millionen Kubikmeter erhielten die privaten Haushalte und das Kleingewerbe. Aus dem von den Haushalten in Anspruch genommenen Volumen errechnet sich ein täglicher Wasserverbrauch von 124 Litern pro Kopf. Nur ein Bruchteil des Wassers wird zum Kochen und Trinken verwendet, der ganz überwiegende Teil dient der Körperhygiene und der Haushaltsreinigung.

Die hamburgische Industrie hat Wasser lediglich in einer Menge von gut sieben Millionen Kubikmetern bezogen. Die Betriebe decken ihren Bedarf weniger aus Lieferungen der Wasserwerke, sondern versorgen sich zumeist selbst direkt aus dem Oberflächenwasser.

2,5 Millionen Kubikmeter benötigten öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder oder Krankenhäuser. *Johannes Marx*

Anteile von Männern und Frauen im öffentlichen Dienst in Hamburg 1990 und 1999



Die in dem Schaubild wiedergegebenen Quoten beziehen sich auf den unmittelbaren öffentlichen Dienst Hamburgs. Von den Aufgabenbereichen mit einem traditionell hohen Frauenanteil sind somit die Schulen, nicht aber die staatlichen Krankenhäuser (Ausnahme Universitäts-Krankenhaus Eppendorf) und die Einrichtungen des Landesbetriebs „Pflegen und Wohnen“ in der Datenbasis enthalten.

Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis 2015

Vorbemerkungen

Bevölkerungsvorausschätzungen sind immer mit Unsicherheiten behaftet. Sie können nur Gültigkeit unter den ihnen zugrunde liegenden Annahmen beanspruchen. Gesellschaftliche oder politische Veränderungen können Faktoren wie das generative Verhalten oder die Zuwanderungen beeinflussen, die sich auf die Entwicklung der Bevölkerungszahl auswirken.

Je weiter man in die Zukunft blickt, desto wahrscheinlicher ist es, dass die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung von der prognostizierten abweicht.

Dennoch sind Vorausschätzungen eine wichtige Grundlage für Planungen in Wirtschaft und Verwaltung – vor allem, weil neben der Gesamtbevölkerungszahl die Struktur der Bevölkerung, insbesondere die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht, berechnet wird.

Die Annahmen, die der vorliegenden Bevölkerungsprognose für Hamburg bis zum Jahr 2015 zugrunde liegen, wurden im Rahmen der neunten bundesweit koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung (9. KBV) Ende 1998 festgelegt. Bei den Vorbereitungen für die Hamburger Berechnungen stellte sich heraus, dass die Annahmen bezüglich des Wanderungssaldos der Ausländer für die Hansestadt nicht mehr zutrafen, da der Saldo 1999 weit höher aus-

Allgemeine Geburtenziffern in Hamburg 1971 bis 1999

(Allgemeine Geburtenziffer = Zahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren)

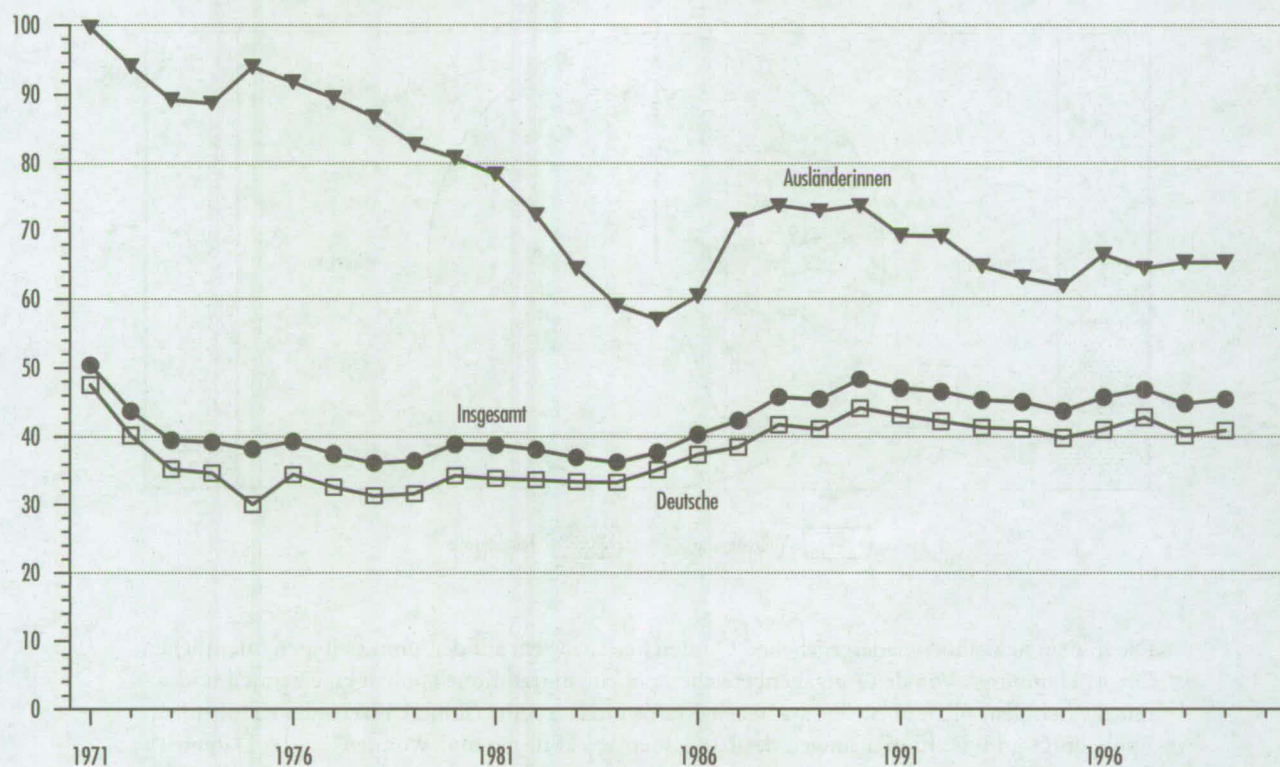


Schaubild 1

fiel als ursprünglich angenommen. Daraufhin passte der hamburgische interbehördliche Basisdatenausschuss die Annahmen der 9. KBV zum Wanderungssaldo der neueren Entwicklung an. Die übrigen Annahmen wurden beibehalten.

Der Tatsache, dass eine Abschätzung der zukünftigen Wanderungsströme besonders schwierig ist, wurde durch die Berechnung von zwei Varianten Rechnung getragen. Diese beiden Varianten unterscheiden sich in der Höhe der angenommenen Wanderungsgewinne von Ausländern. Alle übrigen Vorausschätzungsannahmen wie Binnenwanderungssalden, Außenwanderungen von Deutschen, Geburtenraten und Sterblichkeit sind in beiden Varianten konstant gehalten.

Annahmen

Basisbevölkerung ist die nach Geschlecht und Einzeljahren sowie nach Deutschen und Ausländern gegliederte Bevölkerung mit alleiniger oder Hauptwohnung in Hamburg aus der Bevölkerungsfortschreibung am 31.12.1998. Für 1999 wurden die bis zum Zeitpunkt der Berechnungen vorliegenden Monatsergebnisse berücksichtigt, so dass das Jahr 2000 das erste „echte“ Prognosejahr ist.

Da die Vorausschätzung auch für Deutsche und Ausländer getrennt vorgenommen wird, ist es erforderlich, den zukünftigen Staatsangehörigkeitswechsel von Ausländern zur deutschen Staatsangehörigkeit abzubilden. Hier hat sich die Gesetzeslage zum 1.1.2000 verändert: Eine Einbürgerung ist für einen größeren Personenkreis als bisher möglich. Da die Auswirkungen des neuen Staatsangehörigkeitsrechts zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorausschätzung noch nicht abschätzbar waren, wurde für den gesamten Vorausschätzungszeitraum von einem Saldo (+5000 pro Jahr) der Staatsangehörigkeitswechsel zugunsten der deutschen Staatsangehörigkeit ausgegangen, der ungefähr dem der letzten Jahre entspricht. Diese Anzahl von 5000 Fällen wird am Ende eines jeden Prognosejahres von der ausländischen auf die deutsche Bevölkerung umgesetzt.

Die Zahl der Geburten wird getrennt für deutsche und ausländische Frauen über altersspezifische Geburtenziffern ermittelt. Schaubild 1 zeigt die Entwicklung

der allgemeinen Geburtenziffer seit 1970. Der leichte Anstieg der Geburtenziffer, der sich seit Mitte der achtziger Jahre zeigte, ist ab 1990 zum Stillstand gekommen und hat sich sogar umgekehrt. Für die Zukunft wird für die deutschen Frauen von einem gleichbleibenden generativen Verhalten entsprechend dem Niveau der Jahre 1995 bis 1997 ausgegangen, das rund 1,2 Kindern pro Frau (zusammengefasste Geburtenziffer) entspricht. Erkennbar ist das deutlich niedrigere Geburtenniveau der deutschen Frauen im Vergleich zu den ausländischen Frauen. Allerdings lässt sich eine Tendenz zur Annäherung des generativen Verhaltens erkennen: 1000 Ausländerinnen brachten im Jahr 1971 noch über 50 Kinder mehr zur Welt als die entsprechende Anzahl deutscher Frauen. Bis Mitte der neunziger Jahre hat sich dieser Unterschied in etwa halbiert. Für die Zukunft wird eine weitere leichte Tendenz zur Annäherung des Geburtenverhaltens ausländischer Frauen an das der deutschen angenommen.

Die Zahl der Sterbefälle wird über alters- und geschlechtsspezifische Sterbeziffern berechnet, die auf der Basis der empirischen Werte der Jahre 1995 bis 1997 ermittelt werden. Für die Zukunft wird eine weitere Zunahme der Lebenserwartung angenommen.

Die zwei Varianten der Bevölkerungsvorausschätzung unterscheiden sich in der Größenordnung des Saldos der Wanderungen von Ausländern über die Grenzen des Bundesgebietes. Im Rahmen der neunten koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung wurde vereinbart, dass dieser jährliche Saldo in der unteren Variante ab dem Jahr 2003, in der oberen Variante ab dem Jahr 2008 konstant bleiben soll. Hamburgs Anteil an diesem Wanderungsüberschuss wurde auf drei Prozent festgelegt. Daraus ergibt sich für Hamburg mittelfristig ein jährlicher Wanderungsüberschuss bei den Ausländern in Höhe von rund 3000 (untere Variante) beziehungsweise rund 6000 (obere Variante) Personen. Für den Zeitraum bis zum Erreichen

Vorausgeschätzte Wanderungssalden Hamburgs bis zum Jahr 2015 in 1000

Jahr	Wanderungssaldo mit dem				übrigen Bundesgebiet
	Deutsche	Ausland		Hamburger Umland	
		untere Variante	obere Variante		
1999	2,0	5,9	5,9	- 7,5	6,0
2000	1,1	3,5	5,0	- 7,4	4,6
2001	1,1	3,0	4,0	- 7,0	4,1
2002	1,1	3,0	4,0	- 6,8	4,0
2003	1,1	3,0	4,0	- 6,5	3,8
2004	1,1	3,0	4,0	- 6,1	3,6
2005	1,1	3,0	4,2	- 5,9	3,4
2006	0,9	2,9	4,7	- 5,7	2,8
2007	0,9	2,9	5,3	- 5,5	2,6
2008	0,9	2,9	5,9	- 5,3	2,4
2009	0,9	2,9	5,9	- 5,1	2,3
2010	0,6	2,9	5,9	- 5,0	2,0
2011	0,6	2,9	5,9	- 4,9	1,4
2012	0,6	3,0	5,9	- 4,7	1,1
2013	0,6	3,0	5,9	- 4,7	1,1
2014	0,6	3,0	5,9	- 4,7	1,0
2015	0,6	3,0	5,9	- 4,7	1,0

Tabelle 1

der konstanten Salden wurden die jährlichen Wanderungssalden ausgehend vom Saldo des Jahres 1999 je nach Variante schrittweise hoch- oder herabgesetzt.

Die Wanderungen von Deutschen über die Grenzen des Bundesgebietes – hierbei handelt es sich überwiegend um **Aussiedler** aus Osteuropa – sind zahlenmäßig von geringerer Bedeutung als die der Ausländer. Der Zustrom von Aussiedlern vermindert sich im Vorausschätzungszeitraum kontinuierlich; ab dem Jahre 2000 werden in Hamburg jährlich nur noch etwa 1000 Deutsche per Saldo zuwandern, bis 2015 sinkt dieser Wert auf rund 600. Hamburgs Anteil am Wanderungssaldo des Bundes beträgt hier 2,1 Prozent.

Die **Wanderungsverflechtungen mit dem Umland** (hierunter fallen die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg in Schleswig-Holstein sowie die Landkreise Harburg und Stade in Niedersachsen) besitzen für Hamburg eine große Bedeutung. Nach den starken Wanderungsverlusten von jährlich über

15 000 in den Jahren 1971 bis 1973 reduzierten sich die Verluste auf weniger als 5000 Personen im Jahr 1991. Im Zuge des starken Zuwanderungsdrucks auf Hamburg nahmen die Wanderungsverluste an das Umland in den folgenden Jahren wieder zu. Für die Zukunft wird jedoch von deutlich weniger Abwanderungen in das Umland ausgegangen, da auch der Außenwanderungsdruck auf Hamburg nicht mehr so hoch wie in den neunziger Jahren sein wird und die Altersgruppen der 30- bis 40-Jährigen sowie der unter 10-Jährigen, aus denen sich die Abwanderungen in das Umland größtenteils rekrutieren, nach 2000 deutlich abnehmen werden.

Gegenüber dem **übrigen Bundesgebiet**, das heißt ohne die sechs Umlandkreise, hat Hamburg mehr Zu- als Fortzüge zu verzeichnen; dieser Wanderungssaldo ist im Unterschied zum Umlandwanderungssaldo also positiv. Besonders hoch sind die Salden seit Ende der achtziger Jahre. Im Rahmen der 9. KBV wurden eine Bereinigung dieser Salden um die Zuzüge von

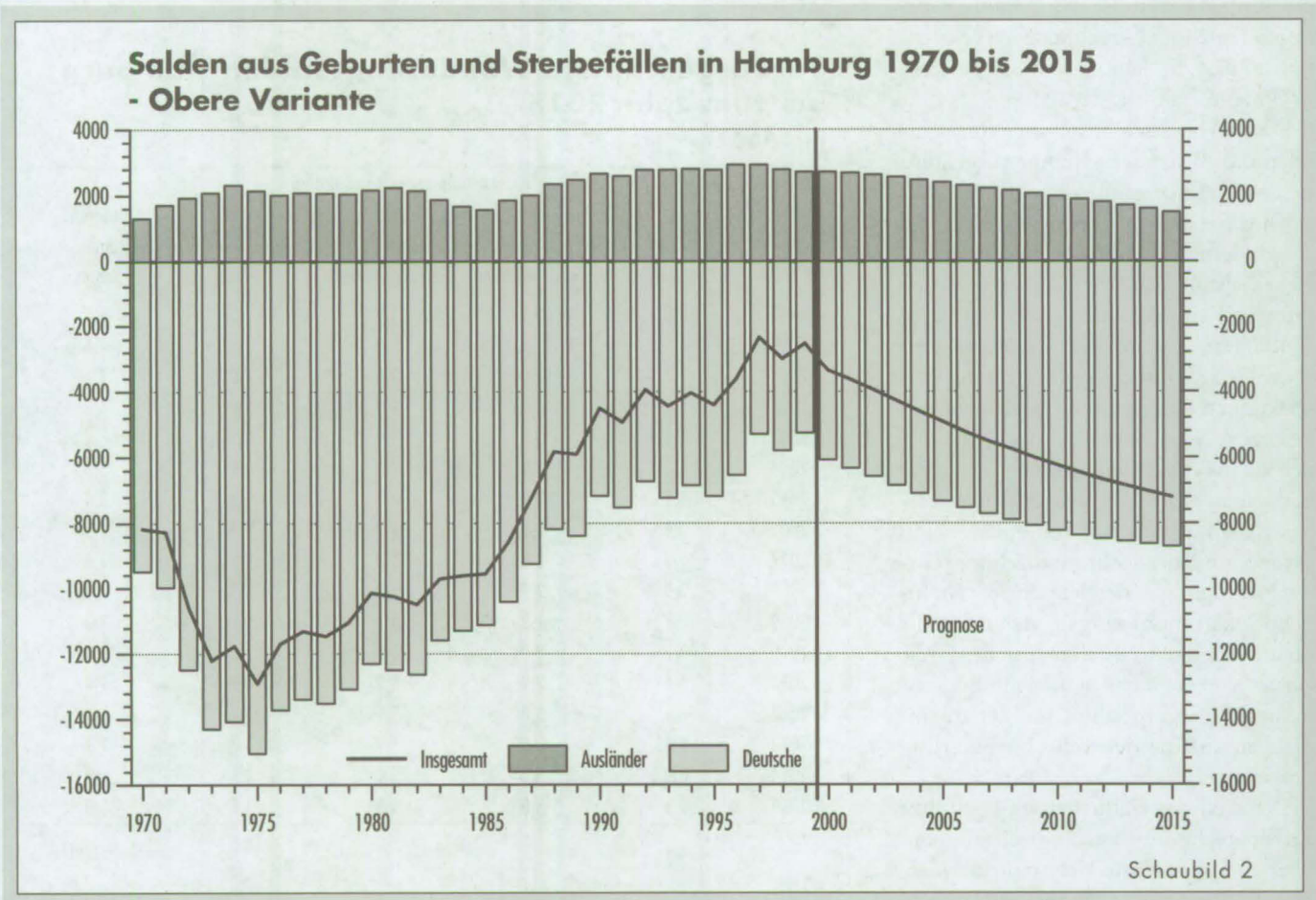
Aussiedlern aus Erstaufnahmestellen anderer Bundesländer vorgenommen, da es sich hierbei eigentlich nicht um Zuzüge aus dem Bundesgebiet, sondern um solche aus dem Ausland handelt. Die der Vorausschätzung zugrunde liegenden Salden sind daher nicht identisch mit den in der Wanderungsstatistik ausgewiesenen.

Tabelle 1 enthält alle der Bevölkerungsvorausschätzung zugrunde liegenden Wanderungsannahmen.

Ergebnisse

Bevölkerungsbestand

Nach beiden Varianten der vorliegenden Vorausschätzung wird der Bevölkerungsbestand in Hamburg, der Ende 1999 bei 1,705 Millionen lag, in den kommenden eineinhalb Jahrzehnten sinken: Nach der oberen Variante wird es einen Rückgang um 42 000, nach der unteren Variante um 80 000 Personen geben. Das bedeutet für das Jahr 2015 eine Einwohnerzahl von



Bevölkerung in Hamburg 1999 bis 2015 Bevölkerung insgesamt

Prognosejahr	Geburten	Sterbefälle	Wanderungssaldo mit dem				Bevölke- rung am Jahresende
			Ausland	Umland	übrigen Bundesgebiet	insgesamt	
Untere Variante							
1999	16 060	19 220	7 900	− 7 500	6 000	6 400	1 703 300
2000	15 840	19 210	4 550	− 7 400	4 550	1 700	1 701 600
2001	15 540	19 210	4 000	− 7 000	4 100	1 100	1 699 100
2002	15 210	19 210	4 000	− 6 800	4 000	1 200	1 696 300
2003	14 870	19 210	4 000	− 6 500	3 800	1 300	1 693 200
2004	14 530	19 210	4 000	− 6 100	3 600	1 500	1 690 100
2005	14 190	19 200	4 000	− 5 900	3 400	1 500	1 686 600
2006	13 890	19 220	3 750	− 5 700	2 750	800	1 682 000
2007	13 610	19 250	3 750	− 5 500	2 550	800	1 677 200
2008	13 370	19 280	3 750	− 5 300	2 350	800	1 672 100
2009	13 170	19 370	3 750	− 5 100	2 250	900	1 666 800
2010	12 980	19 470	3 600	− 5 000	2 000	600	1 660 900
2011	12 820	19 560	3 600	− 4 900	1 400	100	1 654 300
2012	12 680	19 640	3 600	− 4 700	1 100	0	1 647 400
2013	12 550	19 710	3 600	− 4 700	1 100	0	1 640 200
2014	12 430	19 790	3 600	− 4 700	1 000	− 100	1 632 800
2015	12 330	19 880	3 600	− 4 700	1 000	− 100	1 625 100
Obere Variante							
1999	16 060	19 220	7 900	− 7 500	6 000	6 400	1 703 300
2000	15 860	19 210	6 050	− 7 400	4 550	3 200	1 703 200
2001	15 580	19 220	5 050	− 7 000	4 100	2 150	1 701 700
2002	15 270	19 220	5 050	− 6 800	4 000	2 250	1 700 000
2003	14 940	19 220	5 050	− 6 500	3 800	2 350	1 698 100
2004	14 610	19 220	5 050	− 6 100	3 600	2 550	1 696 000
2005	14 300	19 210	5 200	− 5 900	3 400	2 700	1 693 800
2006	14 010	19 230	5 550	− 5 700	2 750	2 600	1 691 200
2007	13 770	19 270	6 150	− 5 500	2 550	3 200	1 688 900
2008	13 570	19 310	6 750	− 5 300	2 350	3 800	1 687 000
2009	13 400	19 410	6 750	− 5 100	2 250	3 900	1 684 900
2010	13 260	19 510	6 500	− 5 000	2 000	3 500	1 682 100
2011	13 140	19 610	6 500	− 4 900	1 400	3 000	1 678 700
2012	13 030	19 710	6 500	− 4 700	1 100	2 900	1 674 900
2013	12 940	19 790	6 500	− 4 700	1 100	2 900	1 671 000
2014	12 850	19 880	6 500	− 4 700	1 000	2 800	1 666 800
2015	12 780	19 980	6 500	− 4 700	1 000	2 800	1 662 400

Tabelle 2

1,662 beziehungsweise 1,625 Millionen. Der Rückgang wird also recht moderat sein; 1990 hatte Hamburg 1,652 Millionen Einwohner und Einwohnerinnen.

Für das Jahr 2010 wird nach der oberen Variante eine Bevölkerungszahl von 1,682 Millionen, nach der unteren Variante eine von 1,661 Millionen prognostiziert. Letzteres entspricht in etwa dem Ergebnis der

mittleren Variante der 1996 vorgelegten Bevölkerungsvorausschätzung.

Da sich die obere und die untere Variante lediglich bezüglich der Annahmen der Ausländerwanderungen unterscheiden, ist die vorausgeschätzte Zahl der **deutschen Bevölkerung** in den einzelnen Prognosejahren für beide Varianten nahezu identisch: Sie sinkt bis 2010 auf 1,399

Millionen, bis 2015 auf 1,369 Millionen. Verantwortlich für den Rückgang ist hauptsächlich der hohe Sterbeüberschuss der Deutschen, der im Zeitraum 2000 bis 2015 insgesamt rund 123 000 Personen betragen wird. Der Wanderungsverlust der deutschen Bevölkerung wird hingegen lediglich bei rund 36 000 liegen.

Die **ausländische Bevölkerung** nimmt

Bevölkerung in Hamburg 1999 bis 2015 Deutsche Bevölkerung

Prognosejahr	Geburten	Sterbefälle	Wanderungssaldo mit dem übrigen				Staatsangehörigkeitswechsel	Bevölkerung am Jahresende
			Ausland	Umland	Bundesgebiet	insgesamt		
Untere Variante								
1999	12 830	18 740	2 000	− 7 500	6 000	500	5 000	1 441 600
2000	12 620	18 700	1 050	− 7 400	4 550	− 1 800	5 000	1 438 700
2001	12 340	18 680	1 050	− 7 000	4 100	− 1 850	5 100	1 435 600
2002	12 050	18 640	1 050	− 6 800	4 000	− 1 750	5 100	1 432 400
2003	11 750	18 610	1 050	− 6 500	3 800	− 1 650	5 100	1 429 000
2004	11 460	18 570	1 050	− 6 100	3 600	− 1 450	5 100	1 425 500
2005	11 180	18 530	1 050	− 5 900	3 400	− 1 450	5 100	1 421 800
2006	10 930	18 500	850	− 5 700	2 750	− 2 100	5 100	1 417 200
2007	10 720	18 490	850	− 5 500	2 550	− 2 100	5 100	1 412 500
2008	10 540	18 480	850	− 5 300	2 350	− 2 100	5 100	1 407 500
2009	10 380	18 530	850	− 5 100	2 250	− 2 000	5 100	1 402 400
2010	10 260	18 570	600	− 5 000	2 000	− 2 400	5 000	1 396 800
2011	10 150	18 620	600	− 4 900	1 400	− 2 900	5 000	1 390 500
2012	10 070	18 640	600	− 4 700	1 100	− 3 000	5 000	1 383 900
2013	9 990	18 670	600	− 4 700	1 100	− 3 000	5 000	1 377 200
2014	9 930	18 690	600	− 4 700	1 000	− 3 100	5 000	1 370 400
2015	9 880	18 720	600	− 4 700	1 000	− 3 100	4 900	1 363 400
Obere Variante								
1999	12 830	18 740	2 000	− 7 500	6 000	500	5 000	1 441 600
2000	12 620	18 700	1 050	− 7 400	4 550	− 1 800	5 100	1 438 800
2001	12 350	18 680	1 050	− 7 000	4 100	− 1 850	5 100	1 435 700
2002	12 060	18 640	1 050	− 6 800	4 000	− 1 750	5 200	1 432 600
2003	11 770	18 610	1 050	− 6 500	3 800	− 1 650	5 200	1 429 200
2004	11 480	18 570	1 050	− 6 100	3 600	− 1 450	5 200	1 425 900
2005	11 210	18 530	1 050	− 5 900	3 400	− 1 450	5 200	1 422 400
2006	10 970	18 500	850	− 5 700	2 750	− 2 100	5 300	1 418 000
2007	10 770	18 490	850	− 5 500	2 550	− 2 100	5 300	1 413 500
2008	10 600	18 490	850	− 5 300	2 350	− 2 100	5 300	1 408 900
2009	10 460	18 530	850	− 5 100	2 250	− 2 000	5 400	1 404 200
2010	10 350	18 580	600	− 5 000	2 000	− 2 400	5 400	1 399 000
2011	10 260	18 620	600	− 4 900	1 400	− 2 900	5 400	1 393 200
2012	10 180	18 650	600	− 4 700	1 100	− 3 000	5 500	1 387 200
2013	10 120	18 670	600	− 4 700	1 100	− 3 000	5 500	1 381 200
2014	10 070	18 700	600	− 4 700	1 000	− 3 100	5 600	1 375 000
2015	10 030	18 740	600	− 4 700	1 000	− 3 100	5 500	1 368 800

Noch: Tabelle 2

nach der oberen Variante kontinuierlich zu: Im Jahr 2015 werden rund 294 000 Ausländer und Ausländerinnen in Hamburg leben. Nach der unteren Variante steigt ihre Zahl bis 2006 auf 265 000 an und sinkt danach bis 2015 wieder auf den Bestand von Ende 1999 (262 000). Der Ausländeranteil, der zur Zeit bei 15,4 Prozent liegt, erreicht im Jahr 2015 nach der

oberen Variante 17,7 Prozent, nach der unteren 16,1 Prozent.

Die Differenzierung des prognostizierten Einwohnerbestandes nach Deutschen und Ausländern ist mit einer besonderen Unsicherheit behaftet, da derzeit nicht abzusehen ist, inwieweit das geänderte Gesetz zur Staatsangehörigkeit auf Dauer zu einer höheren Zahl von Einbürgerungen –

und damit zu einer Verringerung des Ausländeranteils – führen wird.

Geburten, Sterbefälle und Wanderungen

Tabelle 2 zeigt, dass sich die Entwicklung der Zahl der Geburten in beiden Vorausschätzungsvarianten kaum voneinander unterscheidet; in der oberen Variante geht

Bevölkerung in Hamburg 1999 bis 2015 Ausländische Bevölkerung

Prognosejahr	Geburten	Sterbefälle	Wanderungssaldo mit dem				Staatsangehörigkeitswechsel	Bevölkerung am Jahresende
			Ausland	Umland	übrigen Bundesgebiet	insgesamt		
Untere Variante								
1999	3 230	470	5 900	0	0	5 900	– 5 000	261 700
2000	3 220	500	3 500	0	0	3 500	– 5 000	262 900
2001	3 200	540	2 950	0	0	2 950	– 5 100	263 500
2002	3 160	570	2 950	0	0	2 950	– 5 100	263 900
2003	3 120	600	2 950	0	0	2 950	– 5 100	264 300
2004	3 070	640	2 950	0	0	2 950	– 5 100	264 600
2005	3 010	680	2 950	0	0	2 950	– 5 100	264 700
2006	2 960	720	2 900	0	0	2 900	– 5 100	264 800
2007	2 900	760	2 900	0	0	2 900	– 5 100	264 700
2008	2 840	800	2 900	0	0	2 900	– 5 100	264 600
2009	2 780	850	2 900	0	0	2 900	– 5 100	264 400
2010	2 730	890	2 900	0	0	2 900	– 5 000	264 200
2011	2 670	940	2 900	0	0	2 900	– 5 000	263 900
2012	2 620	1 000	3 000	0	0	3 000	– 5 000	263 500
2013	2 560	1 050	3 000	0	0	3 000	– 5 000	263 000
2014	2 510	1 100	3 000	0	0	3 000	– 5 000	262 400
2015	2 450	1 160	3 000	0	0	3 000	– 4 900	261 700
Obere Variante								
1999	3 230	470	5 900	0	0	5 900	– 5 000	261 700
2000	3 230	510	5 000	0	0	5 000	– 5 100	264 400
2001	3 230	540	4 000	0	0	4 000	– 5 100	266 000
2002	3 200	570	4 000	0	0	4 000	– 5 200	267 400
2003	3 170	610	4 000	0	0	4 000	– 5 200	268 800
2004	3 130	650	4 000	0	0	4 000	– 5 200	270 100
2005	3 090	690	4 150	0	0	4 150	– 5 200	271 400
2006	3 040	730	4 700	0	0	4 700	– 5 300	273 200
2007	3 000	780	5 300	0	0	5 300	– 5 300	275 400
2008	2 970	820	5 900	0	0	5 900	– 5 300	278 100
2009	2 940	880	5 900	0	0	5 900	– 5 400	280 700
2010	2 910	930	5 900	0	0	5 900	– 5 400	283 100
2011	2 880	990	5 900	0	0	5 900	– 5 400	285 500
2012	2 850	1 050	5 900	0	0	5 900	– 5 500	287 700
2013	2 820	1 120	5 900	0	0	5 900	– 5 500	289 800
2014	2 780	1 180	5 900	0	0	5 900	– 5 600	291 700
2015	2 750	1 250	5 900	0	0	5 900	– 5 500	293 500

Noch: Tabelle 2

sie von rund 16 000 im Jahr 1999 kontinuierlich auf 12 800 im Jahr 2015 zurück, in der unteren auf 12 300. Dieser Rückgang hat – bei nahezu unverändertem generativen Verhalten – demographische Ursachen: Die gegenüber den Jahrgängen der sechziger Jahre geburtenschwächeren Jahrgänge der siebziger und achtziger Jahre wachsen in die Phase der Familienbildung

hinein. Die Zahl der Sterbefälle wird sich – anders als die Zahl der Geburten – bis 2008 kaum verändern; erst danach kommt es zu einem leichten Anstieg. Bei sinkenden Geburtenzahlen hat dies zur Folge, dass der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung von Jahr zu Jahr weiter ins Minus rutscht. Lag er 1999 noch bei minus 3200,

so wird er sich im Jahr 2010 auf bis zu minus 6500 und im Jahr 2010 auf bis zu minus 7500 erhöht haben. *Schaubild 2* zeigt, dass der Überhang an Sterbefällen keine neue Entwicklung ist: Mitte der siebziger Jahre war der Sterbeüberschuss mit über 12 000 sogar deutlich höher, als er im Jahr 2015 sein wird. Man erkennt aber auch, dass der Trend des kon-

Altersaufbau der Bevölkerung in Hamburg 1998 und 2015 - Obere Variante

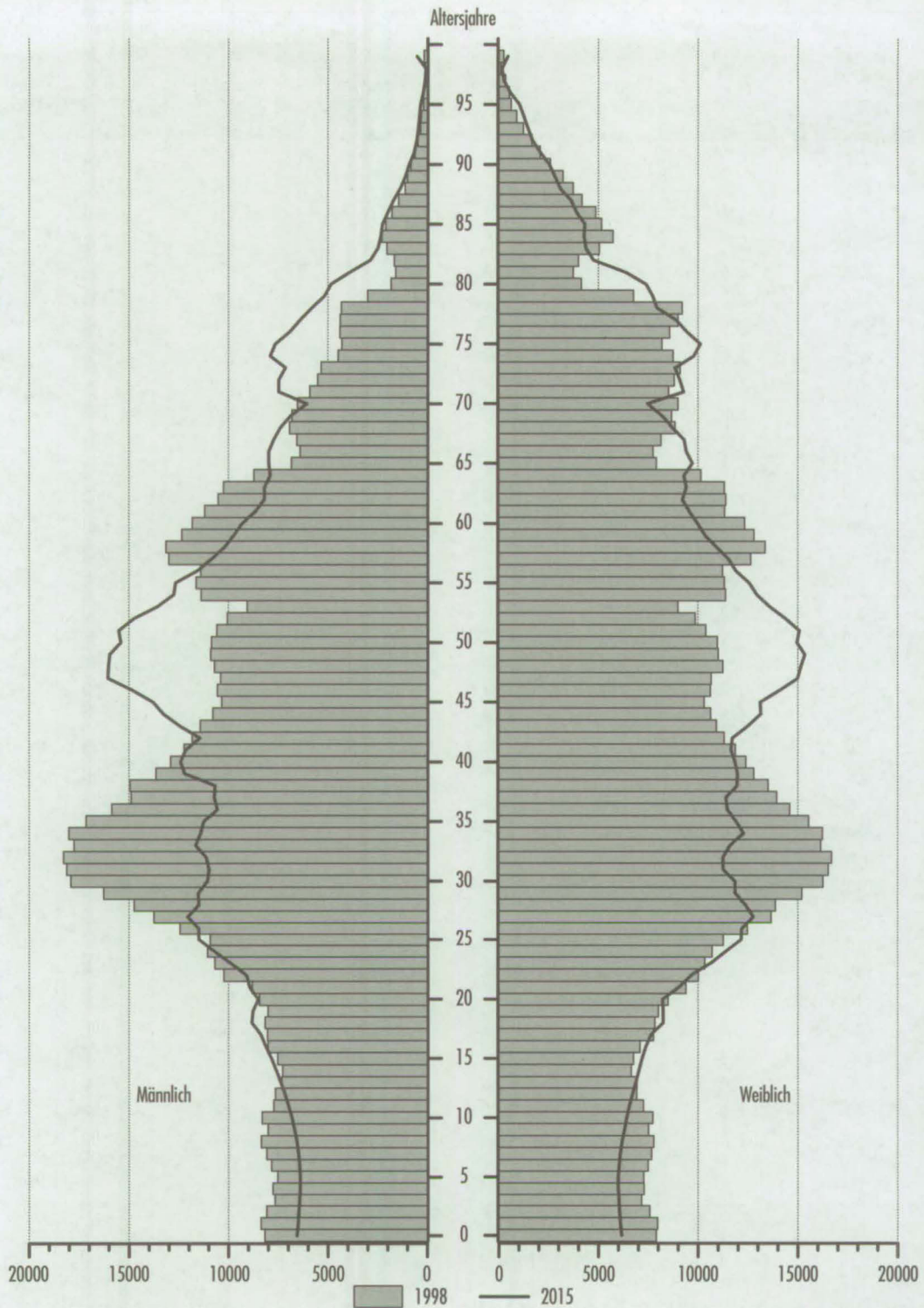


Schaubild 3

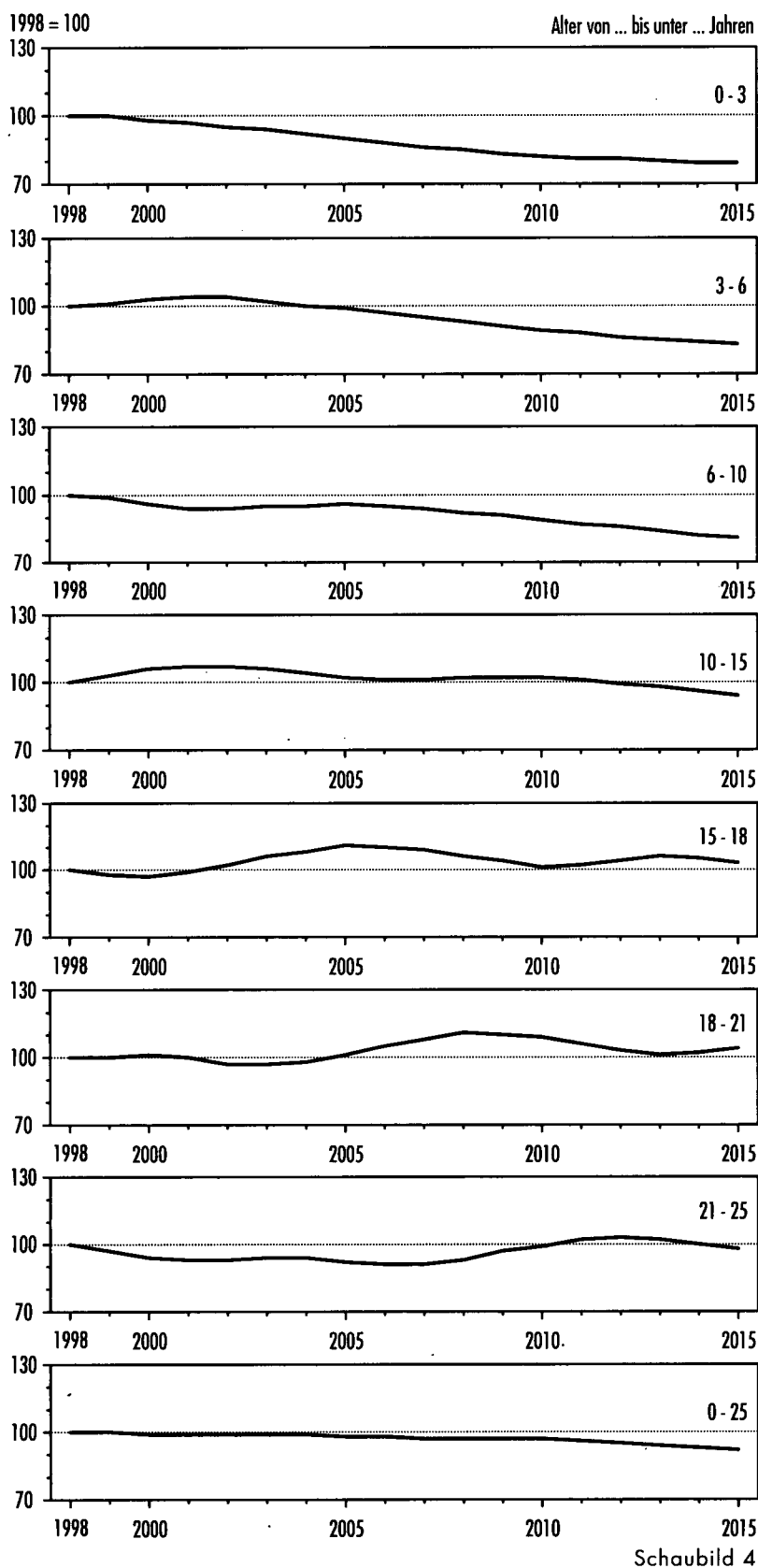
tinuierlichen Rückgangs des negativen natürlichen Saldos, der begünstigt durch die Altersstruktur und die gestiegenen Geburtenzahlen bis 1999 zu verzeichnen war,

endet und sich umkehrt.

Weiterhin fällt auf, dass die **ausländische Bevölkerung** in Hamburg sowohl in den letzten 25 Jahren als auch im Voraus-

schätzungszeitraum einen Geburtenüberschuss zu verzeichnen hat, der seine Ursache in höheren Geburtenraten der Ausländerinnen und einem geringeren Anteil äl-

Entwicklung ausgewählter Altersgruppen unter 25 Jahren in Hamburg 1998 bis 2015



terer Menschen in der ausländischen Bevölkerung hat. 1999 waren rund 17 Prozent der in Hamburg lebenden Deutschen 65 Jahre und älter, von den Ausländern und Ausländerinnen lediglich vier Prozent; im Jahr 2015 werden die Anteile nach der oberen Variante bei 20 und neun Prozent liegen. Somit wird der Trend des steigenden negativen Saldos der natürlichen Bevölkerungsbewegung durch die ausländische Bevölkerung in Hamburg gedämpft.

Die **Wanderungsgewinne** für Hamburg, die nach der vorliegenden Vorausschätzung erwartet werden, reichen nicht aus, um den negativen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung zu kompensieren. Der Gesamtsaldo der Bevölkerungsbewegung wird von Jahr zu negativer, selbst nach der oberen Variante mit höherer Zuwanderung von Ausländern: Er wächst von minus 1500 im Jahr 2001 über minus 2750 im Jahr 2010 auf minus 4400 im Jahr 2015. Betrachtet man die Entwicklung nur für die deutsche Bevölkerung, ist das jährliche Minus wesentlich größer: Es erhöht sich von 8200 im Jahr 2001 über 10 700 im Jahr 2010 auf fast 12 000 im Jahr 2015.

Im Folgenden werden nur noch die Ergebnisse der oberen Variante dargestellt, da aus heutiger Sicht die dort prognostizierten Entwicklungen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit eintreten werden als die der unteren Variante. Für Vergleiche der Istwerte mit den vorausgeschätzten Zahlen wird das Basisjahr 1998 der Prognose herangezogen.

Altersstruktur der Hamburger Bevölkerung insgesamt

Die Altersstruktur der hamburgischen Bevölkerung wird sich im Jahr 2015 deutlich von der derzeitigen unterscheiden. *Schaubild 3* zeigt dies: Dort sind die Bevölkerungszahlen nach einzelnen Altersjahren und Geschlecht differenziert für das Jahr 1998, das Basisjahr der Vorausschätzung, und 2015 in Form eines Baumes dargestellt. Es ist leicht zu erkennen, dass der Stamm des Baumes bis 2015 schlanker wird und die am weitesten ausladenden Äste nach oben wandern, da die Zahl der Jüngeren ab- und die der Älteren zunimmt.

Deutlich zu erkennen sind im Altersaufbau Einschnitte aufgrund innerhalb weni-

ger Jahre stark steigender oder sinkender Geburtenzahlen:

- Die Einschnitte bei den um 80 Jahre Alten, den knapp 70-Jährigen und den rund 55-Jährigen sind bedingt durch die Geburtenausfälle im Gefolge der beiden Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre.
- Der Einschnitt bei den unter 30-Jährigen hat seine Ursache im Rückgang der Geburtenzahlen Ende der sechziger Jahre. Während es in Hamburg 1964 rund 28 000 Geburten gab, waren es 1970 nur noch 18 000.

Am Beispiel der 1970 Geborenen lässt sich gut veranschaulichen, wie die Jahrgangsstärke durch Zuwanderung erhöht wird: So umfasste der Jahrgang 1970 Ende 1998 fast 29 000 Personen, rund 11 000 mehr als die entsprechende Zahl der Lebendgeborenen.

In *Schaubild 3* gut zu erkennen ist auch, dass 1998 in Hamburg die 30- bis unter 35-Jährigen die am stärksten besetzte Altersgruppe waren; im Jahr 2015 werden es die um 50-Jährigen sein.

Die Gesamteinwohnerzahl Hamburgs wird gegenüber 1998 bis zum Jahr 2015 um 2,2 Prozent abgenommen haben. In einzelnen Altersgruppen gibt es folgende Veränderungen (siehe *Anhangtabelle*):

- Die Zahl der unter 20-Jährigen nimmt im Betrachtungszeitraum von 307 000 auf 276 000 ab (–9,9%),
- die der 20- bis unter 60-Jährigen geht von 1 001 000 auf 971 000 zurück (–3,0%).
- Steigen wird die Zahl der 60-jährigen und älteren Hamburger und Hamburgerinnen, und zwar von 392 000 auf 415 000 (+5,8%). Ein stärkeres Anwachsen dieser Altersgruppe ist ab 2020 zu erwarten, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre in das Rentenalter hineinwachsen.

Innerhalb der großen Gruppe der 20- bis unter 60-Jährigen, aus der sich die überwiegende Zahl der Erwerbstätigen rekrutiert, wird es strukturelle Veränderungen geben: Während die Zahl der 20- bis unter 40-Jährigen im Betrachtungszeitraum von 552 000 auf 527 000 abnimmt (–4,5%), bleibt die der 40- bis unter 60-Jährigen mit 449 000 und 444 000 nahezu konstant (–1,1%). Das dem Arbeits-

markt zur Verfügung stehende Potential wird demzufolge altern.

Entwicklung bei den Altersgruppen unter 25 und ab 65 Jahren

Die Altersgruppe der unter 25-Jährigen ist im Rahmen von Bevölkerungsvorausschätzungen von besonderem Interesse, da die Größe dieser Gruppe die Nachfrage nach Kinderbetreuungs-, Schul- und Ausbildungsplätzen bestimmt. Die Gesamtgröße der Altersgruppe verringert sich von 405 000 Personen im Jahr 1998 kontinuierlich auf 372 000 Personen im Jahr 2015. Bei den einzelnen Teilgruppen der unter 25-Jährigen lassen sich unterschiedliche Tendenzen ausmachen (siehe *Schaubild 4*):

- In den Teilgruppen unter zehn Jahren werden die Bestände nach 2000 kontinuierlich kleiner.
- Bei den Teilgruppen im Alter von zehn Jahren und älter verläuft die Entwicklung in einer Welle, deren höchster Punkt zum Beispiel bei den 10- bis unter 15-Jährigen im Jahr 2002 liegt, bei den 21- bis unter 25-Jährigen hingegen erst im Jahr 2012.
- Außer bei den 15- bis unter 18-Jährigen und den 18- bis unter 21-

Jährigen haben alle Altersgruppen unter 25 im Jahr 2015 eine geringere Stärke als im Basisjahr 1998.

Die Nachfrage in den einzelnen Bereichen des Bildungs- und Ausbildungssektors wird sich also unterschiedlich entwickeln: Bereichen, in denen die Nachfrage zurückgeht (zum Beispiel Grundschulbereich), stehen andere gegenüber, in denen sie im Betrachtungszeitraum zunimmt.

Ebenso wie für die Altersgruppe der unter 25-Jährigen empfiehlt sich bei den 65-Jährigen und Älteren eine differenzierte Betrachtung, da mit zunehmendem Alter das Risiko steigt, hilfs- beziehungsweise pflegebedürftig zu werden und deshalb die Entwicklung einzelner Teilgruppen innerhalb der Gesamtgruppe von Interesse ist. Die Gesamtzahl der 65-Jährigen und Älteren in Hamburg nimmt im Vorausschätzungszeitraum um 42 000 auf 325 000 im Jahr 2015 zu (15,3%). In den Teilaltersgruppen sind folgende Entwicklungen zu erwarten:

- Die Gruppe der 65- bis unter 75-Jährigen wächst von 147 000 auf 164 000 (+12%),
- die 75- bis unter 85-Jährigen nehmen von 94 000 auf 120 000 zu (+28%),

Quotienten der Altersstruktur für die Hamburger Bevölkerung 1970 bis 2015

Gesamtquotient= Anzahl der unter 20-Jährigen und über 59-Jährigen je 100 der 20- bis 59-Jährigen
 Altenquotient= Anzahl der über 59-Jährigen je 100 der 20- bis 59-Jährigen
 Jugendquotient= Anzahl der unter 20-Jährigen je 100 der 20- bis 59-Jährigen

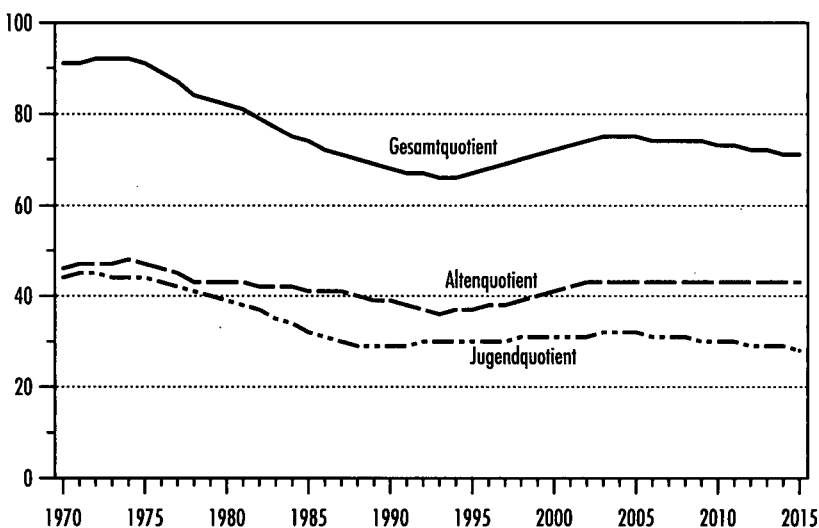


Schaubild 5

- die Zahl der Hochbetagten (85 Jahre und älter) bleibt bis 2015 mit rund 42 000 konstant.

Quotienten der Altersstruktur

Das Problem, dass in Zukunft eine wachsende Zahl nicht Erwerbstätiger einer geringer werdenden Anzahl Erwerbstätiger gegenübersteht, ist seit geraumer Zeit – insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Altersversorgung – immer wieder Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Um das zahlenmäßige Verhältnis der Altersgruppen der potentiell Arbeitenden zu den in der Regel nicht Arbeitenden auszudrücken, können Kennziffern in Form von (Alters-)Quotienten berechnet werden. Der **Gesamtquotient** wird berechnet, indem die Zahl der unter 20-Jährigen und

der 60-Jährigen und Älteren auf die Zahl der 20- bis unter 60-Jährigen bezogen wird. Der **Altenquotient** veranschaulicht das Verhältnis der Zahl der 60-Jährigen und Älteren zu den 20- bis unter 60-Jährigen, der **Jugendquotient** entsprechend das der unter 20-Jährigen zu den 20- bis unter 60-Jährigen.

Der Gesamtquotient ist seit Beginn der siebziger Jahre bis Anfang der neunziger Jahre kontinuierlich gefallen (siehe *Schaubild 5*): Während auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter Anfang der 70er Jahre noch gut 90 Jüngere und Ältere kamen, lag der Quotient 1995 nur noch bei 67. Bis 2005 wird er auf 75 steigen und bis 2015 wieder auf 71 sinken. Die Ursache für das Sinken des Quotienten nach 2005 liegt darin, dass die Zahl der jüngeren Hamburger und Hamburgerinnen abnimmt.

Der Altenquotient ist bis 1993 kontinuierlich gefallen und steigt seitdem wieder an. 1970 lag er bei 46, 1995 bei 37, bis zum Jahr 2002 wird er auf 43 steigen. Dieses Niveau bleibt bis zum Ende des Vorausschätzungszeitraums konstant. Nach 2015 ist ein weiterer Anstieg zu erwarten.

Der Jugendquotient, der zur Zeit bei 31 liegt, wird leicht ansteigen auf 32 und bis 2015 dann auf 28 sinken. In den siebziger Jahren lag er bei über 40.

Bei der ausländischen Bevölkerung in Hamburg ist der Altenquotient wesentlich niedriger als bei der deutschen Bevölkerung, der Jugendquotient um rund ein Drittel höher. Als Gesamtquotient ergibt sich für 1995 ein Wert von 49 gegenüber 71 bei der deutschen Bevölkerung.

Ulrich Hußing

Bevölkerung in Hamburg 1998, 2005, 2010 und 2015 nach Alter und Geschlecht

Bevölkerung insgesamt Untere Variante

Alter von ... bis unter ... Jahren	Fortschreibung 1998			2005			Vorausschätzung 2010			2015		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
unter 5	40 027	37 926	77 953	37 080	34 820	71 900	33 410	31 370	64 780	31 250	29 350	60 600
5 – 10	39 811	37 773	77 584	38 520	36 380	74 900	35 220	33 210	68 420	31 640	29 830	61 480
10 – 15	38 251	35 534	73 785	38 380	36 350	74 740	38 420	36 090	74 510	35 080	32 900	67 980
15 – 20	39 730	37 486	77 216	43 150	39 510	82 660	40 870	38 390	79 260	40 840	38 010	78 840
20 – 25	49 211	48 978	98 189	44 740	46 250	91 000	48 290	49 430	97 720	45 550	47 730	93 270
25 – 30	68 116	66 494	134 610	53 650	58 740	112 390	52 130	56 000	108 120	55 620	59 360	114 980
30 – 35	90 117	81 868	171 985	64 910	63 650	128 560	55 640	59 780	115 420	53 510	56 370	109 890
35 – 40	76 484	70 375	146 859	82 120	74 940	157 060	61 960	61 030	122 990	52 720	56 970	109 690
40 – 45	59 192	57 129	116 321	78 240	73 680	151 920	78 090	73 010	151 110	58 700	59 400	118 100
45 – 50	52 870	53 864	106 734	61 610	60 880	122 490	74 590	72 550	147 140	74 180	71 740	145 920
50 – 55	51 922	51 628	103 550	49 890	51 760	101 650	58 260	59 160	117 430	70 410	70 390	140 800
55 – 60	61 514	61 378	122 892	48 320	51 050	99 370	46 410	49 880	96 290	54 150	56 920	111 060
60 – 65	52 486	56 564	109 050	49 550	52 000	101 550	43 480	48 320	91 800	41 780	47 150	88 920
65 – 70	33 493	41 338	74 831	48 960	55 820	104 790	42 870	48 420	91 290	37 580	45 000	82 580
70 – 75	27 775	44 203	71 978	30 550	40 240	70 790	40 960	51 010	91 980	35 780	44 190	79 980
75 – 80	20 373	41 765	62 138	22 650	36 080	58 730	23 760	34 710	58 470	31 800	43 970	75 770
80 – 85	9 391	22 695	32 086	13 690	31 240	44 930	15 430	27 930	43 370	16 320	27 100	43 420
85 – 90	7 404	21 194	28 598	5 650	15 870	21 520	7 340	19 710	27 050	8 350	17 740	26 090
90 – 95	2 573	8 490	11 063	2 760	8 950	11 700	2 300	7 490	9 790	2 940	9 070	12 020
95 und älter	799	1 868	2 667	1 160	2 750	3 910	1 280	2 730	4 020	1 210	2 520	3 730
Insgesamt	821 539	878 550	1 700 089	815 600	871 000	1 686 600	800 700	860 200	1 660 900	779 400	845 700	1 625 100
unter 3	24 603	23 460	48 063	22 060	20 720	42 770	19 990	18 770	38 760	18 850	17 700	36 550
3 – 6	22 955	21 752	44 707	22 630	21 250	43 870	20 230	18 990	39 220	18 610	17 470	36 080
6 – 10	32 280	30 487	62 767	30 920	29 240	60 160	28 410	26 810	55 220	25 440	24 000	49 440
10 – 15	38 251	35 534	73 785	38 380	36 350	74 740	38 420	36 090	74 510	35 080	32 900	67 980
15 – 18	23 562	21 626	45 188	26 160	23 720	49 880	23 470	21 750	45 220	23 750	21 830	45 580
18 – 21	24 598	24 365	48 963	25 220	24 070	49 290	26 820	25 830	52 650	25 330	24 230	49 550
21 – 25	40 781	40 473	81 254	36 510	37 970	74 490	38 860	40 240	79 110	37 300	39 680	76 990
unter 20	157 819	148 719	306 538	157 130	147 070	304 200	147 920	139 050	286 970	138 820	130 080	268 900
20 – 60	509 426	491 714	1 001 140	483 480	480 950	964 430	475 370	480 840	956 210	464 840	478 890	943 710
60 und älter	154 294	238 117	392 411	174 970	242 960	417 930	177 430	240 330	417 750	175 770	236 750	412 510
unter 15	118 089	111 233	229 322	113 990	107 550	221 540	107 050	100 660	207 710	97 980	92 080	190 060
15 – 65	601 642	585 764	1 187 406	576 180	572 460	1 148 640	559 720	567 550	1 127 270	547 450	564 040	1 111 480
65 und älter	101 808	181 553	283 361	125 420	190 960	316 370	133 950	192 010	325 950	133 990	189 600	323 580

Anhangtabelle

Bevölkerung in Hamburg 1998, 2005, 2010 und 2015 nach Alter und Geschlecht

Bevölkerung insgesamt
Obere Variante

Alter von ... bis unter ... Jahren	Fortschreibung			Vorausschätzung								
	1998			2005			2010			2015		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
unter 5	40 027	37 926	77 953	37 310	35 020	72 330	34 030	31 940	65 970	32 340	30 370	62 710
5 – 10	39 811	37 773	77 584	38 680	36 530	75 200	35 710	33 680	69 400	32 540	30 680	63 200
10 – 15	38 251	35 534	73 785	38 540	36 500	75 020	38 860	36 500	75 350	35 900	33 640	69 540
15 – 20	39 730	37 486	77 216	43 400	39 670	83 070	41 550	38 820	80 370	41 900	38 750	80 660
20 – 25	49 211	48 978	98 189	45 170	46 540	91 700	49 390	50 270	99 670	47 130	48 980	96 080
25 – 30	68 116	66 494	134 610	54 240	59 190	113 440	53 650	57 100	110 770	58 060	61 360	119 420
30 – 35	90 117	81 868	171 985	65 650	64 040	129 690	57 320	60 930	118 240	56 210	58 250	114 460
35 – 40	76 484	70 375	146 859	82 760	75 240	158 010	63 900	62 000	125 900	55 380	58 740	114 110
40 – 45	59 192	57 129	116 321	78 790	73 880	152 660	79 840	73 700	153 520	61 740	60 850	122 590
45 – 50	52 870	53 864	106 734	61 960	60 990	122 940	75 820	72 960	148 770	76 630	72 700	149 320
50 – 55	51 922	51 628	103 550	50 070	51 850	101 900	58 890	59 420	118 330	71 960	70 980	142 930
55 – 60	61 514	61 378	122 892	48 440	51 130	99 560	46 730	50 090	96 810	54 930	57 310	112 240
60 – 65	52 486	56 564	109 050	49 620	52 060	101 680	43 730	48 550	92 270	42 190	47 510	89 670
65 – 70	33 493	41 338	74 831	49 020	55 870	104 890	43 040	48 590	91 630	37 900	45 370	83 280
70 – 75	27 775	44 203	71 978	30 580	40 280	70 860	41 090	51 140	92 230	35 990	44 480	80 470
75 – 80	20 373	41 765	62 138	22 670	36 100	58 790	23 820	34 790	58 610	31 960	44 160	76 130
80 – 85	9 391	22 695	32 086	13 700	31 250	44 950	15 470	27 990	43 460	16 400	27 210	43 610
85 – 90	7 404	21 194	28 598	5 650	15 890	21 540	7 360	19 730	27 080	8 380	17 810	26 200
90 – 95	2 573	8 490	11 063	2 760	8 960	11 710	2 310	7 500	9 800	2 950	9 090	12 050
95 und älter	799	1 868	2 667	1 170	2 750	3 910	1 280	2 730	4 020	1 220	2 540	3 740
Insgesamt	821 539	878 550	1 700 089	820 100	873 700	1 693 800	813 700	868 400	1 682 100	801 700	860 700	1 662 400
unter 3	24 603	23 460	48 063	22 210	20 850	43 050	20 380	19 140	39 520	19 520	18 340	37 860
3 – 6	22 955	21 752	44 707	22 730	21 340	44 070	20 550	19 290	39 840	19 220	18 040	37 260
6 – 10	32 280	30 487	62 767	31 040	29 350	60 390	28 800	27 180	55 980	26 130	24 660	50 790
10 – 15	38 251	35 534	73 785	38 530	36 490	75 030	38 860	36 490	75 350	35 900	33 640	69 540
15 – 18	23 562	21 626	45 188	26 300	23 810	50 100	23 820	21 980	45 800	24 330	22 240	46 570
18 – 21	24 598	24 365	48 963	25 410	24 170	49 580	27 350	26 150	53 510	26 090	24 730	50 810
21 – 25	40 781	40 473	81 254	36 870	38 230	75 100	39 770	40 970	80 730	38 610	40 750	79 370
unter 20	157 819	148 719	306 538	157 910	147 700	305 610	150 140	140 920	291 060	142 680	133 420	276 110
20 – 60	509 426	491 714	1 001 140	487 070	482 830	969 900	485 510	486 490	972 000	482 010	489 130	971 140
60 und älter	154 294	238 117	392 411	175 160	243 120	418 280	178 070	241 000	419 070	176 970	238 150	415 120
unter 15	118 089	111 233	229 322	114 510	108 030	222 540	108 590	102 100	210 690	100 770	94 680	195 450
15 – 65	601 642	585 764	1 187 406	580 100	574 550	1 154 650	570 780	573 850	1 144 640	566 090	575 380	1 141 470
65 und älter	101 808	181 553	283 361	125 530	191 070	316 610	134 350	192 460	326 810	134 800	190 650	325 440

Noch: Anhangtabelle

Bevölkerung in Hamburg 1998, 2005, 2010 und 2015 nach Alter und Geschlecht

Ausländische Bevölkerung Untere Variante

Alter von ... bis unter ... Jahren	Fortschreibung			Vorausschätzung								
	1998			2005			2010			2015		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
unter 5	8 307	7 854	16 161	8 040	7 560	15 590	7 340	6 900	14 240	6 620	6 230	12 850
5 – 10	8 557	8 128	16 685	8 170	7 790	15 960	7 770	7 350	15 120	7 120	6 730	13 850
10 – 15	8 341	7 353	15 694	7 780	7 350	15 120	7 810	7 350	15 160	7 450	6 950	14 400
15 – 20	10 049	7 979	18 028	9 710	7 970	17 680	8 800	7 520	16 310	8 870	7 530	16 400
20 – 25	14 111	11 673	25 784	10 260	9 830	20 090	10 160	10 440	20 600	9 280	9 930	19 210
25 – 30	17 546	14 771	32 317	13 080	13 580	26 660	11 650	12 090	23 740	11 630	13 000	24 620
30 – 35	18 625	13 240	31 865	17 690	15 370	33 060	13 230	13 880	27 110	11 890	12 390	24 280
35 – 40	14 483	10 056	24 539	16 120	12 930	29 050	15 560	14 150	29 720	11 670	12 810	24 480
40 – 45	10 206	8 338	18 544	12 440	9 800	22 250	13 290	11 390	24 670	12 910	12 490	25 390
45 – 50	8 182	8 150	16 332	8 730	7 590	16 320	10 010	8 810	18 830	10 750	10 260	21 010
50 – 55	7 909	6 588	14 497	6 460	7 230	13 690	7 200	6 990	14 190	8 280	8 130	16 400
55 – 60	6 213	4 494	10 707	6 630	6 990	13 620	5 330	6 740	12 070	5 950	6 510	12 470
60 – 65	4 456	3 049	7 505	5 070	4 620	9 690	5 340	6 490	11 820	4 290	6 240	10 530
65 – 70	2 405	1 914	4 319	3 800	3 200	7 000	3 770	4 020	7 790	3 960	5 640	9 600
70 – 75	1 198	1 195	2 393	2 070	1 890	3 960	2 940	2 870	5 800	2 900	3 590	6 490
75 – 80	596	760	1 356	1 190	1 370	2 560	1 640	1 730	3 380	2 300	2 610	4 920
80 – 85	303	330	633	600	780	1 390	910	1 190	2 100	1 210	1 490	2 700
85 – 90	194	268	462	230	340	570	390	580	970	560	850	1 410
90 – 95	75	81	156	120	160	290	120	200	320	190	310	500
95 und älter	44	80	124	80	120	200	100	130	230	120	140	260
Insgesamt	141 800	116 301	258 101	138 300	126 500	264 700	133 400	130 800	264 200	127 900	133 800	261 700
unter 3	5 020	4 843	9 863	4 750	4 470	9 220	4 310	4 050	8 360	3 880	3 650	7 530
3 – 6	4 876	4 565	9 441	4 940	4 630	9 570	4 580	4 300	8 880	4 150	3 890	8 040
6 – 10	6 968	6 574	13 542	6 520	6 250	12 770	6 230	5 900	12 130	5 720	5 410	11 130
10 – 15	8 341	7 353	15 694	7 780	7 350	15 120	7 810	7 350	15 160	7 450	6 950	14 400
15 – 18	5 954	4 482	10 436	5 880	4 780	10 660	5 040	4 230	9 270	5 140	4 290	9 430
18 – 21	6 303	5 448	11 751	5 650	4 810	10 460	5 740	5 160	10 900	5 470	4 840	10 320
21 – 25	11 903	9 722	21 625	8 440	8 220	16 650	8 180	8 560	16 740	7 540	8 330	15 870
unter 20	35 254	31 314	66 568	33 690	30 670	64 360	31 730	29 110	60 840	30 070	27 430	57 500
20 – 60	97 275	77 310	174 585	91 400	83 330	174 730	86 430	84 490	170 920	82 350	85 510	167 850
60 und älter	9 271	7 677	16 948	13 170	12 490	25 650	15 210	17 200	32 410	15 510	20 890	36 390
unter 15	25 205	23 335	48 540	23 980	22 690	46 680	22 930	21 600	44 530	21 200	19 900	41 100
15 – 65	111 780	88 338	200 118	106 180	95 920	202 100	100 570	98 490	199 060	95 510	99 280	194 790
65 und älter	4 815	4 628	9 443	8 100	7 870	15 960	9 870	10 710	20 580	11 220	14 640	25 860

Noch: Anhangtabelle

Bevölkerung in Hamburg 1998, 2005, 2010 und 2015 nach Alter und Geschlecht

Ausländische Bevölkerung Obere Variante

Alter von ... bis unter ... Jahren	Fortschreibung			Vorausschätzung								
	1998			2005			2010			2015		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
unter 5	8 307	7 854	16 161	8 200	7 710	15 900	7 770	7 310	15 080	7 360	6 910	14 280
5 – 10	8 557	8 128	16 685	8 310	7 920	16 220	8 180	7 730	15 900	7 770	7 360	15 130
10 – 15	8 341	7 353	15 694	7 930	7 480	15 380	8 190	7 710	15 900	8 090	7 540	15 630
15 – 20	10 049	7 979	18 028	9 950	8 120	18 070	9 430	7 900	17 330	9 800	8 160	17 960
20 – 25	14 111	11 673	25 784	10 650	10 110	20 750	11 180	11 230	22 400	10 670	11 040	21 720
25 – 30	17 546	14 771	32 317	13 650	14 020	27 650	13 070	13 130	26 200	13 850	14 790	28 630
30 – 35	18 625	13 240	31 865	18 380	15 740	34 110	14 780	14 930	29 690	14 330	14 040	28 350
35 – 40	14 483	10 056	24 539	16 730	13 200	29 920	17 320	15 010	32 330	13 990	14 300	28 290
40 – 45	10 206	8 338	18 544	12 950	9 980	22 910	14 810	11 980	26 790	15 470	13 680	29 150
45 – 50	8 182	8 150	16 332	9 050	7 690	16 750	11 100	9 190	20 280	12 820	11 050	23 850
50 – 55	7 909	6 588	14 497	6 620	7 310	13 920	7 790	7 230	15 010	9 590	8 630	18 220
55 – 60	6 213	4 494	10 707	6 740	7 060	13 800	5 630	6 930	12 570	6 640	6 850	13 490
60 – 65	4 456	3 049	7 505	5 140	4 680	9 810	5 570	6 700	12 280	4 650	6 580	11 220
65 – 70	2 405	1 914	4 319	3 860	3 240	7 100	3 940	4 170	8 100	4 240	5 990	10 230
70 – 75	1 198	1 195	2 393	2 100	1 930	4 030	3 070	3 000	6 050	3 100	3 840	6 930
75 – 80	596	760	1 356	1 200	1 390	2 600	1 720	1 820	3 520	2 470	2 810	5 260
80 – 85	303	330	633	620	810	1 400	930	1 250	2 180	1 290	1 610	2 890
85 – 90	194	268	462	230	360	590	400	610	1 000	590	920	1 510
90 – 95	75	81	156	120	170	290	120	220	330	200	330	530
95 und älter	44	80	124	70	120	190	100	120	230	120	150	270
Insgesamt	141 800	116 301	258 101	142 500	128 900	271 400	145 100	138 100	283 200	147 000	146 500	293 500
unter 3	5 020	4 843	9 863	4 850	4 560	9 420	4 580	4 310	8 890	4 330	4 070	8 400
3 – 6	4 876	4 565	9 441	5 020	4 710	9 730	4 830	4 530	9 350	4 570	4 290	8 870
6 – 10	6 968	6 574	13 542	6 630	6 350	12 980	6 550	6 200	12 750	6 240	5 910	12 150
10 – 15	8 341	7 353	15 694	7 910	7 470	15 390	8 200	7 700	15 900	8 100	7 540	15 640
15 – 18	5 954	4 482	10 436	6 010	4 860	10 870	5 360	4 440	9 800	5 630	4 640	10 270
18 – 21	6 303	5 448	11 751	5 830	4 900	10 730	6 230	5 450	11 680	6 140	5 270	11 410
21 – 25	11 903	9 722	21 625	8 770	8 460	17 230	9 010	9 230	18 240	8 700	9 280	17 990
unter 20	35 254	31 314	66 568	34 370	31 210	65 580	33 570	30 640	64 210	33 040	29 970	63 010
20 – 60	97 275	77 310	174 585	94 750	85 080	179 830	95 670	89 600	185 270	97 330	94 370	191 700
60 und älter	9 271	7 677	16 948	13 340	12 650	25 990	15 820	17 850	33 670	16 610	22 210	38 830
unter 15	25 205	23 335	48 540	24 420	23 090	47 510	24 150	22 740	46 890	23 240	21 820	45 050
15 – 65	111 780	88 338	200 118	109 840	97 860	207 700	110 660	104 200	214 860	111 780	109 100	220 880
65 und älter	4 815	4 628	9 443	8 210	7 980	16 180	10 260	11 150	21 410	11 970	15 640	27 600

Noch: Anhangtabelle

Hamburg im 20. Jahrhundert (Teil 2): Bürgerschaftswahlen

Überblick

Die gewählte Bürgerschaft kann am Ende des 20. Jahrhunderts – mit dem 6. Dezember 1999 – auf eine 140jährige Geschichte zurückblicken. Ihren Anfang hatte sie im Jahre 1859 nach den Wahlen im November mit ihrer konstituierenden Sitzung am 6. Dezember 1859 genommen. Erstmals konnten Bürger in jenem Jahr zumindest über einen Teil des Parlaments durch Wahlen entscheiden; zuvor hatte es nur eine „Erbgesessene Bürgerschaft“ gegeben.

Im 20. Jahrhundert konnten die Hamburger – ab 1919 auch die Hamburgerinnen – ihre Stimme insgesamt zu 28 Bürgerschaftswahlen abgeben. Das erste Mal war dies im Jahre 1901, das letzte Mal im Jahre 1997. Nicht mitgezählt sind in der Kaiserzeit erfolgte Stichwahlen (ab 1904) und die zahlreichen „Ergänzungswahlen zur Bürgerschaft“. Beim Ausscheiden von Bürgerschaftsabgeordneten wurde damals zwischenzeitlich nachgewählt. Deshalb fanden schon im Laufe des ersten Jahres nach der Jahrhundertwende fünf „Ergänzungswahlen zur Bürgerschaft“ in Teilgebieten Hamburgs statt.

Bezieht man die um die Jahrhundertwende bereits bestehende Bürgerschaft und die 1946 durch die englische Militärregierung für gut sieben Monate eingesetzte „vorparlamentarische“ Bürgerschaft mit ein, haben in diesem Jahrhundert insgesamt 30 Landesparlamente bestanden.

In den vier Jahren des Ersten Weltkrieges von 1914 bis 1918 hat die Bürgerschaft ohne allgemeine Wahl amtiert, und in den zwölf Jahren der nationalsozialistischen Diktatur von 1933 bis 1945 war die Bürgerschaft aufgelöst gewesen (ab 14. Oktober 1933).

Die 28 Bürgerschaftswahlen verteilen sich symmetrisch über die Hälften des

Bürgerschaftswahlen seit 1901

Lfd.Nr. der Wahl	Wahltermin	
1.	15.02.1901	Allgemeine Wahlen der Bürger zur halbschichtigen Erneuerung der Bürgerschaft
2.	12.02.1904	
3.	01.02.1907	
4.	01.02.1910	
5.	31.01.1913	
6.	16.03.1919	Arbeitsbeginn der von der Militärregierung ernannten „vorparlamentarischen“ Bürgerschaft
7.	20.02.1921	
8.	26.10.1924	
9.	09.10.1927	
10.	19.02.1928	
11.	27.09.1931	
12.	24.04.1932	
	27.02.1946	
13.	13.10.1946	
14.	16.10.1949	
15.	01.11.1953	
16.	10.11.1957	
17.	12.11.1961	
18.	27.03.1966	
19.	22.03.1970	
20.	03.03.1974	
21.	04.06.1978	
22.	04.06.1982	
23.	19.12.1982	
24.	09.11.1986	
25.	17.05.1987	
26.	02.06.1991	
27.	19.09.1993	
28.	27.09.1997	

Jahrhunderts: 14 Wahlen fanden vor 1950 statt, 14 in der Zeit danach. Und noch eine Wiederholung der Ereignisse ist zu registrieren: In beiden Hälften des Jahrhunderts musste eine Bürgerschaftswahl auf-

grund richterlicher Entscheidung wiederholt werden. Dies waren die Wahlen von 1927 und 1991.

Politisch war die Bürgerschaft der Kaiserzeit durch Ständevertretungen und nur in geringem Maße durch Parteien geprägt. Gleichwohl gilt das Jahr 1901 als Beginn der „Parteiendemokratie“ in der Bürgerschaft.

Am Anfang der Weimarer Zeit hatte die SPD zwar die absolute Mehrheit erhalten, verstärkte ihre Regierungsmehrheit aber durch Koalitionen. Die SPD blieb bis 1933 in der Regierungsverantwortung, obwohl sie mit der Bürgerschaftswahl vom April 1932 nur noch zweitstärkste Partei nach der NSDAP gewesen ist.

Seit 1946 stellte die SPD – von einer Wahlperiode abgesehen – ununterbrochen die Regierung. Lediglich von 1953 bis 1957 hatte der „Hamburg-Block“, ein Wahlbündnis von CDU, F.D.P. und der Deutschen Partei (DP) die Mehrheit der Bürgerschaftssitze gewonnen und den Senat gebildet.

In mehreren Wahlperioden koalierte die SPD trotz ihrer absoluten Mehrheiten mit der F.D.P. Nach der Bürgerschaftswahl von 1993 kooperierte sie mit der Wählervereinigung „STATT Partei“. Seit der Bürgerschaftswahl von 1997 bilden SPD und GRÜNE/GAL eine Koalitionsregierung, einzige Oppositionspartei in der Bürgerschaft ist die CDU.

Gründung des Landeswahlamtes

Zu Beginn des Jahrhunderts lag in Hamburg die verantwortliche Leitung der Wahlen zum Reichstag, zur Bürgerschaft und zum Gewerbegericht bei der „Central-Wahlcommission“, die aus zwei Senatoren, zwei Mitgliedern des Bürgeraus-

schusses und fünf bürgerlichen Mitgliedern der Steuer-Deputation bestand. Die ausführenden Arbeiten wurden vom „Statistischen Bureau“, dem heutigen „Statistischen Landesamt“ durchgeführt, ab 1. Oktober 1900 aber durch ein neu eingerichtetes „Bureau für Wahl- und Einquartierungs-Angelegenheiten“ (siehe Kasten), das nebenamtlich vom „Director des Statistischen Bureaus“ geleitet wurde.

Diese Tradition wirkt bis in die Gegenwart fort: Das Landeswahlamt ist heute eine eigenständige Abteilung im Statistischen Landesamt, das wiederum ein Amt der Behörde für Inneres bildet. Die verantwortliche Leitung liegt beim jeweiligen Staatsrat, der vom Senat zum Landeswahlleiter bestellt worden ist und in dieser Funktion den Vorsitz im jeweiligen Landeswahlausschuss führt. „Der Landeswahlleiter übernimmt die Vorbereitung und Durchführung der Wahl und bedient sich dabei des Landeswahlamtes“ (Wahlgesetz bis 1985). Der Leiter des Statistischen Landesamtes ist zum stellvertretenden Landeswahlleiter bestellt worden, bis 1985 kraft Gesetzes und heute vom Senat in Fortsetzung dieser Praxis. Unabhängig von den zentralen Aufgaben werden örtlich zu erledigende Arbeiten von der Bezirksverwaltung wahrgenommen.

Um die Jahrhundertwende bildete bei jeder Wahl die Aufstellung der Wählerlisten die Hauptarbeit. Das Wählerverzeichnis zum Reichstag umfasste Anfang des Jahrhunderts rund 200 000 „Personalkarten“, am Jahresende 1909 waren es bereits knapp 300 000. Von diesen waren zur Bürgerschaftswahl stimmberechtigt aber nur die knapp 40 000 Personen, die das Bürgerrecht besaßen, sowie etwa 7000 Grundeigentümer und gut 1300 Richter und Beamte („Notabeln“). Im wesentlichen waren die Personalien ständig mit den wahlrelevanten Veränderungen im Standesamts- und Meldewesen, in der Bürgerrolle, im Grundbuch sowie aus der Armenanstalt fortzuschreiben. Hinzu kam 1901 ein Datenabgleich mit der Volkszählung vom Dezember 1900.

Übrigens: Die Personalien der Wahlberechtigten sowie der vom Wahlrecht Ausgeschlossenen wurden noch bis Mitte der sechziger Jahre im Statistischen Landesamt geführt (auf metallenen Adress-Prägeplatten „Adrema“), mit deren Hilfe damals die Wählerverzeichnisse und

Wahlbenachrichtigungskarten sowie die Lohnsteuerkarten bedruckt worden sind. Auch einfache statistische Auszählungen konnten mit dieser Platten-Kartei vorgenommen werden. Als Relikt aus dieser Zeit ist nachgeblieben, dass das Statistische Landesamt noch immer die zuständige Stelle für die Bescheinigung des Wahlrechts bei Unterstützungsunterschriften zu Wahlvorschlägen und zur Bescheinigung der Wählbarkeit von Kandidierenden ist.

Bürgerschaftswahlen in der Kaiserzeit

Die erste (allgemeine) Bürgerschaftswahl dieses Jahrhunderts fand am 15. Februar 1901 statt, sie ist zugleich Beginn der Parteiendemokratie: Bei dieser „halbschichtigen“ Bürgerschaftswahl wurde mit Otto Stolten das erste Bürgerschaftsmitglied einer Partei (hier: SPD) gewählt.

Im Reichstag waren Parteien um die Zeit der Jahrhundertwende aber bereits seit drei Jahrzehnten etabliert gewesen. So hatten die wahlberechtigten Hamburger seit der Reichstagswahl 1884 mehrheitlich in allen drei Wahlkreisen einen sozialdemokratischen Abgeordneten gewählt. Einer von ihnen war August Bebel, Mitgründer der SPD.

Der vergleichsweise späte Start der Parteiendemokratie in der Bürgerschaft war eine direkte Folge des ständisch geprägten Wahlrechts zur Bürgerschaft („Klassenwahlrecht“). Mindestvoraussetzung war das Bürgerrecht in Hamburg. Für die Verleihung dieses Rechts wurde eine vergleichsweise hohe Gebühr erhoben. Somit hatte Stimmrecht bei der Bürgerschaftswahl nur ein Fünftel der Wählerschaft zum Reichstag. Eine weitere Einschränkung der Allgemeinheit der Wahl lag darin, dass die „normalen“ Bürgerrechtler nur die Hälfte der 160 Sitze durch Wahl bestimmen konnten, die andere Hälfte wurde hingegen wie folgt aufgeteilt: je 40 Sitze (also je ein Viertel aller Sitze) entfielen auf Männer mit Bürgerrecht,

- die außerdem Grundeigentümer in Hamburg waren und
- die Mitglieder der Gerichte und Deputationen waren („Notabeln“). Die 40 Sitze der letzten Gruppe wurde ohne Wahl aus dem Kreis der „Notabeln“ heraus bestimmt.

Gewählt wurde in Wahlkreisen, in denen je nach Zahl der Wahlberechtigten eine bis drei Personen zu wählen waren, die Wahlberechtigten konnten dort dann mehrere Stimmen abgeben. Die Wahlperiode dauerte sechs Jahre, nach drei Jahren wurde jeweils die Hälfte der Sitze neu besetzt („halbschichtige Erneuerung der Bürgerschaft“).

Für das damalige Wahlrechtsverständnis war bezeichnend:

- Frauen hatten kein Wahlrecht.
- Wer vor der Wahl seine Steuern nicht bis zum Abschluß der Wählerlisten bezahlt hatte, wer zahlungsunfähig war oder gar der „Armenkasse“ zur

Aus dem Jahresbericht der Steuer-Deputation für 1900 (Seite 26):

„Durch Beschluß Eines Hohen Senates und der Bürgerschaft vom 24. August bezw. 11. Juli 1900 wurde ein für die Wahrnehmung der Geschäfte der Central-Wahlcommission und der Section für Einquartierung bestimmtes Bureau als eine der Steuer-Deputation unterstellte Abtheilung errichtet. Als eigenes Personal dieses Bureaus wurden ein Bureauvorsteher (Gehaltsklasse 10), ein Bureauassistent (Gehaltsklasse 7) und zwei Kanzlisten (Gehaltsklasse 4) sowie das erforderliche Hilfspersonal bewilligt; ...

Durch Beschluß der Steuer-Deputation erhielt die neue Abtheilung die Bezeichnung „Bureau für Wahl- und Einquartierungs-Angelegenheiten“. Da die für die Steuer-Deputation beantragte Stelle eines juristischen Beamten, dem das neue Bureau unterstellt werden sollte, von der Bürgerschaft nicht bewilligt worden war, so übertrug die Steuer-Deputation die Leitung dieses Bureaus bis auf Weiteres dem Director des Statistischen Bureaus. Nachdem die neuen Beamtenstellen besetzt worden waren, übernahm das Bureau für Wahl- und Einquartierungs-Angelegenheiten am 1. Oktober die bisher von dem Statistischen Bureau ausgeführten Arbeiten der Central-Wahlcommission sowie der Section für Einquartierung.“

Last fiel, hatte sein Wahlrecht verloren.

„Der Eintritt neuer Parteien in den Wahlkampf hat auch die Aufstellung mehrerer Kandidaten bewirkt, deren es bei früheren Wahlen meist nur zwei gab; eine weitere Folge hiervon ist das Sinken des Anteils, den die auf die Gewählten gefallenen Stimmen von den überhaupt abgegebenen Stimmen bilden ...“, merkten die Chronisten der Steuer-Deputation in ihrem Jahresbericht für das Jahr 1901 im Rückblick auf die vorangegangenen Bürgerschaftswahlen an. Weiter heißt es dort: „... Die starke Vermehrung der Bevölkerung seit dem Jahre 1897 hat nicht nur ... zur Folge gehabt, sondern es ist dadurch, daß weitere Kreise der Bevölkerung das Wahlrecht erhielten und somit auch neue Parteien in den Wahlkampf eintraten, die Wahlbeteiligung seitens der Wahlberechtigten wesentlich gesteigert worden. ... Auf die Grundeigentümer-Wahlen hat die Agitation der Parteien stets nur geringen Einfluß gehabt, denn die Gewählten hatten bei den meisten Wahlen mehr als Dreiviertel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt.“

Die Wahlgesetzänderung von 1906 hatte das Ziel, den Parteeinfluss durch eine zusätzliche Aufteilung der (allgemeinen) Wählerschaft in zwei Klassen nach der Höhe ihrer Steuer zurückzudrängen. Den Bürgern mit Jahreseinkommen von mehr als 2500 Mark (jährliche Mindesteinkünfte in den drei vorangegangenen Jahren) stand die doppelte Sitzzahl zu. Dies schränkte die Mitwirkungsmöglichkeiten der breiten Schicht der niedrigverdienenden Bürger erheblich ein und begünstigte die Höherverdienenden überproportional. Die Opposition prägte für diese Wahlrechtsänderung das Schlagwort vom „Wahlrechtsraub“.

Vor diesem Hintergrund erreichte die Teilnahme der Wählerschaft bei der halbschichtigen Bürgerschaftswahl am 1. Februar 1907 ihre Spitzenwerte in der Kaiserzeit: Bei den „allgemeinen Wahlen“ der Bürger kandidierten 11 Listen, und die Wahlbeteiligung stieg auf 94,1 Prozent. (Zum Vergleich: Bei der Reichstagswahl am 25. Januar 1907 lag die Wahlbeteiligung „nur“ bei 85,3 Prozent.) Mit 42,5 Prozent erzielte die SPD zwar die relative Mehrheit, konnten mit ihren elf Abgeordneten die Machtverhältnisse in Bürger-

schaft und Senat damit aber nicht verändern. Wie stark damals „mobilisiert“ wurde, lässt sogar die zurückhaltende Beschreibung der Chronisten des Landeswahlamtes erkennen: „Die Wahlbeteiligung war insbesondere bei den Allgemeinen Wahlen sehr reg.“ Weiter heißt es in der Stadtteilsbetrachtung „Höchste Wahlbeteiligung im Stadtteil Billwärder Ausschlag mit 99,11 Prozent“ – einem Gebiet, das heute zum Stadtteil Rothenburgsort gehört.

Die letzte „halbschichtige“ Bürgerschaftswahl fand 1913 statt.

Bürgerschaftswahlen in der Weimarer Zeit

Nach Ausrufung der Republik am 9. November 1918 wurden auf Reichs- und Landesebene allgemeine, gleiche und freie Wahlen eingeführt. Erstmals erhielten Frauen das Wahlrecht und die bis dahin bestehenden unterschiedlichen Stimmgewichte aufgrund von Steuerkraft oder Grundbesitz waren abgeschafft. Bei der ersten Bürgerschaftswahl in der Weimarer Zeit am 16. März 1919 konnten somit 661 001 Personen ihre Stimme abgeben. Es kandidierten 21 Listen. Die Wahlbeteiligung erreichte bei dieser Wahl mit 80,6 Prozent den zweithöchsten Wert in der Zeit zwischen den Weltkriegen (Der Höchstwert war mit 83,4 Prozent zur Bürgerschaftswahl von 1931 zu verzeichnen.).

Bei der Bürgerschaftswahl von 1919 erzielte die SPD mit 50,4 Prozent der Stimmen knapp die absolute Mehrheit. Das war ihr höchster Stimmenanteil bei den Bürgerschaftswahlen der Weimarer Zeit. Die SPD konnte damit 82 der 160 Sitze besetzen (Verteilungsverfahren nach Höchstzahlverfahren d'Hondt). Sie übernahm aber nicht die alleinige Regierungsverantwortung in Hamburg, sondern bildete zusammen mit der (sozial-liberalen) „Deutschen Demokratischen Partei (DDP)“ eine Regierungskoalition. Die DDP war mit 20,4 Prozent der Stimmen zweitstärkste Partei geworden. Die SPD blieb zusammen mit der DDP, die ab 1930 in der „Deutschen Staatspartei (DStP)“ aufgegangen war, in allen sechs Bürgerschaftswahlen der Weimarer Zeit in der Regierungsverantwortung. Ab 1924 wurde außerdem die (bürgerliche) „Deutsche

Volkspartei (DVP)“ mit in das Regierungsbündnis aufgenommen. Bei der Bürgerschaftswahl von 1924 war der Stimmenanteil der SPD auf 32,4 Prozent abgesunken.

Die Bürgerschaftswahl vom 9. Oktober 1927 wurde durch Urteil des Reichsstaatsgerichtshofes am 17. Dezember 1927 für ungültig erklärt, weil einige der zu dieser Wahl eingeführten Bestimmungen über die Zulassung von Wahlvorschlägen gegen die Reichsverfassung verstießen (u.a. Hinterlegung einer Garantiesumme bei der Kandidatur neuer Parteien). Bei dieser Wahl war erstmals die NSDAP angetreten, hatte aber mit 1,5 Prozent der Stimmen noch keinen Mandatserfolg.

Bei der Neuwahl am 19. Februar 1928 blieben die Kräfteverhältnisse praktisch unverändert. Allerdings erhöhte die NSDAP ihren Stimmenanteil auf 2,2 Prozent, was ihr drei Mandate und den erstmaligen Einzug in die Bürgerschaft besicherte.

Die Bürgerschaftswahl vom 27. September 1931 brachte eine entscheidende Wende, denn die Regierungskoalition aus SPD, DStP und DVP verlor ihre parlamentarische Mehrheit. Stärkste Partei war zwar noch die SPD, ihr Stimmenanteil war aber auf den Tiefststand der Weimarer Zeit gesunken (27,8 Prozent). Dichtauf lag die NSDAP mit 26,3 Prozent. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums stand als drittstärkste Kraft die KPD mit 21,7 Prozent der Stimmen. Damit war eine Neubildung des Senats politisch blockiert. Geschäftsführend konnte der Koalitions-senat jedoch seine Regierungstätigkeit aufgrund der Reichsnotverordnung vom 24. August 1931 fortsetzen. Die Bürgerschaft löste sich daher wieder auf und wurde am 24. April 1932 neu gewählt.

Bei dieser letzten Bürgerschaftswahl der Weimarer Zeit im April 1932 verbesserten die Koalitionsparteien zwar geringfügig ihre Stimmenanteile, verfügten aber nur über 72 der 160 Bürgerschaftssitze. Stärkste Partei war die NSDAP geworden. Mit fast 234 000 Stimmen (31,2 Prozent) kam sie auf 51 Bürgerschaftsmandate. Knapp dahinter lag die SPD, deren 226 000 Stimmen nur 48 Sitze ergeben hatten (Stimmenanteil: 30,2 Prozent).

Da die Koalitionsverhandlungen im Verlaufe des Jahres 1932 keine Ergebnisse brachten, blieb der SPD-geführte Senat wiederum geschäftsführend im Amt.

Bürgerschaft in totalitärer Zeit

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt („Machtergreifung“).

Wenige Wochen später traten die geschäftsführenden Senatsmitglieder auf politischen Druck hin zurück (3. März 1933), und am 8. März 1933 wurde durch Beschluss einer Rumpfbürgerschaft, an der die SPD- und KPD-Abgeordneten nicht mehr teilnahmen oder teilnehmen konnten, ein Koalitionssenat unter Führung der NSDAP eingesetzt. Dieser politische Umschwung war begleitet gewesen von der Polarisierung zu den Reichstagswahlen am 5. März 1933, bei der die NSDAP im Reichsgebiet ihre relative Mehrheit auf 42,9 Prozent der Stimmen ausbauen konnte.

Schon am 5. April 1933 wurde die gewählte Bürgerschaft „zwangsaufgelöst“ und aufgrund des „Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ nach dem Hamburger Reichstagswahlergebnis vom 5. März 1933 umgebildet. (Die 32 Mandate der KPD wurden dabei gestrichen, so dass die Bürgerschaft nur noch 128 Mandate umfasste.) Am 14. Oktober 1933 wurde die Bürgerschaft schließlich – wie auch der Reichstag und sämtliche anderen Länderparlamente – formal von der Reichsregierung aufgelöst.

In den Jahren von 1933 bis 1945 haben 25 Bürgerschaftsabgeordnete unter totalitärer Herrschaft ihr Leben gelassen. Von diesen waren 20 ein Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung geworden, der weitere fünf Bürgerschaftsabgeordnete zunächst entkommen konnten, die dann aber in der Sowjetunion dem Stalinistischen Terror zum Opfer fielen. Diesen Menschen wird im Hamburger Rathaus seit dem 8. Mai 1981 mit einer Bronzetafel ehrend gedacht und in einer dort ausgelegten Schrift sind deren Einzelschicksale dargestellt.

Bürgerschaftswahlen seit 1946

Bereits am 27. Februar 1946, also nicht einmal zehn Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nahmen 81 von der britischen Militärregierung ernannte Bürgerschaftsabgeordnete ihre Arbeit in der „vorparlamentarischen“ Bürgerschaft

auf. Dies waren 74 Männer und 7 Frauen.

Ihnen war nur eine kurze Amtszeit von knapp acht Monaten beschieden, denn am 13. Oktober 1946 wurde die erste Bürgerschaft wieder in freien Wahlen bestimmt. Gewählt wurden 110 Abgeordnete. Nach britischer Anweisung war Hamburg in 21 Wahlkreise eingeteilt worden, in denen jeweils vier Abgeordnete zu wählen waren. Insgesamt wurden damit 84 Bürgerschaftssitze vergeben. Weitere 26 Mandate wurden aufgrund von Reststimmen durch Verhältniswahl verteilt. Bei dieser Bürgerschaftswahl konnte jede wahlberechtigte Person vier Stimmen abgeben. Wahlgebiet war erstmals „Groß Hamburg“ mit den ehemals preußischen Städten Altona, Harburg und Wandsbek, jedoch ohne die früheren „Landgebiete“, die verschiedene Gemeinden von Geesthacht bis Cuxhaven umfassten. Wahlberechtigt waren knapp 970 000 Hamburgerinnen und Hamburger, die sich zu 79,0 Prozent an der Bürgerschaftswahl beteiligten. Nicht wählen durften aufgrund britischer Weisungen unter anderem 14 600 „belastete Personen“, die Funktionsträger in der NS-Zeit gewesen waren.

Aufgrund des überwiegenden Mehrheitswahlrechts fielen der SPD mit 43,1 Prozent der Stimmen 75,5 Prozent der Bürgerschaftsmandate zu (83 Mandate), 16

Mandate erhielt die CDU, 7 die F.D.P. und 4 die KPD. Die SPD stellte mit Max Brauer den ersten Bürgermeister der Nachkriegszeit.

Zur nächsten Bürgerschaftswahl am 16. Oktober 1949 blieb es noch bei dem Kombinationsmodell mit überwiegendem Mehrheitswahlrecht. Es gab allerdings keine Vier-Personen-Wahlkreise mehr, stattdessen wurde die Zahl der Wahlkreise von 21 auf 72 erhöht. Da die Gesamtzahl der Bürgerschaftssitze um 10 auf 120 heraufgesetzt wurde, konnten nun 48 Mandate im Verhältniswahlrecht vergeben werden. Die Wahlperiode wurde auf vier Jahre ausgedehnt. Bei einer Wahlbeteiligung von 70,5 Prozent gab es für die Parteien folgende Ergebnisse: Spitzenreiter war die SPD mit 42,8 Prozent der Stimmen vor dem „Vaterstädtischen Bund Hamburg“ (34,5 Prozent), einem Zusammenschluss von CDU und F.D.P. Die KPD kam auf einen Stimmanteil von 7,4 Prozent.

Am Anfang der 50er Jahre wurde eine heftige Diskussion zur Reform des Wahlrechts geführt. Bei dieser setzten sich die Anhänger des reinen Verhältniswahlrechts mit gebundenen Listen durch, wie es bereits in der Weimarer Zeit bestanden hatte. Die Mehrheitswahl und die damit verbundene Einteilung Hamburgs in Wahlkreise wurde aufgegeben.

Die Wahlbeteiligung zur Bürgerschaftswahl am 1. November 1953 erreichte mit 80,9 Prozent den höchsten Wert bei einer regulären Wahl in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts. (Noch höher lag er nur mit 84,0 Prozent bei der vorgezogenen Neuwahl am 19. Dezember 1982, die politisch im Zeichen des Bonner Koalitions- und Kanzlerwechsels Schmidt/Kohl gestanden hatte.)

Die hohe Wahlbeteiligung zur Bürgerschaftswahl 1953 erklärt sich durch folgende politische „Großwetterlage“: Zur Bundestagswahl zwei Monate zuvor hatten CDU, F.D.P. und Deutsche Partei (DP) Wahlabsprachen getroffen, wonach sie in den Wahlkreisen nur wechselseitig antreten waren. Dies bescherte den verbündeten Parteien sieben Wahlkreismandate in Hamburg, nur einer fiel an die SPD. Da Absprachen dieser Art bei der Bürgerschaftswahl aufgrund des anders gearteten Stimmrechts nicht möglich waren, schlossen sich CDU, F.D.P. und DP zu einer Listenverbindung zusammen, die als „Ham-

Wahlorganisation 1946

Die erste Bürgerschaftswahl nach dem Krieg konnte organisatorisch nur durch zahlreiche Improvisationen bewältigt werden. Denn es fehlte an allem. Papier war knapp, Wahlumschläge gab es nicht, weil sie im Kriege für Dienstpost verwendet worden waren. Es gab keine Wahlurnen und kein Holz zur Herstellung, statt dessen mussten sehr schwere Munitionskisten verwendet werden, was zusätzliche Transportkapazität im zerbombten Hamburg erforderte, und nicht einmal genügend Bleistifte waren vorhanden (gewählt wurde daher mit „Bleistiftstummeln“). Grundlage der Wählerverzeichnisse bildeten die Personenlisten zur Ausgabe von Lebensmittelkarten (vgl. „Die Bürgerschaftswahl am 13. Oktober 1946“ in „Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft“, Sonderband 1 vom 15. Juni 1947, Seite 6).

burg-Block“ zur Wahl kandidierte. Der „Hamburg-Block“ bekam mit 50,0 Prozent der Stimmen die Mandatsmehrheit (62 der 120 Sitze) und stellte unter Führung von Dr. Kurt Sieveking (CDU) den Senat.

Im Vorfeld der Bürgerschaftswahl am 10. November 1957 wollten zwar die Deutsche Partei und der Gesamtdeutsche Block/BHE als Wahlbündnis kandidieren, verzichteten aber darauf und versuchten statt dessen die Wahl wegen des seit der letzten Bürgerschaftswahl gerichtlich eingeführten Verbots von Listenverbindungen anzufechten. Das im Wahlprüfungsverfahren angerufene Hamburgische Verfassungsgericht erklärte in seiner Entscheidung vom 15. Dezember 1958 die angestrebte Art von Listenverbindungen für unzulässig, weil sie nicht dem Wesen einer Partei entspreche. Danach bestehe eine Partei aus Menschen und nicht aus Organisationen. Nur in einer Partei könnten die einzelnen Mitglieder ihre Mitgliedsrechte persönlich ausüben. (Nachträglich wurden damit die Hamburger Wahlbündnisse der Nachkriegszeit für unzulässig erklärt.)

Bei der Bürgerschaftswahl von 1957 gewann die SPD ihre Mehrheit zurück, die sie über viele Jahre bis 1982 verteidigen konnte. Mit Max Brauer als Spitzenkandidaten, der damit seine dritte Amtszeit als Bürgermeister übernahm, erzielte die SPD 53,9 Prozent der Stimmen, nahm aber die F.D.P., die 8,6 Prozent erhalten hatte, mit in die Regierungsverantwortung. Die CDU kam bei dieser Wahl auf 32,2 Prozent der Stimmen.

Die SPD baute ihre absolute Mehrheit über die Bürgerschaftswahl 1961 (57,4 Prozent) bis zur Wahl von 1966 aus. Mit 59,0 Prozent kam sie 1966 auf ihren höchsten Anteil in der Nachkriegszeit.

Neue politische Strömungen

Allerdings war die Bürgerschaftswahl 1966, die in der Ära einer „Großen Koalition“ in Bonn stattfand, auch von ersten Zeichen eines Protestes in der Wählerschaft gekennzeichnet: Die Wahlbeteiligung war erstmals in der Nachkriegszeit auf knapp unter 70 Prozent gesunken (69,8 Prozent) und die NPD konnte auf Anhieb 3,9 Prozent der Stimmen und da-

mit ihren höchsten Wert aller Bürgerschaftswahlen für sich verbuchen. Anders als bei Landtagswahlen jener Zeit, verfehlte die NPD den Einzug in die Bürgerschaft.

Hamburg war das erste Land, das das Wahlalter zur Landtagswahl auf 18 Jahre gesenkt hat. Dies erfolgte bereits zur Bürgerschaftswahl 1970 und damit sogar vor der Änderung im Bundeswahlrecht (dort hat diese Altersgrenze erstmals zur Bundestagswahl 1972 gegolten).

Die Protestbewegung von 1968 absolvierte ihren politischen „Probelauf“ im Jahre 1970 bei der zeitgleich mit der Bürgerschaftswahl stattfindenden Bezirksversammlungswahl: Dort trat erstmals eine Wählervereinigung im Bezirk Bergedorf (erfolglos) an, die Probleme im neu entstandenen Siedlungsgebiet „Lohbrügge“ thematisierte (Stimmenanteil 3,4 Prozent). Auf der Ebene des Landesparlaments begann der Weg der alternativen Gruppierungen bei der Bürgerschaftswahl vom 4. Juni 1978: Was damals mit einer Wählervereinigung „Bunte Liste – Wehrt Euch – Initiativen für Demokratie und Umweltschutz“ begann und 3,5 Prozent der Stimmen erzielte, dann einen bundesweiten Testlauf als Wählervereinigung „DIE GRÜNEN“ bei der Europawahl 1979 absolvierte und bei der Bürgerschaftswahl im Juni 1982 als Wählervereinigung „Grün-Alternative Liste (GAL)“ erste Mandatserfolge erzielte und damit zu den „Hamburger Verhältnissen“ fehlender regierungsfähiger Parlamentsmehrheiten beitrug, ist vereinfacht gesehen – die heute in Hamburg wie im Bund an der Regierung beteiligte Partei der „Bündnisgrünen“. Sie ist heute in der Bürgerschaft mit 13,9 Prozent der Stimmen und 21 Mandaten vertreten, dem besten Ergebnis ihres Bestehens.

Das letzte Viertel dieses Jahrhunderts war gekennzeichnet durch einen erheblichen gesellschaftlichen Wandel, der sich auch an den Ergebnissen der Bürgerschaftswahlen ablesen lässt: Die traditionellen Parteien SPD, CDU und F.D.P. mussten Einbußen bei ihrer Stammwählerschaft hinnehmen. Gravierende Auswirkungen hatte dies für die F.D.P., die in den acht Bürgerschaftswahlen seit 1978 nur noch zweimal in die Bürgerschaft gelangte (1987 und 1991).

Die SPD war im Juni 1982 nach dem erstmaligen Einzug der „grünen“ Bewe-

gung in die Bürgerschaft (Stimmenanteil 7,7 Prozent) nur noch zweitstärkste Partei nach der CDU, die mit Walther Leisler Kiep 43,2 Prozent der Stimmen gewann. Das waren 0,5 Prozentpunkte mehr als für die SPD. Dies wiederholte sich zur übernächsten Bürgerschaftswahl 1986. Mit der Juni-Wahl 1982 hatte die CDU aber nicht die erforderliche Bürgerschaftsmehrheit, um den nach damaliger Verfassung „ewigen“ Senat unter Klaus von Dohnanyi abzulösen. Das Parlament beendete die Pattsituationen vom Juni 1982 und November 1986 durch Selbstauflösung und anschließende Neuwahlen.

Erhebliches Auf und Ab der Parteien in der Wählergunst

Bei der vorgezogenen Bürgerschaftswahl im Dezember 1982 gewann die SPD noch einmal die absolute Mehrheit der Wählerschaft (51,3 Prozent). Die CDU (38,6 Prozent) und die Wählervereinigung „Grün-Alternative Liste (GAL)“ bildeten die Opposition. Die Wahlbeteiligung kletterte auf die Höhe von Bundestagswahlen und erreichte mit 84,0 Prozent ihren Spitzenwert der Nachkriegszeit. Dieses Ausnahmeergebnis war auch bundespolitisch beeinflusst, denn Hamburg war nach dem im Oktober 1982 erfolgten Koalitionswechsel in Bonn das erste Land mit einer Wahl. Da zudem der bisherige Bundeskanzler Schmidt aus Hamburg gekommen war, wurde diese Bürgerschaftswahl für viele zu einer „Schmidtleidwahl“. Entsprechend ist zu vermuten, dass die F.D.P., die bei dieser Wahl ihren niedrigsten Stimmenanteil der Nachkriegszeit erzielte (2,6 Prozent), für ihre Rolle beim Koalitionswechsel „abgestraft“ worden ist.

Eine weitere Veränderung in der Wählerlandschaft konnte bei der Bürgerschaftswahl von 1993 festgestellt werden, als der damals als Wählervereinigung angetretenen „STATT Partei“ aus dem Stand heraus der Einzug in die Bürgerschaft gelang (Stimmenanteil 5,6 Prozent). Bei dieser Wahl fiel der Stimmenanteil der CDU auf 25,1 Prozent, ihrem niedrigsten Ergebnis überhaupt.

Der F.D.P. gelang mit 4,2 Prozent der Stimmen nicht mehr die Rückkehr in die Bürgerschaft. In der folgenden Wahlperiode kooperierten SPD und STATT Partei

in einem Regierungsbündnis.

Der vorgezogenen Bürgerschaftswahl von 1993 war eine Selbstauflösung der Bürgerschaft vorangegangen, weil das Hamburger Verfassungsgericht im Mai 1993 die Bürgerschaftswahl 1991 aufgehoben hatte. Grund: Der Wahlvorschlag der CDU hätte wegen seiner fehlerhaften Kandidatenaufstellung nicht zur Wahl zugelassen werden dürfen.

Bei der Bürgerschaftswahl von 1997 blieben die STATT Partei und die F.D.P. unterhalb der Fünf-Prozent-Marke (3,8 und 3,5 Prozent) und kamen somit nicht in das Parlament. Der Stimmenanteil der SPD fiel auf 36,2 Prozent. Das war ihr niedrigster Wert seit 1946. Sie ging erstmals in Hamburg eine Koalitionsregierung mit den GRÜNEN/GAL ein, die mit 13,9 Prozent ein Spitzenergebnis erzielt hatten. Die CDU erhöhte ihren Anteil auf 30,7 Prozent der Stimmen. Von der Fraktion der GRÜNEN/GAL spaltete sich im Mai 1999 eine Gruppe von fünf Abgeordneten ab, die seitdem als oppositionelle parlamentarische Gruppe unter dem Namen „REGENBOGEN – für eine neue Linke“ in der Bürgerschaft arbeitet.

Schließlich bleibt für die beiden letzten Bürgerschaftswahlen des 20. Jahrhunderts ein Anstieg der sogenannten „Rechtswähler“ zu registrieren. Bei der Wahl im Jahr 1993 kamen die REPUBLIKANER auf 4,8 Prozent der Stimmen, weitere 2,8 Prozent erhielt die Deutsche Volksunion (DVU). Zur Bürgerschaftswahl 1997 verfehlte die DVU die Fünf-Prozent-Schranke um 190 Stimmen und konnte damit ihren Stimmenanteil von 4,99 Prozent nicht in Bürgerschaftsmandate umsetzen.

Bemerkenswerte Wahlstatistiken

Die Bürgerschaftswahlen wurden zumeist nicht nur mit ihren Gesamtergebnissen veröffentlicht, sondern auch in Tabellenform nach kleinräumigen Gebieten. Die-

se statistischen Darstellungen wurden in der Kaiserzeit aber kaum kommentierend ausgewertet.

Erst nach Einführung demokratischer Bürgerschaftswahlen in der Weimarer Zeit finden sich ab 1924 wahlgeografische Analysen sowie auch Untersuchungen über das geschlechtsspezifische Wahlverhalten. So wurden zur Bürgerschaftswahl 1924 erstmals in Deutschland gekennzeichnete Stimmzettel an alle Frauen ausgegeben, so dass nicht nur die Wahlbeteiligung der Frauen und Männer, sondern auch deren unterschiedliche Parteipräferenzen in den Hamburger Stadtteilen ermittelt werden konnten. Nach diesen Analysen machten damals die Frauen von ihrem frisch erlangten Wahlrecht in deutlich geringerem Maße Gebrauch als die Männer; bei der Stimmabgabe nach Parteien war das zahlenmäßige Übergewicht der Männer bei der KPD am größten. Zur Erklärung wurden schichtspezifische Verhaltensweisen angeführt.

Eine umfassende wahlgeografische Studie nach Wahlbezirken wurde zur Reichstagswahl 1930 angefertigt, deren Ergebnisse sich weitgehend auch auf die Bürgerschaftswahlen jener Zeit übertragen lassen. Die Analyse ging über die Hamburger Stadtgrenze hinaus und bezog die damals preußischen Städte Altona und Wandsbek mit ein. Sie wurde in Zusammenarbeit mit dem Seminar für Soziologie der Universität Hamburg erstellt. Zur Interpretation wurden neben den kleinräumigen Wahlergebnissen auch zahlreiche Sozialdaten verwendet.

In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts finden sich nennenswerte Statistiken erst wieder nach der Bürgerschaftswahl von 1970, die im „Wahlatlas 1970“ des Statistischen Landesamtes analysiert und mit den Ergebnissen von 1966 verglichen wurde. Erstmals wurde die Wahlanalyse um mathematische Verfahren sowie eine Faktorenanalyse anhand der Großzählungsergebnisse von 1968 und 1970 ergänzt.

Nach Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung einer Repräsentativstatistik über das Stimmverhalten nach Alter und Geschlecht sind ab der Bürgerschaftswahl 1974 gekennzeichnete Stimmzettel nach Altersgruppen und Geschlecht ausgegeben und statistisch ausgewertet worden.

Beginnend mit der Bürgerschaftswahl 1982 wurden die zahlreichen Analyseverfahren kundenorientiert so zusammengefasst und gestrafft, dass das Statistische Landesamt der Öffentlichkeit bereits am Montag Mittag nach der Wahl eine umfassende Wahlanalyse präsentieren konnte. Dieses Veröffentlichungskonzept ist mittlerweile zum Standard für viele Städte geworden.

Zusätzlich zu diesen „Schnell-Analysen“ sind im letzten Viertel des Jahrhunderts zahlreiche Wahlanalysen veröffentlicht worden, die Antworten auf spezielle Fragestellungen geben.

Vor der Wahl im Jahre 2001

So wie das 20. Jahrhundert mit einer Bürgerschaftswahl im Jahr 1901 angefangen hat, beginnt bei turnusmäßigem Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode auch das nächste mit einer Wahl im Jahr „1“. Die Bürgerschaft wird nach der Verfassung frühestens 46 und spätestens 48 Monate nach Beginn der Wahlperiode gewählt. Da die jetzige Bürgerschaft ihren Beginn mit der konstituierenden Sitzung am 8. Oktober 1997 hatte, wird die nächste Bürgerschaftswahl im Jahre 2001 auf einem noch von der Bürgerschaft festzulegenden Sonn- oder Feiertag zwischen dem 8. August und dem 8. Oktober stattfinden.

Bis dahin wird noch viel Wasser die Elbe herunterfließen, und wie sich bis zu dieser Zeit die Präferenzen der Wahlberechtigten gestalten, ist eine nach wie vor spannende Entwicklung im demokratischen Willensbildungsprozess.

Asmus Rösler

Die Bundestagswahlen 1953 bis 1998 in den 15 größten Städten der Bundesrepublik Deutschland

Ob ein Wahlergebnis für eine Partei in einer Stadt als gut oder schlecht, als über- oder unterdurchschnittlich einzustufen ist, ist häufig eine schwer zu beantwortende Frage. Denn letztendlich hängt die Antwort von den gewählten Bezugspunkten ab. Als Vergleichsmaßstäbe können die Wahlergebnisse in anderen Städten, im jeweiligen Bundesland oder im Bundesgebiet herangezogen werden. Durch solche regionalen Vergleiche wird es möglich festzustellen, ob ein Ergebnis eine stark lokal-spezifisch ausgeprägte Komponente hat oder ob es den allgemeinen Trends folgt. Dabei mag der einfache Vergleich der Veränderungsraten – von der einen zur anderen Wahl – in die Irre führen. Denn ein relativ schlechtes Abschneiden – im Vergleich zur Vorwahl – kann auch Folge eines außergewöhnlichen Ergebnisses der

letzten Wahl sein. Und im mittelfristigen Vergleich – über mehrere Wahlen hinweg – ist selbstverständlich auch zu beachten, dass sich die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Wahlbevölkerung unterschiedlich entwickeln kann.

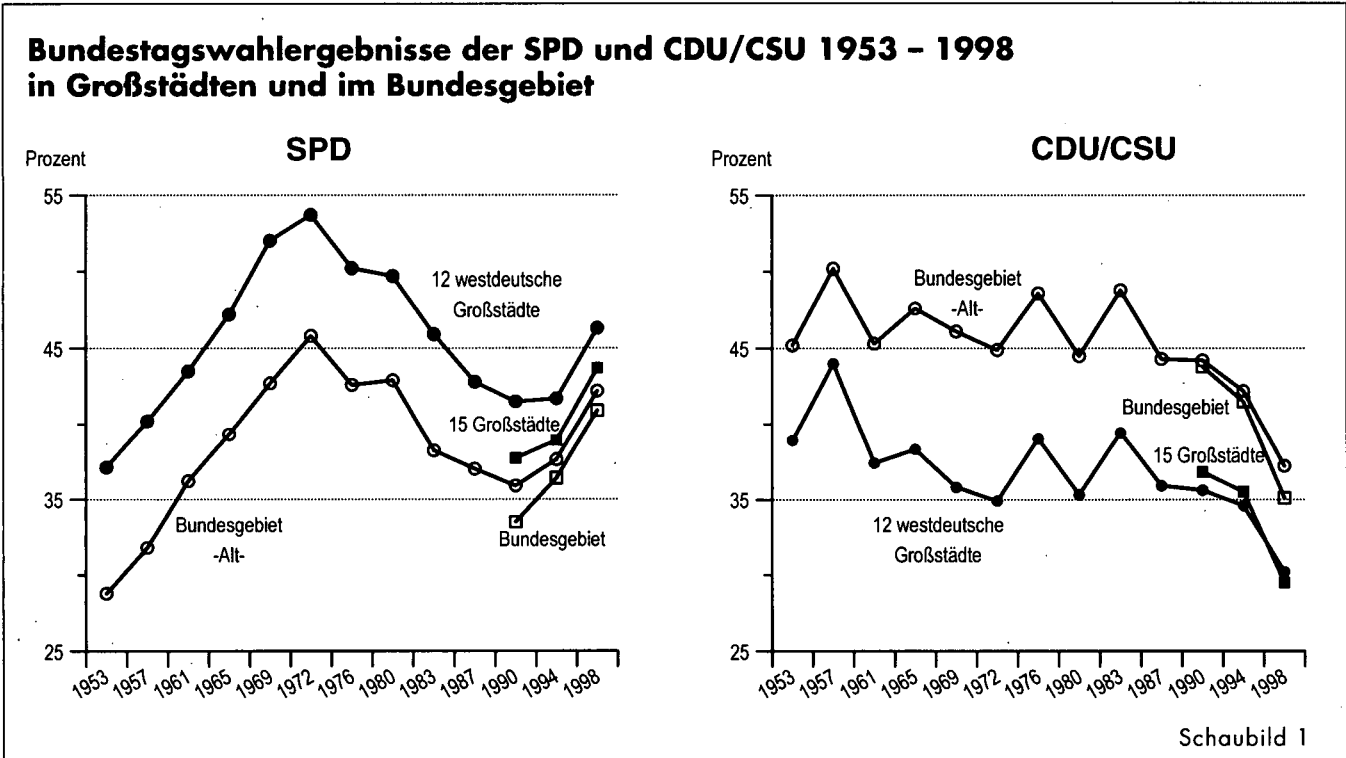
Ausgangsbasis der folgenden Kurzanalyse sind Ergebnisse der Bundestagswahlen (Zweitstimmen) in den 15 größten deutschen Städten (mit mehr als 450 000 Einwohnern). Für die 12 westdeutschen großen Städte liegen Langzeitvergleiche für alle Wahlen vor, für Berlin, Dresden und Leipzig seit 1990. Die Analyse greift im Schwerpunkt auf eine umfassende Arbeit des Autors zurück: „Die Bundestagswahlen 1949 bis 1994 in westdeutschen Großstädten – Eine vergleichende Analyse der Wahlergebnisse“, Frankfurter Statistische Berichte 3/95, Herausgeber: Amt für Sta-

tistik, Wahlen und Einwohnerwesen, Seite 148 bis 171 (auch abgedruckt in: Stadtforschung und Statistik 2/1997, Zeitschrift des Verbands Deutscher Städtestatistiker, Seite 15 bis 33).

Das Wahlverhalten in den großen Städten insgesamt

Im Schnitt der 12 (west-)deutschen Großstädte (mit mehr als 450 000 Einwohnern) zeigen sich für die Parteien-Ergebnisse folgende Trends (siehe *Schaubild 1* für SPD und CDU/CSU sowie die Tabellen 1 bis 4 für alle in die Betrachtung einbezogenen Parteien):

- Die SPD-Anteile steigen von 1953 bis 1972 kontinuierlich an: von 37,1 Prozent auf 53,7 Prozent. Danach gehen sie deutlich zurück und liegen



bei den Wahlen in der ersten Hälfte der 90er Jahre mit knapp über 40 Prozent wieder auf dem Niveau von 1957/1961 (1998: 46,3 Prozent).

- Einmal abgesehen von dem außergewöhnlich guten Ergebnis der Bundestagswahl 1957 (44,0 Prozent) und ihrem schlechten Abschneiden bei der Wahl 1998 (30,2 Prozent) schwanken die Durchschnitts-Anteile der Union in den 12 größten westdeutschen Städten in einem schmalen Band von 35 bis 39 Prozent.
- Ein „Auf und Ab“ auch bei der F.D.P., seit den 80er Jahren mit Anteilen zwischen 6,8 Prozent (1983) und 12,5 Prozent (1980). Die GRÜNEN verzeichnen seit 1987 Durchschnitts-Anteile knapp über 10 Prozent (Ausnahmewahl 1990).

Im Vergleich: Großstadt- und Bundesergebnisse

Nun sind dies im Großen und Ganzen auch die Trends in den Parteien-Ergebnissen im Bundesgebiet insgesamt. Auf den ersten Blick – vergleiche *Schaubild 1* – verändern sich zum Beispiel die Anteile der beiden großen Parteien in den untersuch-

ten Städten in fast derselben Weise wie ihre Bundesergebnisse. Nehmen wir die „Abstände der Kurven“ jedoch genauer in Augenschein, so entdecken wir großstadt-spezifisches Wahlverhalten in Form von Vor- oder Nachteilen für einzelne Parteien bei einzelnen Wahlentscheidungen, aber auch als langfristig wirkende Trends:

- In den vergangenen Jahrzehnten sind die Sozialdemokraten in den großen Städten mit einer (relativen) Verschlechterung ihrer Wahlergebnisse konfrontiert (siehe *Tabelle 1*).

Während bis Mitte der 70er Jahre ihre Anteile im Schnitt acht Prozentpunkte über dem Bundesergebnis lagen, stellte sich in den 90er Jahren ein Plus von vier bis sechs Prozent ein. Ein die SPD begünstigender Großstadttrend trat bei den Bundestagswahlen 1969 auf. Dieser Erfolg der SPD in den großen Städten, vor allem den Dienstleistungsmetropolen, war damals wichtiger Wegbereiter für den Bonner Regierungswechsel. Besonders schlecht fällt das Großstadt-Ergebnis 1987 aus: Erstmals geht ihr Vorsprung – gegenüber dem Bundesergebnis – auf unter sechs Prozentpunkte zurück, eine

Folge des überdurchschnittlich guten Abschneidens der GRÜNEN in den Städten.

- Bei den sechs Bundestagswahlen zwischen 1965 und 1983 liegen die Großstadt-Ergebnisse der Union neun bis zehn Prozentpunkte unter ihren Bundesergebnissen. Erst mit der Bundestagswahl 1987 – und den nachfolgenden Wahlgängen – kann die Union ihre vergleichsweise schlechte Position in den großen Städten etwas verbessern.

Städtelandschaft: Große Unterschiede zwischen den einzelnen Städten

Hinter diesen Durchschnittswerten und -trends verbergen sich große Unterschiede in den einzelnen Städten. Das Beispiel „Hamburg“ ist in *Schaubild 2* skizziert: Bis zur Bundestagswahl 1983 schnitten die Hamburger Sozialdemokraten besser ab als die SPD in den anderen großen Städten. Bei den letzten vier Wahlen liegen Hamburg-Ergebnisse jedoch leicht unter denen der Vergleichsstädte.

Anders bei der CDU: 1994 und 1998 erreicht die Hamburger CDU fast exakt den

Bundestagswahlergebnisse der SPD und CDU/CSU 1953 – 1998 in Hamburg und in 12 westdeutschen Großstädten

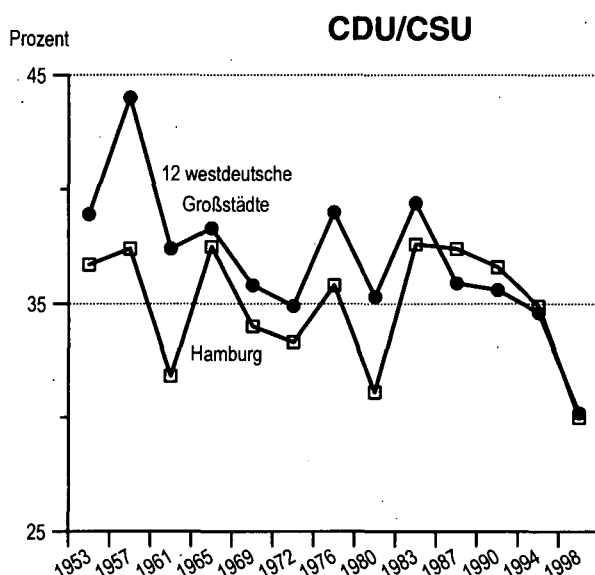
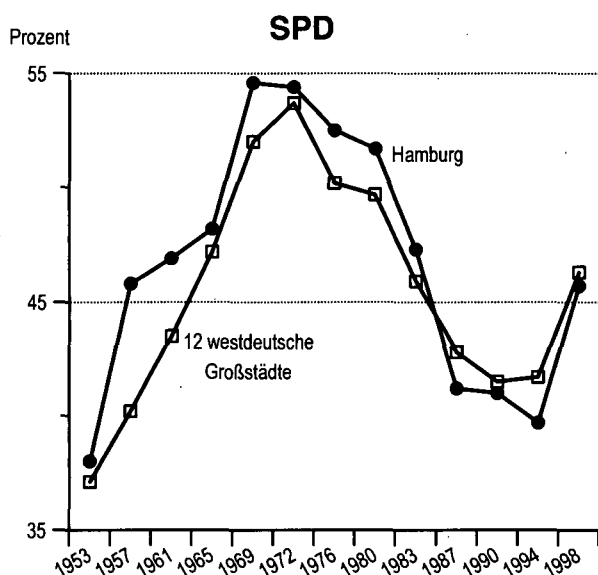


Schaubild 2

SPD-Bundestagswahlergebnisse in 12 westdeutschen Großstädten 1953 - 1998

Differenz zum Großstädte-Ergebnis



Schaubild 3

CDU/CSU-Bundestagswahlergebnisse in 12 westdeutschen Großstädten 1953 - 1998

Differenz zum Großstädte-Ergebnis

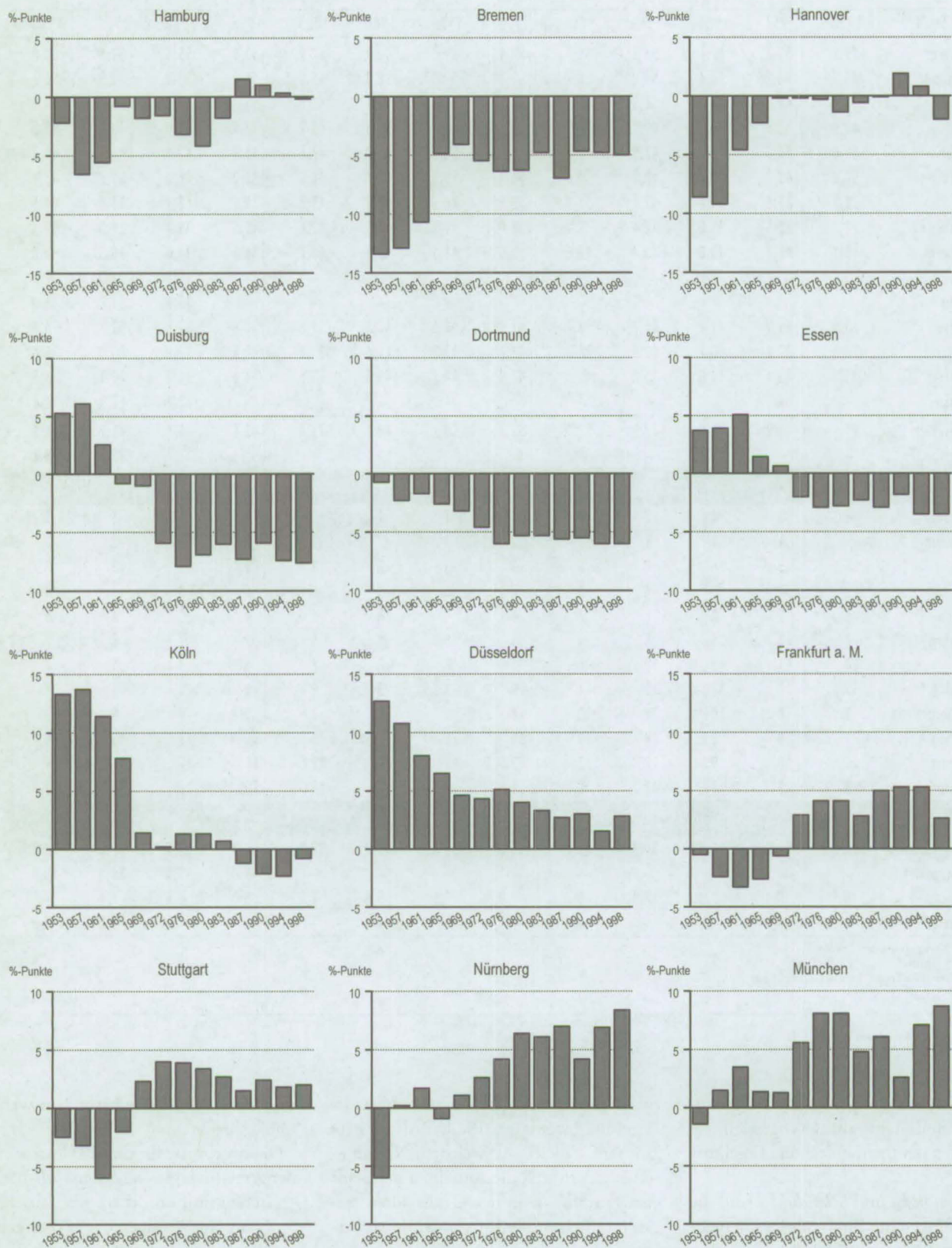


Schaubild 4

SPD – Ergebnisse der Bundestagswahlen in den größten Städten mit Rangfolgen

sortiert nach dem Ergebnis 1998

Stadt	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Duisburg	39,2	39,7	47,1	53,3	56,7	63,9	61,6	60,9	57,9	59,3	55,5	57,5	60,0
Dortmund	45,5	48,2	50,4	55,8	58,7	61,8	59,3	58,9	55,0	55,2	53,0	53,9	56,7
Essen	38,9	42,9	45,0	51,5	55,2	58,9	55,6	55,1	52,0	52,0	47,8	50,6	54,2
Hannover	43,9	43,9	47,5	49,1	53,8	53,6	50,8	51,5	45,7	43,4	41,0	40,1	49,8
Bremen	39,0	46,3	49,7	47,9	51,8	57,8	53,3	51,2	47,6	45,9	42,5	44,5	49,3
Hamburg	38,0	45,8	46,9	48,2	54,6	54,4	52,5	51,7	47,3	41,2	41,0	39,7	45,7
Köln	32,4	31,6	34,4	42,7	51,9	52,8	48,5	47,9	45,3	42,9	43,2	41,9	44,5
Düsseldorf	29,7	31,5	35,0	42,4	47,2	48,9	45,3	45,5	42,6	40,5	39,4	39,9	43,4
Nürnberg	40,1	41,2	40,0	43,7	48,6	52,0	47,5	45,5	40,7	36,5	35,8	38,5	43,3
Berlin	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	30,6	34,0	37,8
Leipzig	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	23,6	31,0	36,8
München	33,0	39,2	41,4	44,7	48,7	47,9	40,5	40,8	38,8	30,8	32,8	32,7	36,6
Stuttgart	30,5	32,2	40,1	40,6	46,8	44,7	43,2	41,6	37,4	31,9	32,3	30,9	36,6
Frankfurt	35,3	40,4	44,0	46,3	49,5	47,9	44,7	45,3	40,5	34,4	34,0	30,1	35,5
Dresden	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	13,7	17,9	24,6
Durchschnitt ¹⁾	37,1	40,2	43,5	47,2	52,0	53,7	50,2	49,7	45,9	42,8	41,5	41,7	6,3
Durchschnitt ²⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	37,7	38,9	43,7
Rangfolge (auf Basis der 12 westdeutschen Städte)													
Duisburg	4	8	4	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1
Dortmund	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2
Essen	6	5	6	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Hannover	2	4	3	4	5	6	6	5	6	5	6	6	4
Bremen	5	2	2	6	7	4	4	6	4	4	5	4	5
Hamburg	7	3	5	5	4	5	5	4	5	7	7	8	6
Köln	10	11	12	10	6	7	7	7	7	6	4	5	7
Düsseldorf	12	12	11	11	11	9	9	8	8	8	8	7	8
Nürnberg	3	6	10	9	10	8	8	9	9	9	9	9	9
München	9	9	8	8	9	10	12	12	11	12	11	10	10
Stuttgart	11	10	9	12	12	12	11	11	12	11	12	11	11
Frankfurt	8	7	7	7	8	11	10	10	10	10	10	12	12
Ergebnisse im Bundesgebiet													
Bundesgebiet-Alt	28,8	31,8	36,2	39,3	42,7	45,8	42,6	42,9	38,2	37,0	35,9	37,6	42,2
Bundesgebiet	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	33,5	36,4	40,9
Differenz ³⁾	8,3	8,4	7,3	7,9	9,3	7,9	7,6	6,8	7,7	5,8	5,6	4,1	4,1
Differenz ³⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	4,2	2,5	2,8

1) 12 westdeutsche Städte

2) 15 Städte

3) zum jeweiligen Städte-Durchschnitt

Tabelle 1

Schnitt in den übrigen großen Städten. Bis zur Bundestagswahl 1983 verzeichnete sie dagegen deutlich schlechtere Ergebnisse.

In *Schaubild 3* und *Schaubild 4* sind die Entwicklungen der Bundestagswahlergebnisse von SPD und CDU/CSU in den zwölf größten Städten dargestellt, und

zwar „geeicht“ am jeweiligen Großstadt-Ergebnis insgesamt. Bleiben die Werte konstant – gleich auf welchem Niveau –, so verändern sich die Anteile in der Stadt ebenso stark wie in den Großstädten insgesamt. Steigen die Kurven an, so verbessert sich die lokale Partei relativ zum Großstädte-Ergebnis. Fallen die Kurven,

so schneidet die lokale Partei von Wahl zu Wahl schlechter ab.

Die Ergebnisse für die SPD kurz zusammengefasst (vergleiche *Schaubild 3*):

– In den fünf nordrhein-westfälischen Großstädten folgen die SPD-Ergebnisse einem (relativ) positiven Trend, am deutlichsten ausgeprägt in

CDU/CSU - Ergebnisse der Bundestagswahlen in den größten Städten mit Rangfolgen

sortiert nach dem Ergebnis 1998

Stadt	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
München	37,5	45,5	40,9	39,7	37,1	40,5	47,1	43,4	44,2	42,0	38,2	41,7	38,9
Nürnberg	32,9	44,2	39,1	37,4	36,9	37,5	43,2	41,7	45,5	42,9	39,8	41,5	38,6
Dresden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	46,8	45,4	33,4
Düsseldorf	51,6	54,8	45,4	44,8	40,4	39,2	44,1	39,3	42,7	38,6	38,6	36,1	33,0
Frankfurt	38,4	41,6	34,1	35,7	35,2	37,8	43,1	39,4	42,2	40,9	40,9	39,9	32,8
Stuttgart	36,4	40,8	31,4	36,3	38,1	38,9	42,9	38,7	42,1	37,4	38,0	36,4	32,2
Hamburg	36,7	37,4	31,8	37,5	34,0	33,3	35,8	31,1	37,6	37,4	36,6	34,9	30,0
Köln	52,2	57,7	48,8	46,1	37,2	35,1	40,3	36,6	40,1	34,7	33,5	32,3	29,4
Hannover	30,3	34,8	32,8	36,0	35,6	34,7	38,7	33,9	38,8	35,8	37,5	35,4	28,2
Essen	42,6	47,9	42,5	39,7	36,4	32,9	36,1	32,5	37,1	33,0	33,8	31,1	26,7
Bremen	25,5	31,1	26,7	33,4	31,7	29,4	32,6	29,0	34,6	28,9	30,9	29,8	25,2
Dortmund	38,2	41,7	35,7	35,7	32,6	30,3	33,0	30,0	34,1	30,3	30,1	28,6	24,2
Leipzig	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	37,1	35,2	23,9
Berlin	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	41,1	37,3	23,7
Duisburg	44,2	50,1	39,9	37,5	34,8	29,0	31,1	28,4	33,4	28,6	29,7	27,2	22,6
Durchschnitt ¹⁾	38,9	44,0	37,4	38,3	35,8	34,9	39,0	35,3	39,4	35,9	35,6	34,6	30,2
Durchschnitt ²⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	36,8	35,5	29,5
Rangfolge (auf Basis der 12 westdeutschen Städte)													
München	7	5	4	3	4	1	1	1	2	2	4	1	1
Nürnberg	10	6	6	7	5	5	3	2	1	1	2	2	2
Düsseldorf	2	2	2	2	1	2	2	4	3	4	3	5	3
Frankfurt	5	8	8	10	8	4	4	3	4	3	1	3	4
Stuttgart	9	9	11	8	2	3	5	5	5	6	5	4	5
Hamburg	8	10	10	5	10	8	9	9	8	5	7	7	6
Köln	1	1	1	1	3	6	6	6	6	8	9	8	7
Hannover	11	11	9	9	7	7	7	7	7	7	6	6	8
Essen	4	4	3	4	6	9	8	8	9	9	8	9	9
Bremen	12	12	12	12	12	11	11	11	10	11	10	10	10
Dortmund	6	7	7	11	11	10	10	10	11	10	11	11	11
Duisburg	3	3	5	6	9	12	12	12	12	12	12	12	12
Ergebnisse im Bundesgebiet													
Bundesgebiet-Alt	45,2	50,2	45,3	47,6	46,1	44,9	48,6	44,5	48,8	44,3	44,2	42,2	37,2
Bundesgebiet	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	43,8	41,4	35,1
Differenz ³⁾	- 6,3	- 6,2	- 7,9	- 9,3	- 10,3	- 10,0	- 9,6	- 9,2	- 9,4	- 8,4	- 8,6	- 7,6	- 7,0
Differenz ³⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 7,0	- 5,9	- 5,6

1) 12 westdeutsche Städte
2) 15 Städte
3) zum jeweiligen Städte-Durchschnitt

Tabelle 2

- Duisburg.

 - Die stärksten Verluste verzeichnet die SPD in Frankfurt am Main und in München.
 - Vielfach vollziehen sich die Abwärts-beziehungsweise Aufwärts-Trends nicht kontinuierlich, sondern erfolgen in Schüben. So zeigen sich
- auch in den modernen Dienstleistungsmetropolen zwischen 1972 und 1983 – also in der Zeit der Sozialliberalen Koalition – erstaunlich stabile Verhältnisse.

 - Auffallend sind die sehr guten SPD-Ergebnisse 1987 (mit dem Kanzlerkandidaten Rau) in den nordrhein-
- westfälischen Großstädten, vor allem im Ruhrgebiet. Beachtenswert auch das Schröder-Ergebnis in Hannover bei der letzten Bundestagswahl.

Wichtige Befunde für die Union (Schaubild 4):

 - Auch für die Union zeigten sich bei den Bundestagswahlen 1972 bis 1983

GRÜNEN – Ergebnisse der Bundestagswahlen in den größten Städten mit Rangfolgen

sortiert nach dem Ergebnis 1998

Stadt	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Frankfurt	–	–	–	–	–	–	–	2,3	8,9	13,9	8,2	14,5	14,2
Stuttgart	–	–	–	–	–	–	–	1,8	8,0	12,6	7,3	13,1	13,1
Köln	–	–	–	–	–	–	–	1,6	7,0	11,2	6,5	12,2	12,5
Bremen	–	–	–	–	–	–	–	2,8	10,0	14,8	8,3	11,9	12,3
Berlin	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	8,6	8,2	11,3
München	–	–	–	–	–	–	–	1,6	7,5	13,5	7,6	10,1	11,2
Hamburg	–	–	–	–	–	–	–	2,2	8,1	11,0	5,8	12,6	10,8
Hannover	–	–	–	–	–	–	–	1,7	7,6	10,6	6,6	11,3	10,6
Düsseldorf	–	–	–	–	–	–	–	1,4	6,0	9,7	5,5	9,7	8,5
Dresden	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	9,4	7,7	7,7
Dortmund	–	–	–	–	–	–	–	1,3	5,8	8,0	4,7	7,8	7,7
Essen	–	–	–	–	–	–	–	1,0	5,1	7,3	4,2	7,3	7,4
Nürnberg	–	–	–	–	–	–	–	1,7	6,5	10,2	5,5	7,3	7,0
Leipzig	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	9,1	6,7	6,6
Duisburg	–	–	–	–	–	–	–	0,9	4,4	6,5	3,6	6,1	6,1
Durchschnitt ¹⁾	–	–	–	–	–	–	–	1,7	7,1	10,8	6,2	10,3	10,1
Durchschnitt ²⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	6,7	9,8	9,8
Rangfolge (auf Basis der 12 westdeutschen Städte)													
Frankfurt	–	–	–	–	–	–	–	2	2	2	2	1	1
Stuttgart	–	–	–	–	–	–	–	4	4	4	4	2	2
Köln	–	–	–	–	–	–	–	8	7	5	6	4	3
Bremen	–	–	–	–	–	–	–	1	1	1	1	5	4
München	–	–	–	–	–	–	–	7	6	3	3	7	5
Hamburg	–	–	–	–	–	–	–	3	3	6	7	3	6
Hannover	–	–	–	–	–	–	–	5	5	7	5	6	7
Düsseldorf	–	–	–	–	–	–	–	9	9	9	8	8	8
Dortmund	–	–	–	–	–	–	–	10	10	10	10	9	9
Essen	–	–	–	–	–	–	–	11	11	11	11	10	10
Nürnberg	–	–	–	–	–	–	–	6	8	8	9	11	11
Duisburg	–	–	–	–	–	–	–	12	12	12	12	12	12
Ergebnisse im Bundesgebiet													
Bundesgebiet-Alt	–	–	–	–	–	–	–	1,5	5,6	8,3	4,7	7,8	7,1
Bundesgebiet	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	5,0	7,3	6,7
Differenz ³⁾	–	–	–	–	–	–	–	0,2	1,5	2,5	1,5	2,5	3,0
Differenz ³⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1,7	2,5	3,1

1990: Berlin = GRÜNE/AL 3,9, BÜ90/GRÜNE 3,3

1) 12 westdeutsche Städte

2) 15 Städte

3) zum jeweiligen Städte-Durchschnitt

Tabelle 3

nur wenige Verschiebungen.

- Anders die Daten bis Mitte der 60er Jahre: In Köln – mit hohem Katholikenanteil – verliert die CDU erheblich an Einfluss. Dies gilt auch für Teile der katholischen Arbeiterschaft in den Ruhrgebiets-Städten (besonders ausgeprägt in Duisburg).

Nachtrag: Großstädtisches Wahlverhalten auf dem Hintergrund von wichtigen Milieufaktoren

Die kommunale Wahlforschung hat bislang keine systematische und umfassende

Studie zum großstädtischen Wahlverhalten – den verursachenden Faktorenbündeln und den Entwicklungstrends in den vergangenen Jahrzehnten – vorgelegt. Es gibt eine Reihe von Fallstudien für einzelne Städte, unter denen sicherlich die Arbeit von Konrad Schacht über Frankfurt am Mai einen besonderen Rang ein-

F.D.P. – Ergebnisse der Bundestagswahlen in den größten Städten mit Rangfolgen

sortiert nach dem Ergebnis 1998

Stadt	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Stuttgart	20,4	21,3	22,5	17,5	9,9	15,2	12,8	17,2	11,7	16,0	15,9	12,5	10,6
Düsseldorf	8,7	7,6	15,5	8,9	7,2	10,9	9,6	12,9	7,9	10,2	12,7	9,6	9,2
Frankfurt	14,6	10,1	16,4	12,2	8,8	13,1	10,5	12,0	7,7	9,1	11,0	8,8	8,8
Köln	8,5	6,6	13,5	8,0	6,9	11,2	10,1	13,1	6,9	10,0	13,1	8,9	7,9
München	6,6	5,6	11,2	10,0	6,6	10,4	11,0	13,3	8,5	11,5	12,7	9,1	7,2
Hannover	6,1	8,4	14,6	10,5	5,9	10,8	9,6	12,2	7,2	9,3	11,5	8,2	6,6
Hamburg	10,2	9,4	15,6	9,4	6,2	11,2	10,1	14,0	6,2	9,6	12,0	7,2	6,5
Bremen	8,3	6,1	15,9	12,3	9,7	11,4	12,3	15,7	6,8	9,1	12,8	7,5	6,1
Essen	5,5	5,4	9,1	6,2	4,7	7,2	7,2	10,6	5,1	6,8	10,3	6,9	5,9
Dortmund	7,5	5,6	10,3	5,6	4,5	6,8	6,6	8,9	4,3	5,5	8,6	5,4	5,2
Berlin	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	11,9	4,3	4,9
Nürnberg	10,4	8,0	14,7	9,5	5,6	8,9	7,8	10,0	6,0	8,0	10,2	6,3	4,4
Duisburg	6,0	5,8	9,3	5,8	4,3	6,2	6,3	9,0	3,5	4,6	7,3	4,5	4,3
Dresden	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	11,8	4,0	3,6
Leipzig	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	14,9	3,7	3,3
Durchschnitt ¹⁾	9,4	8,3	14,1	9,7	6,7	10,3	9,5	12,4	6,8	9,1	11,5	7,9	6,9
Durchschnitt ²⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	11,8	7,1	6,3
Rangfolge (auf Basis der 12 westdeutschen Städte)													
Stuttgart	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Düsseldorf	5	6	5	8	4	6	7	6	3	3	4	2	2
Frankfurt	2	2	2	3	3	2	4	8	4	7	8	5	3
Köln	6	7	8	9	5	5	6	5	6	4	2	4	4
München	9	10	9	5	6	8	3	4	2	2	5	3	5
Hannover	10	4	7	4	8	7	8	7	5	6	7	6	6
Hamburg	4	3	4	7	7	4	5	3	8	5	6	8	7
Bremen	7	8	3	2	2	3	2	2	7	8	3	7	8
Essen	12	12	12	10	10	10	10	9	10	10	9	9	9
Dortmund	8	11	10	12	11	11	11	12	11	11	11	11	10
Nürnberg	3	5	6	6	9	9	9	10	9	9	10	10	11
Duisburg	11	9	11	11	12	12	12	11	12	12	12	12	12
Ergebnisse im Bundesgebiet													
Bundesgebiet-Alt	9,5	7,7	12,8	9,5	5,8	8,4	7,9	10,6	7,0	9,1	10,6	7,7	7,0
Bundesgebiet	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	11,0	6,9	6,2
Differenz ³⁾	– 0,1	0,6	1,3	0,2	0,9	1,9	1,6	1,8	– 0,2	0,0	0,9	0,2	– 0,1
Differenz ³⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,8	0,2	0,1

1) 12 westdeutsche Städte
2) 15 Städte
3) zum jeweiligen Städte-Durchschnitt

Tabelle 4

nimmt. Aber diese Untersuchung endet im Daten- und Analyseteil mit den hessischen Kommunalwahlen 1981, hat also die 80er und 90er Jahre nicht aufarbeiten können.
Mit der folgenden Kennzeichnung der Städte auf der Basis von nur zwei „einfachen“ Merkmalen möchten wir einen klei-

nen Beitrag zur „Erklärung“ der sehr verschiedenen Parteienstärken und Wahl-trends leisten: Arbeiter- und Katholiken-anteile werden von uns für die Städte-Typisierung herangezogen. Wir begründen dies mit den immer wieder bestätigten Er-gebnissen der Wahlforschung, die die Stammwählerschaft der Sozialdemokraten

in der Arbeiterschaft, die der Union in den katholisch dominierten Sozialmilieus verortet haben.
Somit gilt: Großstädte mit hohem Ar-beiter- und geringerem Katholikenanteil verzeichnen daher ein strukturelles Plus zugunsten der SPD. Städte mit hohem Katholikenanteil und wenig Arbeitern

Sozialstruktureller Wandel in 12 Großstädten Arbeiter- und Katholikenanteile 1961 und 1987

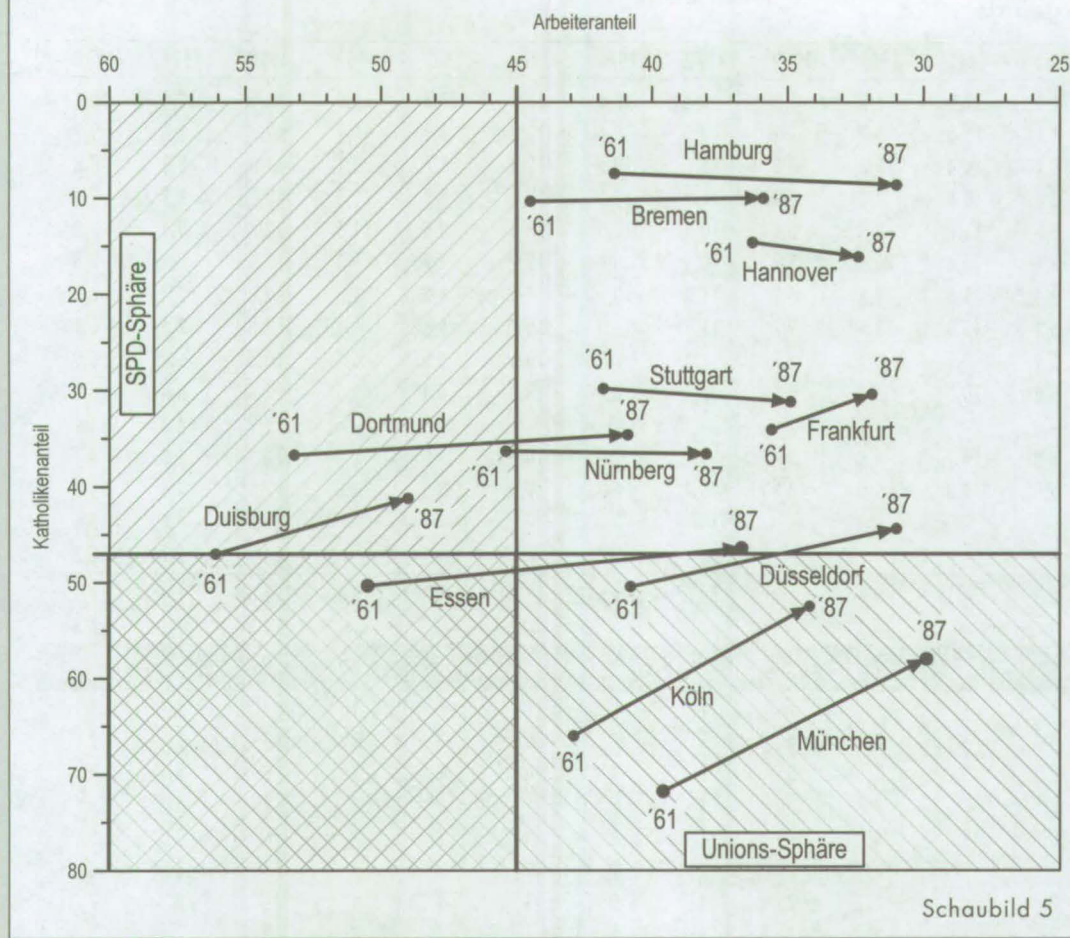


Schaubild 5

weisen eine die Union begünstigende Struktur der Wahlbevölkerung auf. Besteht dieser allgemeine Zusammenhang im Einzelfall nicht, weichen die Wahlergebnisse mithin von den so prognostizierten ab, kann von einem Sonderfall, von Ausnahmen gesprochen werden. In diesen Fällen prägen die beiden Merkmale das Wahlverhalten nicht (mehr) in der vermuteten Weise oder weitere Faktoren (zum Beispiel der Studentenanteil) treten hinzu, die in unserem einfachen Modell nicht

berücksichtigt worden sind.

Für die (Volkszählungs-)Zeitpunkte 1961 und 1987 haben wir die Lage der Städte im Koordinatenkreuz von Katholiken- und Arbeiteranteilen bestimmt: In *Schaubild 5* sind „Oben“ die Städte mit niedrigem, „Unten“ die mit hohem Katholikenanteil eingetragen; „Links“ die Städte mit hohem Arbeiteranteil, „Rechts“ mit niedrigem. Die linke Hälfte der Schaubild ist folgerichtig als SPD-Sphäre gekennzeichnet (Arbeiteranteil über 45

Prozent), die untere Hälfte als Unions-Sphäre (Katholikenanteil über 47 Prozent und mehr).

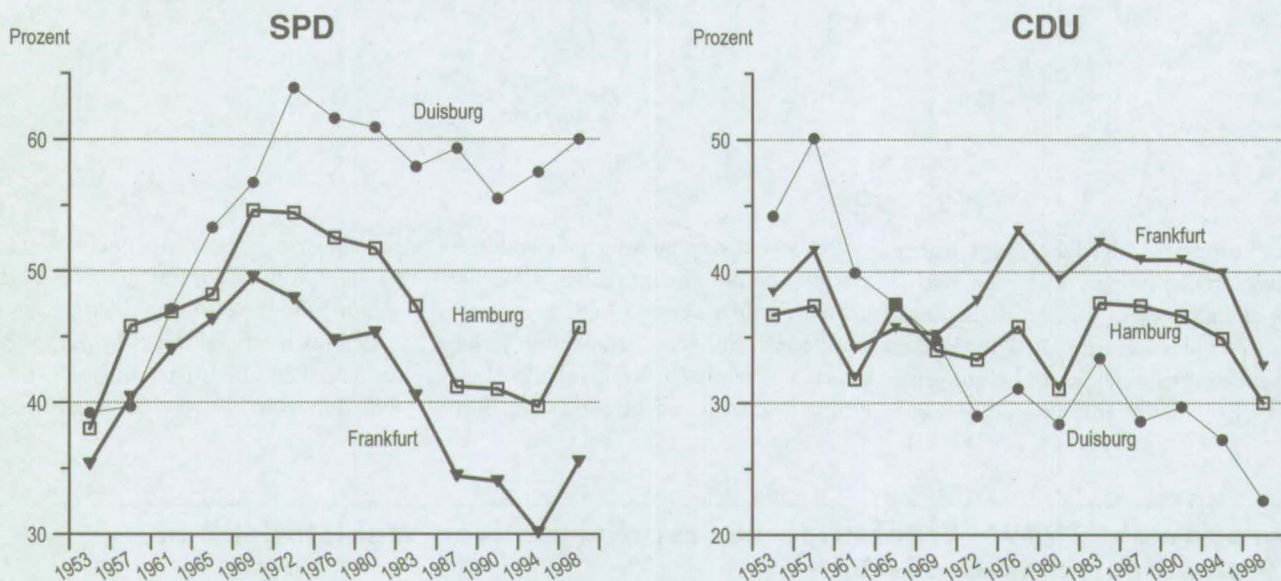
Bis Mitte der 60er Jahre gehörten demnach zur SPD-Sphäre Duisburg, Dortmund, Essen und Nürnberg, aber wohl auch Bremen und Hamburg mit ihren relativ hohen Arbeiteranteilen und ihrer großen Distanz zu den Unions-Milieus. Zur Unions-Sphäre waren München und Köln, aber auch Düsseldorf, Essen und Duisburg zu zählen. Die Wählerschaften in Duisburg und Essen befanden sich damit im Spannungsfeld von SPD- und Unions-Einflüssen.

30 Jahre später – so macht *Schaubild 5* auch deutlich – haben sich durch den sozialstrukturellen Wandel die Städte in Richtung der oberen

rechten Ecke bewegt. Viele Großstädte haben dabei die „Einflussbereiche“ der beiden großen Parteien verlassen, so Dortmund, Essen, Nürnberg und Düsseldorf. Köln rückt aufgrund des deutlich gesunkenen Katholikenanteils ganz an den Rand der CDU-Sphäre. Hamburg und Bremen weisen stark rückläufige Arbeiteranteile auf und finden sich somit in einer „Lage“ wieder, die nicht mehr für ein strukturelles Plus zu Gunsten der Sozialdemokraten steht.

Wolfgang Bick

Bundestagswahlergebnisse der SPD und CDU/CSU 1953 bis 1998 in Duisburg, Frankfurt am Main und Hamburg



Der Autor, Wolfgang Bick, leitet seit Ende 1996 das Statistische Landesamt der Freien und Hansestadt Hamburg. Zuvor war er vier Jahre lang Leiter des damaligen Frankfurter Amtes für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen. In den 80er Jahren arbeitete Wolfgang Bick im Duisburger Statistischen Amt. Diese drei wichtigen Stationen seines beruflichen Werdegangs sind in der Abbildung „zusammengeführt“ worden. Duisburg und Frankfurt – die beiden ersten Stationen – sind Beispiele für gegensätzliche „extreme“ Trends der beiden großen deutschen Parteien. Das Beispiel Hamburg – das heutige dienstliche Umfeld des Autors – spiegelt eine eher mittlere Entwicklungslinie der Sozialdemokraten und Christdemokraten wider.

Die Europawahl 1999 in deutschen Großstädten: Wie wählten Jung und Alt, Männer und Frauen?

Bei der Europawahl des Jahres 1999 legte die Union in den großen deutschen Städten vor allem bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern kräftig zu. Die GRÜNEN verloren besonders stark bei jungen Frauen, also einer Wählergruppe, in der

sie bei vielen vorangegangenen Wahlgängen auf überdurchschnittlich gute Wahlergebnisse bauen konnten. Die eher geringen Verluste der Sozialdemokraten verteilten sich recht gleichmäßig auf alle Altersgruppen. Der heimliche Sieger der Euro-

pawahl ist die „Partei der Nicht-Wähler“: In den Großstädten mit ihrer im Schnitt schon hohen Wahlenthaltung stieg ihr Anteil noch einmal um 15 Prozentpunkte an. Vor allem die Jüngeren haben von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht.

Europawahl 1999 – Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik in 19 westdeutschen Großstädten

Angaben in Prozent (Durchschnittswerte)

	Wahlbeteiligung mit Briefwahl	Stimmenanteile (ohne Briefwahl)						
		SPD	CDU/CSU	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige	dar. PDS	dar. REP
Männer								
18 – 24 Jahre	32,4	32,2	36,4	6,3	13,1	11,8	4,3	3,3
25 – 34 Jahre	34,0	32,7	33,2	6,6	18,1	9,3	3,4	2,2
35 – 44 Jahre	35,3	37,2	28,8	4,3	20,8	8,9	4,0	2,0
45 – 59 Jahre	41,5	40,3	38,8	4,3	9,8	6,9	2,9	1,6
60 Jahre und älter	54,2	38,5	50,7	3,0	2,5	5,4	1,6	1,9
zusammen	41,8	37,4	40,1	4,4	10,7	7,3	2,8	1,9
Frauen								
18 – 24 Jahre	30,3	32,8	36,8	5,4	16,1	8,8	3,3	1,4
25 – 34 Jahre	33,2	33,8	31,3	4,4	22,5	7,8	2,7	0,8
35 – 44 Jahre	35,9	38,1	27,9	4,1	23,0	7,2	2,3	0,8
45 – 59 Jahre	42,8	39,4	41,6	3,7	9,8	5,6	1,7	0,8
60 Jahre und älter	49,4	39,6	51,7	2,6	2,5	3,8	0,6	0,8
zusammen	41,8	38,2	42,1	3,5	10,8	5,2	1,5	0,8
Männer und Frauen								
18 – 24 Jahre	31,3	32,5	36,6	5,9	14,6	10,2	3,7	2,2
25 – 34 Jahre	33,9	33,2	32,2	5,5	20,3	8,7	3,1	1,5
35 – 44 Jahre	35,6	37,6	28,4	4,2	21,9	8,2	3,1	1,4
45 – 59 Jahre	42,3	39,8	40,3	4,0	9,8	6,3	2,3	1,2
60 Jahre und älter	51,3	39,1	51,2	2,8	2,5	4,4	1,0	1,3
zusammen	41,8	37,8	41,2	3,9	10,8	6,3	2,1	1,3
Städte-Ergebnis								
ohne Briefwahl	36,2	38,5	40,0	4,2	10,9	5,9	2,1	1,6
mit Briefwahl	42,1	37,5	41,0	4,3	10,7	6,0	2,1	1,5

Zusammengestellt nach Angaben der Städte von der Statistikstelle der Landeshauptstadt Hannover

Tabelle 1

Dies sind wichtige Ergebnisse einer repräsentativen Großstädte-Statistik über das Wahlverhalten von Jungen und Alten, Männern und Frauen, die der Fachbereich Wahlen des Verbandes Deutscher Städtestatistiker auf der Grundlage des Wahlausgangs der Europawahl in 21 Großstädten erarbeitet hat. Eine umfassendere Analyse auf Basis von 30 Großstädten erscheint demnächst in der Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker „Stadtfor- schung und Statistik“, Heft 1/2000, Ober- hausen.

Im vergangenen Jahrzehnt waren die Wahlentscheidungen der jüngsten Wähler, der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen, durch eine zunehmende Vielfalt politischer Schattierungen geprägt. Bei der Europa-

wahl 1999 konzentrierte sich in dieser Altersgruppe zum ersten Mal wieder ein hoher Stimmenanteil auf die Union und auf die SPD. So zeigten sich in einigen Großstädten, in denen die GRÜNEN immer eine besonders hohe Zustimmung bei jün- geren Frauen – im Vergleich zu den gleich- altrigen Männern – erhalten hatten, deut- liche Nivellierungstendenzen im Wahlver- halten der Geschlechter: In Wiesbaden entschieden sich zum Beispiel nur noch 13,7 Prozent der 18- bis 25-jährigen Wäh- lerinnen für „Grün“ (1994: 33,7 Prozent). Hohe Minuszahlen für die GRÜNEN auch bei den jüngsten Frankfurterinnen: Von 33,3 Prozent auf nun 18,4 Prozent, also ein Minus von 14,9 Prozentpunkten. Nur 10,1 Prozent der jungen Düsseldorferin-

nen wählten die GRÜNEN (1994: 31,9 Pro- zent). Bei den gleichaltrigen Kölnerinnen fällt der Anteil von 35,2 Prozent auf nun 19,6 Prozent.

Die Union erzielte den höchsten Zu- wachs bei den Männern und Frauen un- ter 35 Jahren: Über 48 Prozent der 18- bis 25-jährigen Nürnberger und Nürnberge- rinnen entschieden sich für die CSU, ein Plus von 22,4 Prozentpunkten; die Zu- nahme bei den 25- bis 35-Jährigen betrug 16,5 Punkte und erreichte 40,1 Prozent. Rund 30 Prozent der unter 35-Jährigen gaben 1999 in Hamburg ihre Stimme der CDU, ein Plus von 13 Prozentpunkten ge- genüber der Wahl des Jahres 1994 und deutlich mehr als der CDU-Zuwachs von 8,1 Punkten in Hamburg im Ganzen.

Europawahl 1999 – Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik in 19 westdeutschen Großstädten

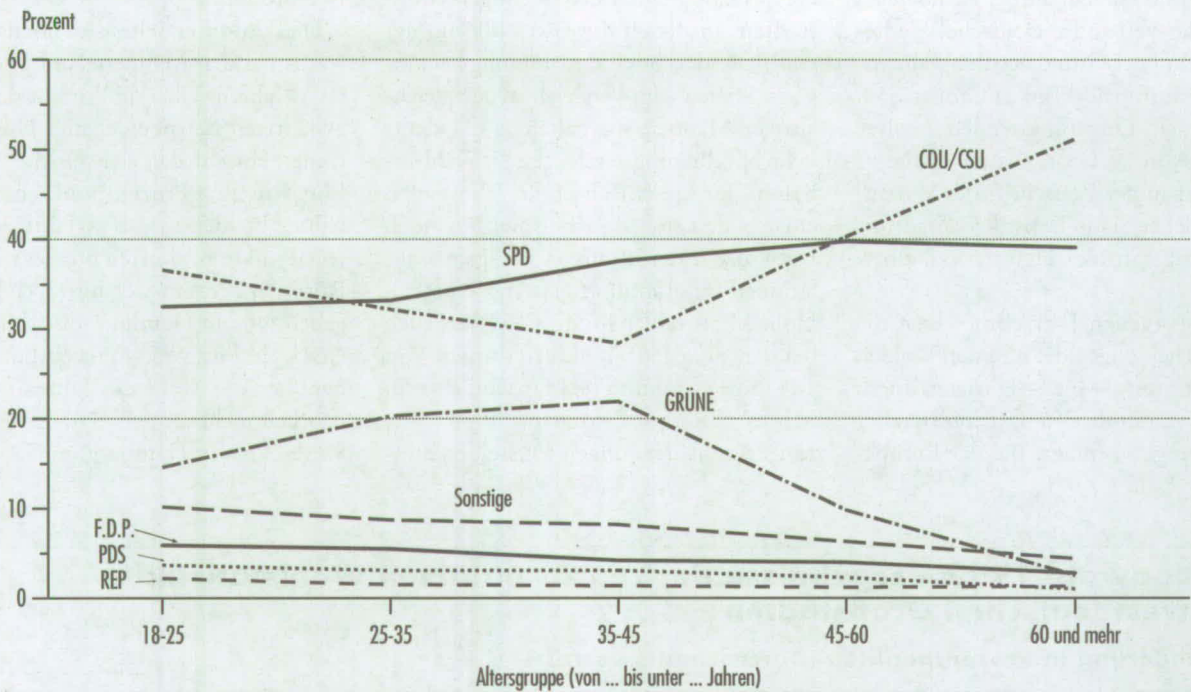
Veränderung in Prozentpunkten (Durchschnittswerte)

Wahlbeteiligung			Stimmenanteile (ohne Briefwahl)					
mit Briefwahl	SPD	CDU/CSU	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige	dar. PDS	dar. REP	
Männer								
18 – 24 Jahre	– 21,8	– 0,1	12,1	1,2	– 10,9	– 2,3	2,2	– 1,5
25 – 34 Jahre	– 17,3	– 2,5	12,2	2,4	– 8,6	– 3,3	1,2	– 2,1
35 – 44 Jahre	– 18,5	– 3,3	7,7	– 0,2	– 2,3	– 1,5	2,0	– 1,8
45 – 59 Jahre	– 17,5	– 1,3	4,3	– 0,7	0,8	– 2,6	1,9	– 3,2
60 Jahre und älter	– 11,1	– 1,8	9,1	– 0,5	– 0,2	– 5,8	1,0	– 4,7
zusammen	– 15,7	– 1,6	9,7	0,0	– 4,1	– 3,8	1,4	– 3,2
Frauen								
18 – 24 Jahre	– 21,8	– 0,1	15,8	0,4	– 14,4	– 1,4	1,6	– 1,3
25 – 34 Jahre	– 18,5	– 3,1	12,3	0,3	– 8,7	– 0,8	1,3	– 1,2
35 – 44 Jahre	– 19,0	– 2,1	6,2	– 0,6	– 3,0	0,0	1,0	– 1,0
45 – 59 Jahre	– 17,9	– 0,6	4,6	– 1,6	– 0,5	– 1,5	1,0	– 1,4
60 Jahre und älter	– 11,9	– 0,7	6,2	– 1,3	– 0,7	– 3,1	0,3	– 1,8
zusammen	– 16,1	– 0,9	8,6	– 1,0	– 4,4	– 2,3	0,7	– 1,4
Männer und Frauen								
18 – 24 Jahre	– 21,7	– 0,1	13,9	0,9	– 12,6	– 2,0	1,8	– 1,4
25 – 34 Jahre	– 17,6	– 2,8	12,2	1,3	– 8,6	– 2,0	1,3	– 1,6
35 – 44 Jahre	– 18,7	– 2,8	7,0	– 0,4	– 2,7	– 0,7	1,7	– 1,3
45 – 59 Jahre	– 17,5	– 0,9	4,5	– 1,2	0,1	– 2,0	1,5	– 2,2
60 Jahre und älter	– 12,0	– 1,2	7,3	– 1,0	– 0,5	– 4,3	0,5	– 3,0
zusammen	– 15,9	– 1,2	9,1	– 0,5	– 4,2	– 3,0	1,0	– 2,2
Städte-Ergebnis								
ohne Briefwahl	– 11,2	– 1,1	8,5	– 0,2	– 3,9	– 0,6	1,0	– 2,1
mit Briefwahl	– 15,0	– 1,2	8,4	– 0,1	– 3,9	– 0,6	1,0	– 2,0

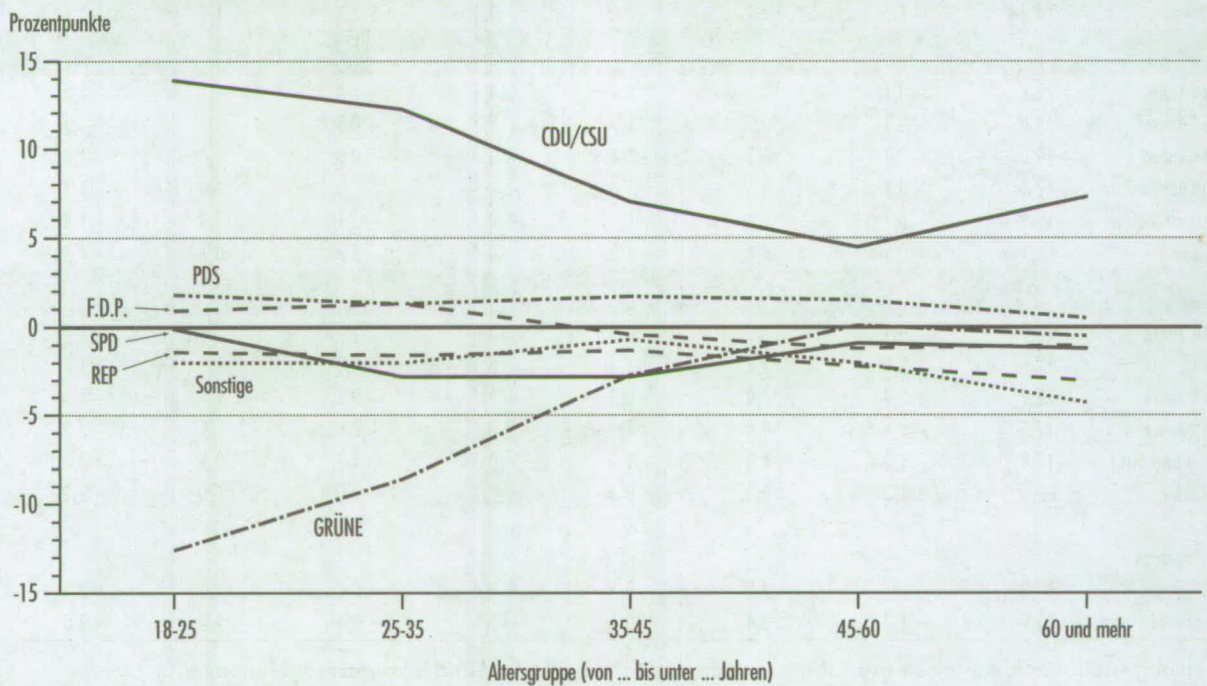
Zusammengestellt nach Angaben der Städte von der Statistikstelle der Landeshauptstadt Hannover

Tabelle 2

Ergebnisse der Europawahl 1999 in 19 westdeutschen Großstädten nach Altersgruppen - ohne Briefwahl



Ergebnisse der Europawahl 1999 in 19 westdeutschen Großstädten nach Altersgruppen - Veränderungen gegenüber 1994 in Prozentpunkten



Die starke Zunahme des Stimmenanteils der Union, vor allem bei den jüngeren Altersgruppen bedeutet jedoch kein Mehr an Stimmen. Denn gerade die jungen Wähler sind bei der Europawahl zu Hause geblieben. In Essen gaben zum Beispiel nur 28,6 Prozent der 18- bis 25-jährigen Wahlberechtigten ihre Stimme ab, ein Minus gegenüber 1994 von 27,4 Prozentpunkten; die Beteiligung bei den 25- bis 35-Jährigen ging von 52,4 Prozent auf 28,5 Prozent zurück (minus 23,9 Punkte). In Saarbrücken wählten nur 34 Prozent der 18- bis 25-Jährigen. Die Beteiligung hatte 1994 noch 65,2 Prozent betragen. Lagen bei der Europawahl 1994 in Saarbrücken zwischen der Wahlbeteiligung der jüngsten und der ältesten Wahlberechtigten nur 10 Prozentpunkte, so stieg dieser „Abstand“ bei der Wahl des Jahres 1999

auf 28,2 Prozentpunkte an.

Das Wahlverhalten in Ostdeutschland folgt anderen Gesetzmäßigkeiten. Dies gilt auch für Berlin insgesamt: 20,1 Prozent der jungen Berliner haben sich für die PDS entschieden. Die PDS schneidet bei den unter 45-jährigen Berlinerinnen etwas besser ab als bei den gleichaltrigen Berlinern. Bei den unter 35-Jährigen liegen CDU, SPD und GRÜNE gleich auf, dicht vor der PDS.

Anders stellen sich die politischen Kräfteverhältnisse in Leipzig dar, wieder bezogen auf die unter 35-Jährigen: Auf Platz 1 landet die CDU mit 31 Prozent – vor der PDS (23 Prozent), der SPD (20 Prozent) und den GRÜNEN mit 12 Prozent.

Basis der Untersuchung sind repräsentative Wahlstatistiken nach Alter und Geschlecht für insgesamt 21 Großstädte, aus

Norddeutschland die Städte Bremen, Hamburg, Hannover und Lübeck, aus Nordrhein-Westfalen Dortmund, Düsseldorf, Essen, Köln, Krefeld, Mülheim, Münster, Oberhausen und Wuppertal und aus dem süddeutschen Raum Frankfurt am Main, Freiburg, Karlsruhe, Nürnberg, Saarbrücken und Wiesbaden sowie im Osten Deutschlands Berlin und Leipzig.

Die Statistiken basieren nicht auf Umfragedaten, sondern auf einer Auszählung von Stimmzetteln, die in ausgewählten Wahllokalen mit den Kennzeichnungen „Mann“ oder „Frau“ sowie einer Zuordnung zu fünf Altersgruppen ausgegeben wurden. Den Auswertungen in den Städten liegen rund 165 000 Stimmzettel zugrunde.

*Wolfgang Bick
Hubert Harfst*

HAMBURGER MONATSAZAHLEN

Bevölkerung

Bevölkerungsstand

Anzahl / Monatsende

	1998	1999	2000
Januar	1 703 704	1 700 274	
Februar	1 703 486	1 701 199	
März	1 702 725	1 701 528	
April	1 702 729	1 701 327	
Mai	1 701 629	1 701 943	
Juni	1 700 808	1 701 785	
Juli	1 700 121	1 702 080	
August	1 700 539	1 702 672	
September	1 700 605	1 703 762	
Oktober	1 701 316	1 704 831	
November	1 701 640	1 705 603	
Dezember	1 700 089	1 704 735	

Veränderung

Dez 99 zu Nov 99	Anzahl	- 868
Dez 99 zu Dez 98	Anzahl	4 646
	%	0,3

Bevölkerung

Bevölkerungsveränderung

Anzahl

	1998	1999	2000
Januar	-1 027	185	
Februar	- 218	925	
März	- 761	329	
April	4	- 201	
Mai	-1 100	616	
Juni	- 821	- 158	
Juli	- 687	295	
August	418	592	
September	66	1 090	
Oktober	711	1 069	
November	324	772	
Dezember	-1 551	- 868	
Jan – Dez	-4 642	4 646	

Bevölkerung

Ausländische Bevölkerung

Anzahl / Monatsende

	1998	1999	2000
Januar	259 283	258 178	
Februar	259 346	258 463	
März	258 474	258 617	
April	258 432	258 600	
Mai	258 046	258 878	
Juni	257 626	258 765	
Juli	257 045	258 726	
August	257 158	259 108	
September	257 310	259 933	
Oktober	257 778	260 862	
November	258 078	261 566	
Dezember	258 101	261 871	

Veränderung

Dez 99 zu Nov 99	Anzahl	305
Dez 99 zu Dez 98	Anzahl	3 770
	%	1,5

Bevölkerung

Geburten

Anzahl

	1998	1999	2000
Januar	945	873	
Februar	1 204	1 180	
März	1 375	1 355	
April	1 272	1 197	
Mai	1 320	1 287	
Juni	1 268	1 389	
Juli	1 597	1 565	
August	1 380	1 447	
September	1 362	1 409	
Oktober	1 403	1 286	
November	1 254	1 491	
Dezember	1 855	1 555	
Jan – Dez	16 235	16 034	

Veränderung

Jan – Dez 99 zu	Anzahl	- 201
Jan – Dez 98	%	- 1,2

HAMBURGER MONATZAHLEN

Bevölkerung

Wanderungen insgesamt

Differenz von Zu- und Fortzügen

	1998	1999	2000
Januar	- 696	587	
Februar	216	1 137	
März	- 450	776	
April	309	538	
Mai	- 911	547	
Juni	- 575	200	
Juli	- 695	158	
August	503	622	
September	156	1 020	
Oktober	990	1 217	
November	541	803	
Dezember	-1 037	- 432	
Jan – Dez	-1 649	7 173	

Bevölkerung

Stadt-Umland-Wanderungen

Differenz von Zu- und Fortzügen

	1998	1999	2000
Januar	- 652	- 446	
Februar	- 409	- 113	
März	- 585	- 339	
April	- 355	- 556	
Mai	- 782	- 604	
Juni	- 699	- 833	
Juli	- 986	- 904	
August	- 693	- 872	
September	- 983	- 975	
Oktober	- 907	-1 076	
November	- 741	-1 107	
Dezember	-1 522	-1 522	
Jan – Dez	-9 314	-9 347	

Bevölkerung

Einbürgerungsanträge"

Anzahl / ohne Aussiedler

	1998	1999	2000
Januar	320	441	1 001
Februar	268	283	1 138
März	488	667	1 107
April	321	467	833
Mai	364	434	1 141
Juni	460	710	907
Juli	380	522	
August	373	350	
September	378	369	
Oktober	555	479	
November	518	513	
Dezember	352	678	
Jan – Juni	2 221	3 002	6 127
Jan – Dez	4 777	5 913	

Bevölkerung

Vollzogene Einbürgerungen"

Anzahl / ohne Aussiedler

	1998	1999	2000
Januar	274	419	637
Februar	416	335	736
März	426	432	1 015
April	289	533	841
Mai	363	568	719
Juni	486	670	796
Juli	337	424	
August	416	380	
September	530	472	
Oktober	522	524	
November	823	583	
Dezember	427	475	
Jan – Juni	2 254	2 957	4 744
Jan – Dez	5 309	5 815	

Veränderung

Jan – Juni 00 zu
Jan – Juni 99

Anzahl
%

3 125
104,1

Veränderung

Jan – Juni 00 zu
Jan – Juni 99

Anzahl
%

1 787
60,4

1) Quelle: Behörde für Inneres – Einwohner-Zentralamt

Gesamtwirtschaft
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Anzahl / Quartalsende

	1998	1999	2000
März	731 066	738 359	749 500
Juni	731 363	739 674	
September	744 383	750 900	
Dezember	740 349	747 200	

Veränderung

März 00 zu Dez 99	Anzahl	2 300
März 00 zu März 99	Anzahl	11 141
	%	1,5

Gesamtwirtschaft
Preisanstieg in Deutschland
für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

in Prozent zum gleichen Monat des Vorjahres

	1998	1999	2000
Januar	1,3	0,2	1,6
Februar	1,2	0,2	1,8
März	1,2	0,4	1,9
April	1,5	0,7	1,5
Mai	1,4	0,4	1,4
Juni	1,4	0,4	1,9
Juli	0,9	0,6	
August	0,6	0,7	
September	0,6	0,7	
Oktober	0,5	0,8	
November	0,5	1,0	
Dezember	0,4	1,2	

Arbeitslosigkeit
Arbeitslosenquote

Prozent aller Erwerbspersonen / Monatsende

	1998	1999	2000
Januar	12,3	11,2	9,9
Februar	12,2	11,2	9,9
März	11,8	11,0	9,7
April	11,4	10,8	9,1
Mai	11,1	10,3	8,7
Juni	11,0	10,1	8,5
Juli	11,2	10,2	
August	10,9	10,1	
September	10,7	9,8	
Oktober	10,6	9,6	
November	10,6	9,6	
Dezember	10,9	9,8	

Veränderung

Juni 00 zu Mai 00	Differenz	- 0,2
Juni 00 zu Juni 99	Differenz	- 1,6

Arbeitslosigkeit
Arbeitslose

Anzahl / Monatsende

	1998	1999	2000
Januar	98 313	90 314	81 241
Februar	97 253	90 369	81 025
März	94 307	88 317	79 344
April	91 608	86 853	77 587
Mai	89 231	83 851	74 372
Juni	88 539	82 281	72 555
Juli	89 674	83 685	
August	88 053	82 157	
September	86 084	80 156	
Oktober	85 620	78 749	
November	85 540	78 290	
Dezember	87 475	79 619	

Veränderung

Juni 00 zu Mai 00	Anzahl	- 1 817
Juni 00 zu Juni 99	Anzahl	- 9 726
	%	- 11,8

Arbeitslosigkeit
Offene Stellen

Anzahl / Monatsende

	1998	1999	2000
Januar	5 174	6 199	8 941
Februar	5 916	6 441	10 733
März	6 651	6 790	11 497
April	6 327	7 108	11 236
Mai	6 660	7 638	11 529
Juni	6 753	7 908	12 024
Juli	7 180	8 505	
August	7 152	9 024	
September	6 666	9 626	
Oktober	6 335	9 747	
November	6 301	8 901	
Dezember	5 893	9 292	

Veränderung

Juni 00 zu Mai 00	Anzahl	495
Juni 00 zu Juni 99	Anzahl	4 116
	%	52,0

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾

Beschäftigte
Anzahl / Monatsende

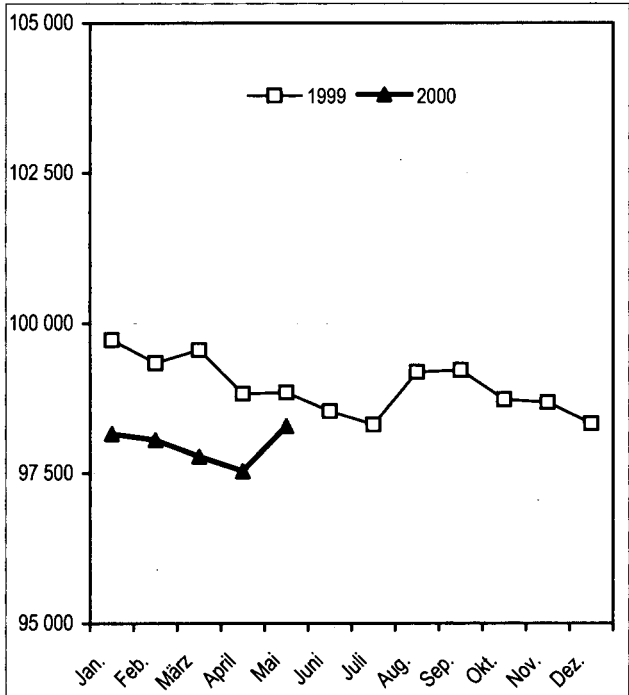
	1998	1999	2000
Januar	104 178	99 723	98 162
Februar	102 871	99 338	98 056
März	103 232	99 560	97 781
April	103 040	98 831	97 540
Mai	102 940	98 850	98 287
Juni	103 193	98 534	
Juli	103 189	98 312	
August	104 225	99 191	
September	104 057	99 223	
Oktober	103 634	98 734	
November	103 697	98 683	
Dezember	103 303	98 330	

Anfang 1999 Zuordnung von mehreren Unternehmen/teilen zu anderen Wirtschaftsbereichen

Veränderung		Anzahl	747
Mai 00 zu April 00		Anzahl	- 563
Mai 00 zu Mai 99		%	- 0,6

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾

Beschäftigte
Anzahl / Monatsende



Verarbeitendes Gewerbe¹⁾

Gesamtumsatz
Mio. DM

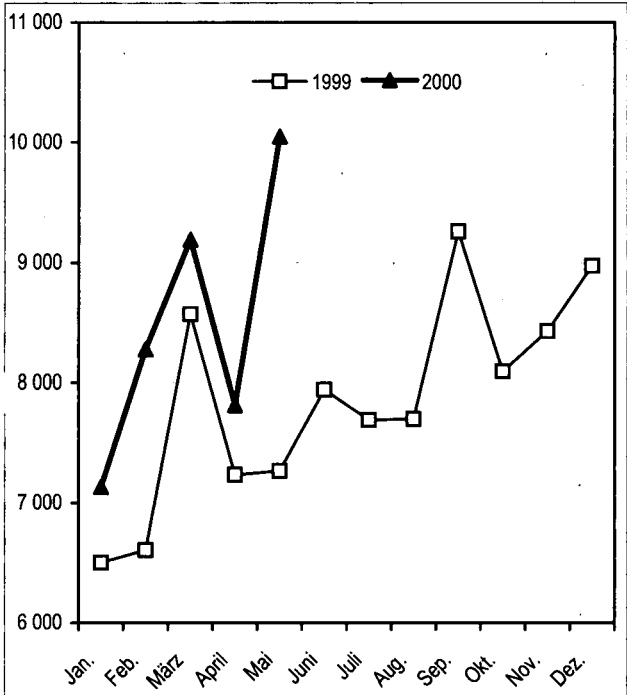
	1998	1999	2000
Januar	8 756	6 501	7 132
Februar	7 241	6 604	8 278
März	8 232	8 570	9 191
April	7 529	7 231	7 814
Mai	7 311	7 265	10 049
Juni	7 908	7 942	
Juli	7 663	7 689	
August	7 316	7 697	
September	7 859	9 258	
Oktober	7 642	8 093	
November	7 643	8 430	
Dezember	9 622	8 972	
Jan – Mai	39 069	36 171	42 464
Jan – Dez	94 722	94 252	

Anfang 1999 Zuordnung von mehreren Unternehmen/teilen zu anderen Wirtschaftsbereichen

Veränderung		Mio. DM	6 293
Jan – Mai 00 zu		%	17,4
Jan – Mai 99			

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾

Gesamtumsatz
Mio. DM



Verarbeitendes Gewerbe¹⁾
Auslandsumsatz

Mio. DM

	1998	1999	2000
Januar	1 176	1 152	1 286
Februar	1 243	1 138	1 398
März	1 440	1 503	1 615
April	1 282	1 272	1 144
Mai	1 221	1 305	1 633
Juni	1 474	1 473	
Juli	1 318	1 278	
August	1 245	1 259	
September	1 305	1 432	
Oktober	1 269	1 228	
November	1 261	1 408	
Dezember	1 619	1 558	
Jan – Mai	6 362	6 370	7 076
Jan – Dez	15 853	16 006	

Veränderung

Jan – Mai 00 zu	Mio. DM	706
Jan – Mai 99	%	11,1

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾
Auftragseingänge (ohne Mineralölverarbeitung und Ernährungsgewerbe)

Mio. DM

	1998	1999	2000
Januar	1 848	1 529	1 773
Februar	2 533	1 627	2 055
März	3 172	1 928	2 371
April	2 092	2 341	2 471
Mai	1 636	1 497	2 599
Juni	2 526	2 197	
Juli	2 069	1 774	
August	1 683	2 191	
September	2 764	2 692	
Oktober	2 345	2 073	
November	2 072	2 051	
Dezember	1 838	1 982	
Jan – Mai	11 281	8 922	11 269
Jan – Dez	26 578	23 882	

Veränderung

Jan – Mai 00 zu	Mio. DM	2 347
Jan – Mai 99	%	26,3

1) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Bauhauptgewerbe
Beschäftigte

Anzahl / Monatsende

	1998	1999	2000
Januar		15 858	14 735
Februar		15 746	14 584
März	17 009	15 794	14 495
April	16 819	15 529	14 226
Mai	16 704	15 634	14 269
Juni	16 623	15 570	
Juli	16 809	15 756	
August	16 818	15 645	
September	16 729	15 750	
Oktober	16 564	15 696	
November	16 449	15 443	
Dezember	16 103	15 273	

Veränderung

Mai 00 zu April 00	Anzahl	43
Mai 00 zu Mai 99	Anzahl	-1 365
	%	- 8,7

Bauhauptgewerbe
Baugewerblicher Umsatz

Mio. DM

	1998	1999	2000
Januar	244	193	200
Februar	287	238	238
März	411	280	303
April	302	298	268
Mai	317	300	331
Juni	372	372	
Juli	361	390	
August	330	384	
September	359	383	
Oktober	368	368	
November	378	352	
Dezember	361	415	
Jan – Mai	1 561	1 309	1 340
Jan – Dez	4 090	3 973	

Veränderung

Jan – Mai 00 zu	Mio. DM	31
Jan – Mai 99	%	2,4

Bauhauptgewerbe

Auftragseingänge¹⁾

Mio. DM

	1998	1999	2000
Januar	156	102	104
Februar	177	132	184
März	231	318	204
April	247	185	210
Mai	313	206	164
Juni	298	249	
Juli	325	274	
August	173	197	
September	242	186	
Oktober	178	183	
November	181	190	
Dezember	159	142	
Jan – Mai	1 124	943	866
Jan – Dez	2 680	2 364	

Veränderung

Jan – Mai 00 zu	Mio. DM	- 77
Jan – Mai 99	%	- 8,2

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Wohnungen

Baugenehmigungen

Anzahl

	1998	1999	2000
Januar	586	228	
Februar	492	622	
März	384	519	
April	420	294	
Mai	340	363	
Juni	371	314	
Juli	640	477	
August	444	312	
September	357	455	
Oktober	525	197	
November	726	531	
Dezember	340	688	
Jan – Dez	5 625	5 000	

Veränderung

Jan – Dez 99 zu	Anzahl	- 625
Jan – Dez 98	%	- 11,1

Ausbaugewerbe

Beschäftigte

Anzahl / Quartalsende

	1998	1999	2000
März	1702 725	1701 528	10 185
Juni	1700 808	1701 785	
September	1700 605	1703 762	
Dezember	1700 089	1704 735	

Veränderung

März 00 zu Dez 99	Anzahl	-1694 550
März 00 zu März 99	Anzahl	-1691 343
	%	- 99,4

Ausbaugewerbe

Ausbaugewerblicher Umsatz

Mio. DM / Quartalssumme

	1998	1999	2000
Jan – März	258 474	258 617	360
April – Juni	257 626	258 765	
Juli – Sept	257 310	259 933	
Okt – Dez	258 101	261 871	
Jan – Dez	1031 511	1039 186	

Veränderung

Jan – Dez 99 zu	Mio DM	7 675
Jan – Dez 98	%	0,7

Wohnungen

Baufertigstellungen

Anzahl

	1998	1999	2000
Januar	699	209	
Februar	335	388	
März	596	162	
April	722	628	
Mai	354	631	
Juni	574	158	
Juli	493	933	
August	668	373	
September	484	234	
Oktober	913	691	
November	829	548	
Dezember	1 804	1 253	
Jan – Dez	8 471	6 208	

Veränderung

Jan – Dez 99 zu	Anzahl	-2 263
Jan – Dez 98	%	- 26,7

Einzelhandel

Beschäftigte

1995 = 100 (Beschäftigte im Basisjahr: 82 300)

	1998	1999	2000
Januar	96,1	98,2	92,8
Februar	96,1	97,3	93,5
März	96,2	97,4	93,2
April	95,8	94,4	94,8
Mai	96,1	93,8	94,3
Juni	95,7	93,7	
Juli	95,8	93,8	
August	96,7	94,5	
September	96,9	94,4	
Oktober	96,7	94,7	
November	100,3	95,2	
Dezember	100,5	95,5	

Einzelhandel

Umsatz

1995 = 100 (Umsatz im Basisjahr: 26 250 Mio. DM)

	1998	1999	2000
Januar	99,1	94,4	92,9
Februar	90,7	90,5	98,0
März	106,3	108,0	101,6
April	99,4	100,1	99,2
Mai	96,6	91,8	100,4
Juni	91,7	100,4	
Juli	99,2	96,0	
August	87,8	91,1	
September	103,0	103,0	
Oktober	100,4	104,4	
November	106,2	113,1	
Dezember	116,2	117,8	

Großhandel

Beschäftigte

1995 = 100 (Beschäftigte im Basisjahr: 55 700)

	1998	1999	2000
Januar	88,9	88,7	82,6
Februar	88,9	88,5	82,6
März	89,5	88,5	82,9
April	88,7	87,0	82,7
Mai	88,6	86,8	
Juni	88,7	87,2	
Juli	88,7	84,0	
August	88,9	83,6	
September	89,4	83,8	
Oktober	89,6	83,4	
November	89,2	83,8	
Dezember	89,0	83,8	

Einzelhandel

Beschäftigte

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres
Anzahl (Monatsdurchschnitt 1999: 78 500)

	1998	1999	2000
Januar	- 1,7	2,2	- 5,5
Februar	- 1,6	1,2	- 3,9
März	- 2,3	1,2	- 4,3
April	- 2,1	- 1,5	0,4
Mai	- 1,5	- 2,4	0,4
Juni	- 1,6	- 2,1	
Juli	- 1,0	- 2,1	
August	- 0,3	- 2,3	
September	0,1	- 2,6	
Oktober	0,3	- 2,1	
November	4,0	- 5,1	
Dezember	3,7	- 5,0	

Einzelhandel

Umsatz

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres
(Umsatz im Jahr 1999: 26 400 Mio. DM)

	1998	1999	2000
Januar	- 6,2	- 4,7	- 1,6
Februar	- 2,8	- 0,2	8,3
März	6,1	1,6	- 5,9
April	- 5,8	0,7	- 0,9
Mai	0,9	- 5,0	10,1
Juni	- 0,9	9,5	
Juli	2,6	- 3,2	
August	3,1	3,8	
September	- 3,0	+0,0	
Oktober	- 4,9	4,0	
November	- 1,3	6,5	
Dezember	0,1	1,4	

Großhandel

Beschäftigte

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres
Anzahl (Monatsdurchschnitt 1999: 48 000)

	1998	1999	2000
Januar	.	- 0,2	- 6,9
Februar	.	- 0,4	- 6,7
März	.	- 1,1	- 6,3
April	.	- 1,9	- 4,9
Mai	.	- 1,8	
Juni	.	- 1,7	
Juli	.	- 5,3	
August	.	- 6,0	
September	.	- 6,3	
Oktober	.	- 6,9	
November	.	- 6,1	
Dezember	.	- 5,8	

Angaben für 1998 wegen Neuzuordnungen von Unternehmen nicht möglich

Großhandel

Umsatz insgesamt

1995 = 100 (Umsatz im Basisjahr: 105 600 Mio. DM)

	1998	1999	2000
Januar	109,7	93,0	98,1
Februar	111,8	100,0	111,4
März	130,9	126,0	133,1
April	121,4	106,3	117,7
Mai	114,2	106,1	
Juni	116,6	113,1	
Juli	114,2	107,8	
August	110,8	110,2	
September	114,7	121,1	
Oktober	117,9	116,1	
November	114,2	127,9	
Dezember	112,5	131,3	

Großhandel

Umsatz im Binnengroßhandel

1995 = 100 (Umsatz im Basisjahr: 55 700 Mio. DM)

	1998	1999	2000
Januar	123,2	115,4	124,5
Februar	128,1	125,0	145,0
März	156,5	161,6	169,1
April	148,2	137,5	153,8
Mai	141,4	134,7	
Juni	146,0	147,5	
Juli	143,0	141,3	
August	133,3	142,7	
September	145,5	162,1	
Oktober	143,8	152,0	
November	140,5	166,9	
Dezember	138,8	172,9	

Großhandel

Umsatz im Außenhandel

1995 = 100 (Umsatz im Basisjahr: 49 900 Mio. DM)

	1998	1999	2000
Januar	94,6	68,1	68,6
Februar	93,6	72,1	73,8
März	102,3	86,2	92,7
April	91,4	71,4	77,3
Mai	83,9	74,1	
Juni	83,8	74,6	
Juli	82,1	70,4	
August	85,6	73,8	
September	80,4	75,3	
Oktober	88,9	75,9	
November	84,9	84,4	
Dezember	83,1	84,8	

Großhandel¹⁾

Umsatz insgesamt

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres

(Umsatz im Jahr 1999: 119 800 Mio. DM)

	1998	1999	2000
Januar	.	- 15,2	5,5
Februar	.	- 10,6	11,4
März	.	- 3,7	5,6
April	.	- 12,4	10,7
Mai	.	- 7,1	
Juni	.	- 3,0	
Juli	.	- 5,6	
August	.	- 0,5	
September	.	5,6	
Oktober	.	- 1,5	
November	.	12,0	
Dezember	.	16,7	

Großhandel¹⁾

Umsatz im Binnengroßhandel

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres

(Umsatz im Jahr 1999: 81 500 Mio. DM)

	1998	1999	2000
Januar	.	- 6,3	7,9
Februar	.	- 2,4	16,0
März	.	3,3	4,6
April	.	- 7,2	11,8
Mai	.	- 4,7	
Juni	.	1,0	
Juli	.	- 1,2	
August	.	7,1	
September	.	11,4	
Oktober	.	5,7	
November	.	18,8	
Dezember	.	24,6	

Großhandel

Umsatz im Außenhandel

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres

(Umsatz im Jahr 1999: 38 250 Mio. DM)

	1998	1999	2000
Januar	- 6,7	- 28,0	0,7
Februar	1,7	- 23,0	2,4
März	7,3	- 15,7	7,5
April	- 11,2	- 21,9	8,3
Mai	- 16,1	- 11,7	
Juni	- 13,8	- 11,0	
Juli	- 16,3	- 14,3	
August	- 8,2	- 13,8	
September	- 21,1	- 6,3	
Oktober	- 14,7	- 14,6	
November	- 11,6	- 0,6	
Dezember	- 18,0	2,0	

1) Angaben für 1998 wegen Neuordnungen von Unternehmen nicht möglich

Gastgewerbe/Tourismus
Beschäftigte

1995 = 100 (Beschäftigte im Basisjahr: 31 800)

	1998	1999	2000
Januar	93,3	91,1	90,7
Februar	94,5	93,8	87,9
März	95,6	95,4	89,1
April	96,6	90,6	92,2
Mai	97,0	90,1	92,7
Juni	96,5	89,4	
Juli	97,0	90,9	
August	96,9	89,9	
September	97,1	91,0	
Oktober	94,4	90,5	
November	93,7	90,5	
Dezember	95,1	91,0	

Gastgewerbe/Tourismus
Beschäftigte

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres

Anzahl (Monatsdurchschnitt 1999: 28 900)

	1998	1999	2000
Januar	- 3,0	- 2,1	- 0,4
Februar	- 3,2	- 0,7	- 6,3
März	- 3,1	- 0,2	- 6,6
April	- 1,8	- 6,2	1,8
Mai	- 1,7	- 7,1	2,9
Juni	- 1,8	- 7,4	
Juli	- 0,6	- 6,3	
August	- 1,1	- 7,2	
September	- 3,2	- 6,3	
Oktober	- 4,6	- 4,1	
November	- 5,6	- 3,4	
Dezember	- 4,0	- 4,3	

Gastgewerbe/Tourismus
Umsatz insgesamt

1995 = 100 (Umsatz im Basisjahr: 2 600 Mio. DM)

	1998	1999	2000
Januar	93,3	81,3	84,3
Februar	94,5	80,4	90,0
März	95,6	97,2	97,3
April	96,6	94,3	95,1
Mai	97,0	95,9	104,8
Juni	96,5	95,7	
Juli	97,0	88,4	
August	96,9	92,3	
September	97,1	97,6	
Oktober	94,4	102,4	
November	93,7	98,8	
Dezember	97,0	102,4	

Gastgewerbe/Tourismus
Umsatz insgesamt

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres

(Umsatz im Jahr 1999: 2 400 Mio. DM)

	1998	1999	2000
Januar	- 1,8	- 2,4	3,7
Februar	- 0,9	- 4,2	11,9
März	1,2	1,1	0,1
April	- 3,6	0,2	0,8
Mai	- 0,4	- 3,4	9,3
Juni	- 3,4	1,6	
Juli	- 3,5	3,0	
August	- 6,5	4,6	
September	- 6,8	0,2	
Oktober	- 6,5	5,0	
November	- 6,0	2,8	
Dezember	- 4,0	5,6	

Gastgewerbe/Tourismus

Gäste

Anzahl

	1998	1999	2000
Januar	151 962	157 164	163 864
Februar	168 130	169 588	189 711
März	221 499	224 585	219 879
April	209 767	217 285	218 251
Mai	234 037	234 836	241 868
Juni	227 055	231 739	
Juli	216 624	230 496	
August	223 518	234 443	
September	238 546	244 854	
Oktober	240 956	255 499	
November	222 393	226 318	
Dezember	169 897	185 070	
Jan – Mai	985 395	1 003 458	1 033 573
Jan – Dez	2 524 384	2 611 877	

Veränderung

Jan – Mai 00 zu

Anzahl

30 115

Jan – Mai 99

%

3,0

Gastgewerbe/Tourismus

Übernachtungen

Anzahl

	1998	1999	2000
Januar	260 482	272 209	284 969
Februar	298 034	296 650	337 498
März	391 007	398 948	398 397
April	369 735	383 593	402 197
Mai	430 201	427 457	444 811
Juni	403 451	415 435	
Juli	388 374	416 623	
August	416 077	437 453	
September	440 354	445 387	
Oktober	438 507	458 631	
November	384 193	392 130	
Dezember	289 322	310 246	
Jan – Mai	1 749 459	1 778 857	1 867 872
Jan – Dez	4 509 737	4 654 762	

Veränderung

Jan – Mai 00 zu

Anzahl

89 015

Jan – Mai 99

%

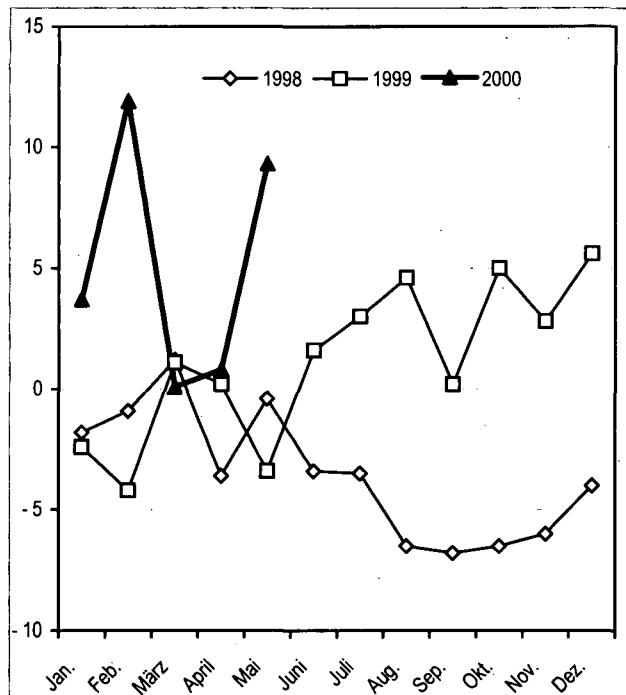
5,0

Gastgewerbe/Tourismus

Umsatz insgesamt

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres

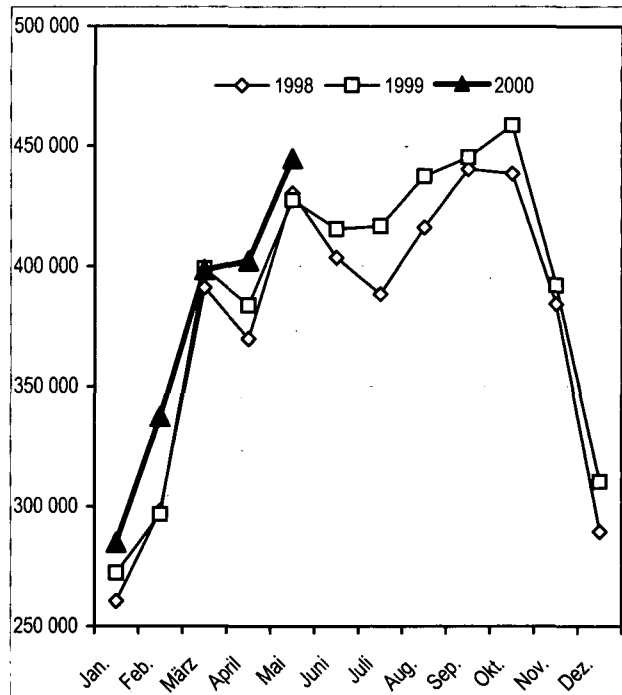
(Umsatz im Jahr 1999: 2 400 Mio. DM)



Gastgewerbe/Tourismus

Übernachtungen

Anzahl



Außenhandel

Einfuhr des Landes Hamburg (Generalhandel)

Mio. DM

	1998	1999	2000
Januar	5 577	4 701	5 573
Februar	4 238	4 397	5 119
März	5 921	5 367	6 561
April	4 649	5 425	
Mai	4 814	5 507	
Juni	5 056	5 795	
Juli	4 442	5 718	
August	4 495	5 343	
September	5 081	5 626	
Oktober	4 499	5 168	
November	4 557	5 960	
Dezember	4 420	5 496	
Jan – März	15 736	14 465	17 253
Jan – Dez	57 749	64 503	

Veränderung

Jan – März 00 zu

Mio. DM

2 788

Jan – März 99

%

19,3

Außenhandel

Ausfuhr des Landes Hamburg (Spezialhandel)

Mio. DM

	1998	1999	2000
Januar	2 294	2 539	2 274
Februar	2 125	2 906	2 323
März	3 012	2 432	2 981
April	2 645	2 785	
Mai	2 391	2 658	
Juni	3 044	2 730	
Juli	2 080	3 364	
August	2 184	2 695	
September	2 119	2 263	
Oktober	2 504	2 444	
November	2 537	3 299	
Dezember	2 435	2 877	
Jan – März	7 431	7 877	7 578
Jan – Dez	29 370	32 992	

Veränderung

Jan – März 00 zu

Mio. DM

- 299

Jan – März 99

%

- 3,8

Verkehr

Zulassungen fabrikneuer Kfz

Anzahl

	1998	1999	2000
Januar	5 516	6 431	6 695
Februar	5 490	11 337	11 973
März	8 597	16 421	16 752
April	6 435	16 180	11 510
Mai	6 740	12 558	11 786
Juni	7 596	13 743	
Juli	7 264	11 628	
August	5 491	11 174	
September	6 712	16 284	
Oktober	6 625	9 138	
November	6 385	15 491	
Dezember	6 541	9 933	
Jan – Mail	32 778	62 927	58 716
Jan – Dez	79 392	150 318	

1999 erhöhte Werte auch durch erstmalige Kfz-Anmeldungen von überregionalen Mietwagenfirmen in Hamburg

Veränderung

Jan – Mai 00 zu

Anzahl

- 4 211

Jan – Mai 99

%

- 6,7

Verkehr

Luftverkehr

Fluggäste/Anzahl

	1998	1999	2000
Januar	545 542	590 265	599 098
Februar	575 269	614 918	673 680
März	760 078	809 161	806 209
April	743 784	771 640	828 809
Mai	797 236	819 558	
Juni	762 609	800 934	
Juli	835 298	859 923	
August	835 370	895 874	
September	865 367	888 113	
Oktober	931 027	957 755	
November	709 710	726 786	
Dezember	595 513	605 063	
Jan – April	2 624 673	2 785 984	2 907 796
Jan – Dez	8 956 803	9 339 990	

Veränderung

Jan – April 00 zu

Anzahl

121 812

Jan – April 99

%

4,4

HAMBURGER MONATSAZAHLEN

Verkehr

Güterverkehr über See: Umschlag insgesamt

1000 t

	1998	1999	2000
Januar	5 804	6 063	6 398
Februar	6 067	5 837	6 437
März	6 718	7 378	6 675
April	6 268	6 822	7 274
Mai	6 276	6 844	7 290
Juni	6 326	6 930	
Juli	6 178	6 715	
August	6 839	6 263	
September	6 237	6 963	
Oktober	6 684	7 270	
November	6 164	6 779	
Dezember	6 704	7 274	
Jan – Mai	31 132	32 944	34 074
Jan – Dez	76 265	81 138	

Veränderung

Jan – Mai 00 zu	1000 t	1 130
Jan – Mai 99	%	3,4

Verkehr

Güterverkehr über See: Versand

1000 t

	1998	1999	2000
Januar	2 135	2 134	2 477
Februar	2 380	2 398	2 914
März	2 539	2 716	3 108
April	2 404	2 662	2 686
Mai	2 369	2 497	2 940
Juni	2 446	2 616	
Juli	2 281	2 830	
August	2 407	2 713	
September	2 481	2 844	
Oktober	2 395	2 775	
November	2 445	2 670	
Dezember	2 686	2 950	
Jan – Mai	11 827	12 407	14 125
Jan – Dez	28 967	31 805	

Veränderung

Jan – Mai 00 zu	1000 t	1 718
Jan – Mai 99	%	13,8

Verkehr

Güterverkehr über See: Empfang

1000 t

	1998	1999	2000
Januar	3 669	3 929	3 921
Februar	3 687	3 439	3 523
März	4 179	4 662	3 567
April	3 864	4 160	4 588
Mai	3 907	4 347	4 350
Juni	3 881	4 314	
Juli	3 897	3 885	
August	4 432	3 550	
September	3 756	4 119	
Oktober	4 289	4 495	
November	3 719	4 109	
Dezember	4 018	4 324	
Jan – Mai	19 306	20 537	19 949
Jan – Dez	47 298	49 333	

Veränderung

Jan – Mai 00 zu	1000 t	- 588
Jan – Mai 99	%	- 2,9

Verkehr

Umgeschlagene Container

Anzahl / 20-Fuß-Einheiten

	1998	1999	2000
Januar	266 767	278 103	308 359
Februar	281 991	270 243	324 509
März	314 393	312 472	350 650
April	298 086	299 926	337 067
Mai	307 012	311 681	356 116
Juni	299 549	309 570	
Juli	299 250	316 489	
August	303 454	313 633	
September	300 412	328 357	
Oktober	311 711	343 473	
November	287 425	336 006	
Dezember	276 890	330 433	
Jan – Mai	1468 249	1472 425	1676 701
Jan – Dez	3 546 940	3 750 386	

Veränderung

Jan – Mai 00 zu	Anzahl	204 276
Jan – Mai 99	%	13,9

HAMBURG IM STÄDTEVERGLEICH

Merkmal	Maßeinheit	Berichts-zeit	Hamburg	Berlin	Bremen	Dresden	Düssel- dorf	Frankfurt am Main	Hannover	Köln	Leipzig	München	Nürnberg	Stuttgart
Bevölkerung														
Bevölkerung insgesamt ¹⁾	1000	2. Vj. 99	1 701,8	3 392,9	542,3	477,7	568,5	644,7	515,2	963,2	490,0	1 193,6	486,4	581,2
		1. Vj. 99	1 701,5	3 394,1	542,6	477,5	568,3	644,5	516,0	962,4	490,3	1 189,6	486,3	581,0
darunter Ausländer und Ausländerinnen	%	2. Vj. 99	15,2	12,8	15,1	3,5	17,3	24,4	15,1	19,8	4,9	22,8	17,9	...
		1. Vj. 99	15,2	12,7	15,0	3,4	17,2	24,5	14,9	19,7	4,8	22,6	17,8	24,4
Lebendgeborene	Anzahl	2. Vj. 99	3 873	7 231	1 232	930	1 331	1 598	1 170	2 535	877	2 999	1 065	...
		1. Vj. 99	3 408	7 280	1 183	863	1 076	1 215	1 070	2 165	769	3 042	1 033	1 241
darunter ausländisch	%	2. Vj. 99	7,1	18,3	17,9	3,1	21,9	36,5	20,4	29,0	4,6	27,3	23,8	#DIV/0!
		1. Vj. 99	17,8	19,1	18,5	2,3	22,6	33,0	18,4	25,4	3,6	26,7	24,9	30,1
Gestorbene	Anzahl	2. Vj. 99	4 901	8 232	1 435	1 140	1 516	1 566	1 342	2 305	1 285	2 732	1 348	...
		1. Vj. 99	4 469	10 001	1 663	1 326	1 877	1 698	1 488	2 621	1 477	3 174	1 647	1 563
Geborenen- (+) bzw. Gestorbenenüberschuß(-)	Anzahl	2. Vj. 99	- 358	- 1 001	- 203	- 210	- 185	+ 32	- 172	+ 230	- 408	+ 267	- 283	...
		1. Vj. 99	- 1 061	- 2 721	- 480	- 463	- 801	- 483	- 418	- 456	- 708	- 132	- 614	- 322
	je 1000 der Bevölkerung	2. Vj. 99	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,3	+ 0,2	- 0,8	+ 0,2	- 0,6	...
		1. Vj. 99	- 0,6	- 0,8	- 0,9	- 1,0	- 1,4	- 0,7	- 0,8	- 0,5	- 1,5	- 0,1	- 1,3	- 0,6
Zuzüge	Anzahl	2. Vj. 99	17 806	28 176	5 256	4 493	7 407	10 736	7 419	10 807	4 639	21 941	6 388	8 529
		1. Vj. 99	18 330	25 440	5 058	4 110	7 093	11 156	6 638	10 321	4 429	19 883	6 137	7 917
Fortzüge	Anzahl	2. Vj. 99	16 521	28 351	5 291	4 169	6 995	10 501	8 035	10 185	4 458	18 287	6 042	8 475
		1. Vj. 99	15 830	27 422	5 288	4 427	6 460	10 076	6 348	10 087	4 540	19 014	6 344	8 588
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	2. Vj. 99	+ 1 285	- 175	- 35	+ 324	+ 412	+ 235	- 616	+ 622	+ 181	+ 3 654	+ 346	+ 54
		1. Vj. 99	+ 2 500	- 1 982	- 230	- 317	+ 633	+ 1 080	+ 290	+ 234	- 111	+ 869	- 207	- 671
	je 1000 der Bevölkerung	2. Vj. 99	+ 0,8	- 0,1	- 0,1	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,4	- 1,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 3,1	+ 0,7	+ 0,1
		1. Vj. 99	+ 1,5	- 0,6	- 0,4	- 0,7	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,6	+ 0,2	- 0,2	+ 0,7	- 0,4	- 1,2
Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)	Anzahl	2. Vj. 99	+ 927	- 1 176	- 238	+ 114	+ 227	+ 267	- 788	+ 852	- 227	+ 3 921	+ 63	+ 54
		1. Vj. 99	+ 1 439	- 4 703	- 710	- 780	- 168	+ 597	- 128	- 222	- 819	+ 737	- 821	- 993
	je 1000 der Bevölkerung	2. Vj. 99	+ 0,5	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	- 1,5	+ 0,9	- 0,5	+ 3,3	+ 0,1	+ 0,1
		1. Vj. 99	+ 0,8	- 1,4	- 1,3	- 1,7	- 0,3	+ 0,9	- 0,2	- 0,2	- 1,8	+ 0,6	- 1,7	- 1,7
Umzüge innerhalb der Stadt	Anzahl	2. Vj. 99	38 277	105 864	14 291	15 739	11 234	11 695	13 739	...	18 460	29 291	...	11 208
		1. Vj. 99	39 568	102 319	13 787	15 898	11 527	11 914	11 142	...	16 603	29 663	...	11 439
	je 1000 der Bevölkerung	2. Vj. 99	22,5	31,2	26,3	33,0	19,8	18,1	26,6	...	37,7	24,6	...	19,3
		1. Vj. 99	23,3	30,1	25,4	34,2	20,3	18,5	21,6	...	35,8	24,9	...	19,7
Arbeitsmarkt ¹⁾														
Sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte insgesamt	1000	2. Vj. 99	739 674	216 655	...	457 444	278 954	...	206 167	639 016	254 973	...
		1. Vj. 99	738 359
davon Männer	"	2. Vj. 99	409 081	109 028	...	262 603	154 531	...	101 225	347 346	143 594	...
		1. Vj. 99	407 520
Frauen	"	2. Vj. 99	330 593	107 627	...	194 841	124 423	...	104 942	291 670	111 379	...
		1. Vj. 99	330 839
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	4. Vj. 98	87 475	268 111	35 041	33 092	32 327	29 220	34 249	58 579	31 559	40 623	28 565	21 726
		3. Vj. 98	86 084	263 238	34 812	32 548	31 843	29 570	34 151	58 137	32 223	39 226	28 008	21 742
und zwar Männer	"	4. Vj. 98	52 917	152 504	20 976	16 533	19 341	17 983	20 721	35 842	15 912	23 687	15 639	13 009
		3. Vj. 98	51 536	146 851	20 533	15 895	18 937	17 889	20 344	35 193	15 916	21 940	14 941	12 827
Frauen	"	4. Vj. 98	34 558	115 607	14 065	16 559	12 986	11 237	13 528	22 737	15 647	16 936	12 926	8 717
		3. Vj. 98	34 548	116 387	14 279	16 653	12 906	11 681	13 807	22 944	16 307	17 286	13 067	8 915
Ausländer und Ausländerinnen	"	4. Vj. 98	19 016	46 450	6 477	1 151	8 601	11 690	9 886	17 981	957	14 313	9 182	9 028
		3. Vj. 98	18 717	44 255	6 090	1 008	8 311	11 760	13 807	17 765	940	13 144	8 867	8 935
Arbeitslosenquote ²⁾	%	4. Vj. 98	12,2	17,6	15,4	15,3	12,5	10,5	15,0	14,1	15,9	7,1	13,1	8,7
		3. Vj. 98	12,0	17,3	15,3	15,1	12,3	10,7	14,9	14,0	16,3	6,9	12,8	8,7
Offene Stellen	Anzahl	2. Vj. 99	7 908
		1. Vj. 99	6 790
Kurzarbeiter und Kurzarbeiterinnen	"	2. Vj. 99	1 025
		1. Vj. 99	2 144

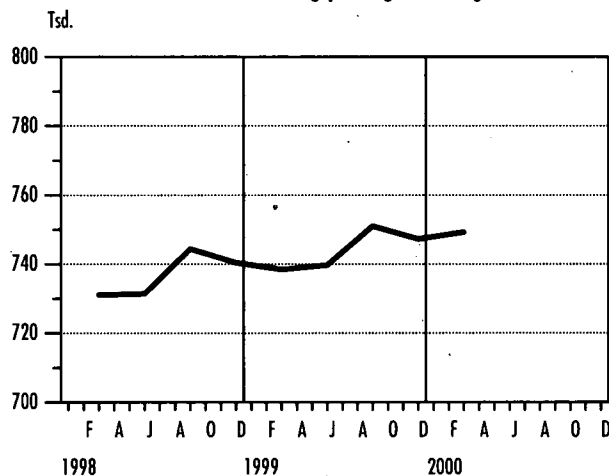
1) Am Ende des Berichtszeitraumes. - 2) Prozent aller abhängigen Erwerbspersonen.

HAMBURG IM STÄDTEVERGLEICH

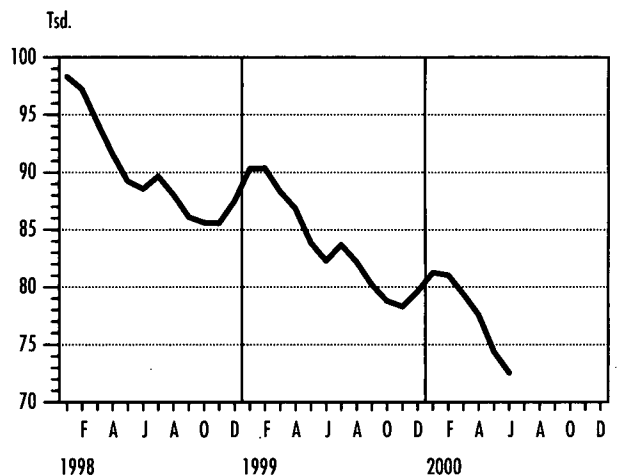
Merkmal	Maßeinheit	Berichts- zeit	Hamburg	Berlin	Bremen	Dresden	Düssel- dorf	Frankfurt am Main	Hannover	Köln	Leipzig	München	Nürnberg	Stuttgart
Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾²⁾														
Beschäftigte ³⁾	Anzahl	2. Vj. 99	98 779	116 338	57 679	19 605	46 656	52 615	50 050	67 612	12 095	123 390	59 654	87 545
		1. Vj. 99	99 802	117 323	57 589	19 835	46 778	53 264	50 125	67 223	12 285	123 027	58 923	88 340
	je 1000 der Bevölkerung	2. Vj. 99	58	34	106	41	82	82	97	70	25	104	123	151
		4. Vj. 97	59	35	106	43	82	83	97	70	26	103	121	152
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	2. Vj. 99	2 098	2 106	1 123	279	985	1 218	950	1 444	171	2 991	1 101	2 097
		1. Vj. 99	1 998	1 980	1 015	266	892	1 122	882	1 298	172	3 041	1 065	1 854
	1000 DM je Beschäftigte/n	2. Vj. 99	21,1	18,0	19,5	14,1	21,1	23,0	19,0	21,4	14,1	24,3	18,6	23,8
		1. Vj. 99	19,6	16,7	17,6	13,2	18,9	20,9	17,2	19,3	13,8	24,6	17,7	21,0
Gesamtumsatz ⁴⁾	Mio. DM	2. Vj. 99	22 321	15 000	7 904	1 356	5 015	6 521	4 468	9 288	836	16 681	4 688	7 033
		1. Vj. 99	21 810	14 093	7 312	1 423	5 050	6 137	4 364	8 752	604	15 199	4 635	6 183
davon Inlandumsatz	"	2. Vj. 99	18 263	12 011	3 922	1 091	3 325	4 533	2 433	5 897	710	8 921	3 118	3 903
		1. Vj. 99	17 998	11 129	3 709	1 045	3 350	4 181	2 404	5 584	490	8 015	2 992	3 619
Auslandumsatz	"	2. Vj. 99	4 059	2 989	3 982	265	1 690	1 988	2 035	3 390	126	7 760	1 570	3 130
		1. Vj. 99	3 812	2 964	3 604	379	1 699	1 956	1 960	3 168	113	7 184	1 643	2 564
Gesamtumsatz ⁴⁾	1000 DM pro Kopf der Bev.	2. Vj. 99	13,1	4,4	14,6	2,8	8,8	10,1	8,7	9,6	1,7	14,0	9,6	12,1
		1. Vj. 99	12,8	4,2	13,5	3,0	8,9	9,5	8,5	9,1	1,2	12,8	9,5	10,6
	1000 DM je Beschäftigte/n	2. Vj. 99	224,8	128,4	137,1	68,7	107,3	123,2	89,2	137,8	68,6	135,4	79,1	80,0
		1. Vj. 99	214,5	119,0	126,5	71,0	107,3	114,4	85,2	129,8	48,6	122,8	77,1	70,0
Bauhauptgewerbe ²⁾ und Wohnungen														
Beschäftigte ³⁾	Anzahl	2. Vj. 99	10 684	24 507	4 267	5 622	4 098	6 901	4 054	6 769	6 758	10 469	3 897	5 566
		1. Vj. 99	10 794	24 704	4 188	5 493	4 104	6 908	4 098	6 617	6 406	10 323	3 662	5 506
Baugewerblicher Umsatz ⁴⁾	Mio. DM	2. Vj. 99	811	1 530	245	440	334	596	315	560	353	846	211	355
		1. Vj. 99	594	1 296	189	272	286	538	226	519	285	492	117	258
Fertiggestellte Wohnungen ⁵⁾	Anzahl	2. Vj. 99	1 417	1 962	821	330	488	2 681	451	650	148	...
		1. Vj. 99	759	848	390	261	393	40	706	1 029	300	...
	je 1000 der Bevölkerung	2. Vj. 99	0,8	0,6	1,5	0,7	0,9	4,2	0,9	0,5	0,3	...
		1. Vj. 99	0,4	0,2	0,7	0,6	0,7	0,0	1,5	0,9	0,6	...
Tourismus														
Gäste	1000	2. Vj. 99	683,9	1 076,4	144,1	302,4	298,8	561,3	166,3	406,3	179,4	928,8	246,2	281,1
		1. Vj. 99	551,3	745,3	120,6	154,9	321,5	532,2	150,2	413,7	130,4	709,9	200,0	253,2
Übernachtungen	"	2. Vj. 99	1 226,5	2 495,6	260,1	645,1	565,9	931,6	304,7	714,9	350,3	1 903,4	471,3	523,1
		1. Vj. 99	967,8	1 708,2	220,6	307,7	616,9	968,0	280,0	754,3	258,3	1 468,5	415,0	471,4
darunter von ausländischen Gästen	"	2. Vj. 99	256,4	662,1	57,4	76,8	231,6	475,3	94,0	236,9	46,0	815,7	121,7	139,5
		1. Vj. 99	208,2	455,6	45,2	33,8	256,8	548,3	78,7	267,1	28,3	576,5	120,0	118,1
Übernachtungen	je 1000 der Bevölkerung	2. Vj. 99	721	735	479	1 351	996	1 445	591	743	715	1 597	969	900
		1. Vj. 99	569	503	406	661	1 085	1 503	543	784	557	1 235	853	811
Straßenverkehr														
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	2. Vj. 99	42 481	28 778	7 580	7 493	9 553	14 287	6 493	...	5 402	50 366	7 069	13 360
		1. Vj. 99	34 189	25 749	6 871	5 694	9 652	13 616	6 166	...	4 839	39 740	6 230	11 089
darunter Pkw ⁶⁾	"	2. Vj. 99	38 182	23 371	6 393	6 703	8 155	12 016	5 330	14 439	4 424	46 231	5 835	...
		1. Vj. 99	30 132	21 817	5 779	5 107	8 537	11 802	5 002	14 974	4 068	35 005	5 297	...
Gemeindliche Steuereinnahmen														
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁷⁾ (Gemeindeanteil)	Mio. DM	2. Vj. 99	598	428	97	57	243	291	182	247	63	470	143	159
		1. Vj. 99	550	406	78	30	239	408	192	291	40	471	120	214
	DM pro Kopf der Bevölkerung	2. Vj. 99	351	126	179	119	428	452	352	257	128	395	295	273
		1. Vj. 99	323	120	144	65	421	633	371	302	86	396	246	368
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	2. Vj. 99	459	437	88	24	102	118	62	153	22	246	79	92
		1. Vj. 99	326	384	75	23	25	30	8	38	22	246	79	31
	DM pro Kopf der Bevölkerung	2. Vj. 99	270	129	162	50	179	183	121	159	46	206	163	159
		1. Vj. 99	192	113	139	49	44	46	15	39	48	207	163	53

1) Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 3) am Ende des Berichtszeitraumes. – 4) ohne Mehrwertsteuer. – 5) alle Baumaßnahmen. – 6) einschließlich Kombinationskraftwagen und alle Pkw mit bis zu neun Sitzplätzen. – 7) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

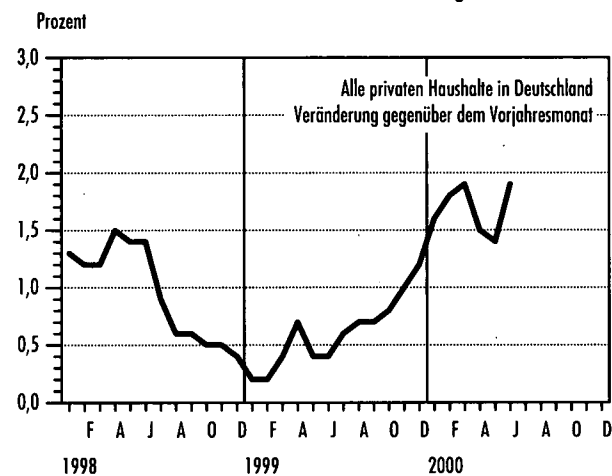
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



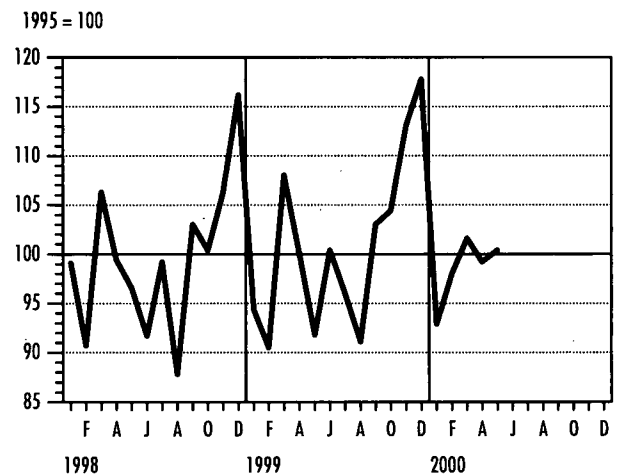
Arbeitslose



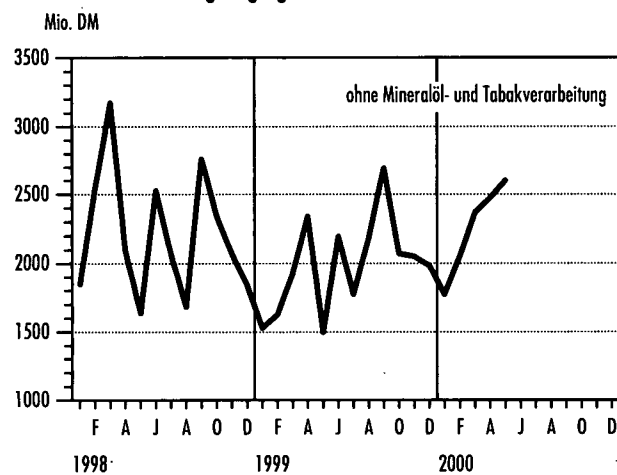
Preisindex für die Lebenshaltung



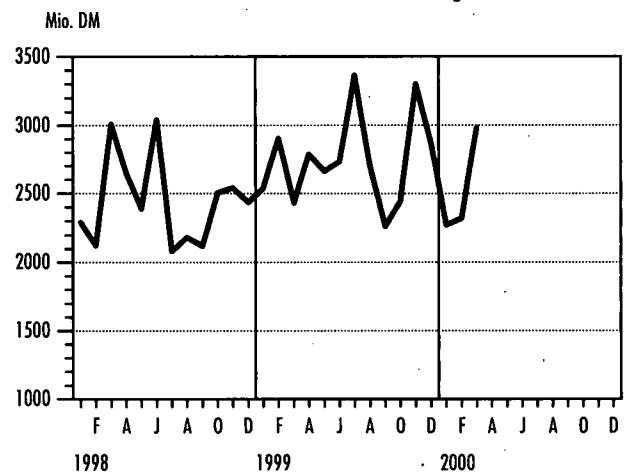
Einzelhandelsumsatz



Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe



Ausfuhr des Landes Hamburg



Hamburger Statistisches Jahrbuch 1999/2000

Das neu konzipierte Statistische Jahrbuch bietet einen breiten Überblick über die demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen und Entwicklungen in Hamburg. Es enthält neben differenzierten Tableaus für aktuelle Berichtsjahre Zeitreihen mit wichtigen Eckdaten seit 1970, Regionalvergleiche mit dem Umland, den übrigen Bundesländern, anderen deutschen Großstädten und Deutschland im Ganzen sowie darüber hinaus zahlreiche Angaben über die Bevölkerung und die sozialen Gegebenheiten in den Hamburger Stadtteilen. Hamburger Statistisches Jahrbuch 1999/2000: 229 Seiten, ISSN 1438-8480, Preis 25,- DM

Hamburger Statistische Porträts

In dieser Buchreihe werden umfassende, die einzelnen Fachstatistiken übergreifende Darstellungen und Analysen veröffentlicht. Zuletzt sind erschienen (unter ISSN 1433-7991):

- Band 8: HAMBURG.regional – Indikatoren zur Sozialstruktur für die Statistischen Gebiete Hamburgs 1997 – Fünf thematische Karten, September 1998, 35,- DM
- Band 9: HAMBURG.regional 1998 – Stadtteil-Trends 1987 – 1997, 130 Seiten, Oktober 1998, 19,- DM
- Band 10: Hamburger Zeitreihen 1970 – 1997, 85 Seiten, 2. Auflage, März 1999, 19,- DM
- Band 12: HAMBURG.regional 1999 – Die Stadtteil-Profile, 206 Seiten, September 1999, 22,- DM

Die Bände 9 und 12 sind auch als Disketten erhältlich: im Acrobat Reader-Format zum Preis von 19,- DM (Band 9) und 22,- DM (Band 12), im EXCEL- und ASCII-Format zum Preis von 50,- DM (Band 9) und 60,- DM (Band 12).

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift enthält Kurzinformationen, Aufsätze über wichtige statistische Ergebnisse, den Hamburger Zahlenspiegel mit Monats- und Quartalszahlen sowie Datentableaus mit Bundes-, Länder- und Großstädte-Vergleichen. Pro Heft rund 30 Seiten, ISSN 0017-6877
Einzelheft: 8,- DM; Doppelheft: 14,- DM
Jahresabonnement: 60,- DM

Statistische Berichte

Wer auf der Suche nach detailliertem Datenmaterial für einen einzelnen Beobachtungsbereich ist, kann in den verschiedenen Reihen der Statistischen Berichte leicht fündig werden: Auf jeweils aktuellem Stand enthalten diese Veröffentlichungen in tabellarischen Zusammenstellungen Strukturbilder oder Zeitreihen zu zahlreichen Themenbereichen. Fordern Sie das spezielle Verzeichnis an!

Faltblätter

Wer sich kurz und schnell über wichtige Eckdaten und Zusammenhänge informieren möchte, kann auf die Hamburg-Flyer des Statistischen Landesamtes zurückgreifen. Die Faltblätter zu unterschiedlichen Themenbereichen – im praktischen Briefaschenformat – werden Interessierten kostenlos zur Verfügung gestellt.

Derzeit sind lieferbar:

- Hamburg – Ein Stadtporträt in Zahlen mit umfassendem Spektrum von Eckdaten aus vielen Bereichen der Statistik (auch auf Englisch)
- Hamburg und seine Partnerländer:
 - China (auch auf Englisch)
 - Dänemark
 - Finnland
 - Frankreich
 - Großbritannien (auch auf Englisch)
 - Italien (auch auf Italienisch)
 - Japan (auch auf Englisch)
 - Norwegen
 - Polen
 - Schweden
- Schifffahrt und Außenhandel
- Sozialer Wandel in Hamburg seit 1960
- Unternehmensregister Hamburg – Zielsetzung und Konzeption
- Hamburger Stadtteil-Profile – Datenangebote aus: HAMBURG.regional
- Das Statistische Landesamt stellt sich vor

Wahlanalysen

Einer langen Tradition folgend hat das Statistische Landesamt zur Bundestagswahl am 27. September 1998 und für die Europawahl am 13. Juni 1999 Analysen des Hamburger Wahlgeschehens erstellt. Die späteren Überarbeitungen auf der Basis der amtlichen Endergebnisse sind für die Bundestagswahl (zusammen mit einer Untersuchung von Wählerwanderungen) im Doppelheft 9-10/1998 und für die Europawahl im Doppelheft 7-8/1999 der Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ veröffentlicht.

Straßen- und Gebietsverzeichnis

In diesem Verzeichnis werden die rund 8300 benannten Hamburger Straßen, Plätze und Brücken aufgeführt. Für jede Hausnummer finden Sie den Ortsteil, den Stadtteil, die Postleitzahl, den Bundestagswahlkreis sowie das zuständige Standesamt, Finanzamt, Amtsgericht und Polizeirevier. Enthalten ist auch ein Verzeichnis der Kleingartenvereine. „Straßen- und Gebietsverzeichnis 1997“ mit aktuellem Nachtrag: 289 Seiten, Preis 20,- DM; Diskettenversion im Acrobat Reader-Format 20,- DM, im ASCII-Format 105,- DM.

